



Universität Potsdam



Heike Stadler

Öffentliche Bibliotheken im Bürgerhaushalt

Heike Stadler
Öffentliche Bibliotheken im Bürgerhaushalt

Heike Stadler

Öffentliche Bibliotheken im Bürgerhaushalt

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.de/> abrufbar.

Universitätsverlag Potsdam 2011

<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam
Tel.: +49 (0)331 977 2533 / Fax: -2292
E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Die Schriftenreihe KWI-Arbeitshefte wird herausgegeben vom
Kommunalwissenschaftlichen Institut der Universität Potsdam.

Satz: Elisabeth Döring, wissen.satz
Druck: docupoint GmbH Magdeburg
Zugl.: Potsdam, Fachhochschule, Diplomarbeit, 2010

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.

ISSN (print) 1616–8127
ISSN (online) 2191–6713
ISBN 978–3–86956–111–0

Zugleich online veröffentlicht auf dem Publikationsserver der Universität Potsdam:
URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2011/4924/>
URN <urn:nbn:de:kobv:517-opus-49248>
<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-49248>

Inhaltsverzeichnis

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	7
Vorwort	9
1 Einleitung	11
2 Die Öffentliche Bibliothek in ihrem lokalen Umfeld	14
2.1 Aktuelle Tendenzen? – Bibliotheken in der Finanzkrise	15
2.2 Die Öffentliche Bibliothek als Knoten im Netz	20
2.2.1 Nutzen und Wert Öffentlicher Bibliotheken	20
2.2.2 Bibliotheksfiliale Profilbibliotheken	22
2.3 Bürgerengagement	24
2.3.1 Freiwilligenarbeit	24
2.3.2 Freundeskreis Förderverein Bürgerstiftung	28
2.3.3 Bürgerbegehren Bürgerentscheid	30
2.4 Lokal steuern – Verwaltung, Politik und Öffentliche Bibliothek	33
2.4.1 Bibliotheksgesetz	33
2.4.2 Neues Steuerungsmodell	34
3 Bibliothek und Bürgerhaushalt	38
3.1 Bürgerhaushalt	38
3.1.1 Definition Zielsetzung	38
3.1.2 Internationale Entwicklung	40
3.1.3 Nationale Entwicklung	42
3.1.4 Bürgerhaushalt aus informationswissenschaftlicher Sicht	44
3.2 Beispiel: Berlin-Lichtenberg	50
3.2.1 Bezirksbibliothek Berlin-Lichtenberg	51
3.2.2 Bürgerhaushalt in Berlin-Lichtenberg	53
3.2.3 Bürgerhaushaltsverfahren in Berlin-Lichtenberg – Berührungspunkte und Auswirkungen	58
3.2.4 Ergebnisse	63
3.3 Beispiel: Christchurch (Neuseeland)	65

4	Telefonumfrage: Öffentliche Bibliotheken im Bürgerhaushalt	71
4.1	Zieldefinition Methodik	71
4.1.1	Zieldefinition	71
4.1.2	Methodik	72
4.2	Umfrageergebnisse	76
4.2.1	Emsdetten	79
4.2.2	Potsdam	80
4.2.3	Hilden	83
4.2.4	Heilbad Heiligenstadt	84
4.2.5	Berlin-Lichtenberg	84
4.2.6	Jena	85
4.2.7	Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg	86
4.2.8	Freiburg	88
4.2.9	Groß-Umstadt	89
4.2.10	Fazit	90
5.	Schlussfolgerungen	93
	Literaturverzeichnis	97



Heike Stadler, geboren 1981;
absolvierte an der Fachhochschule Potsdam berufsbegleitend
die Fernweiterbildung Bibliothekswissenschaft und
schloss im Herbst 2010 mit dem Diplom ab.

Die vorliegende Diplomarbeit wurde begutachtet
von Prof. Hans-Christoph Hobohm und Dr. Carsten Herzberg.

Tabellenverzeichnis

Tab. 1:	Variable DBS-Abfrage für Öffentliche Bibliotheken in Deutschland	19
Tab. 2:	Ehrenamtliches Personal in Öffentlichen Bibliotheken	24
Tab. 3:	Pro- und Kontraargumente der Freiwilligenarbeit	24
Tab. 4:	Variable DBS-Abfrage für Berlin-Lichtenberg	52
Tab. 5:	Entwicklung der Bürgerbeteiligung während des Online-Dialoges und Stadtteil-Dialoges in Berlin-Lichtenberg (Bürgerhaushalt 2007–2011)	55
Tab. 6:	Priorisierte Bürgervorschläge (Beteiligungsgegenstand Bibliothek) im Rahmen der Bürgerhaushalte 2007–2011 in Berlin-Lichtenberg	61
Tab. 7:	Statistik der Bürgervorschläge zum Dienstleistungsangebot der Bibliothek in Berlin-Lichtenberg	63
Tab. 8:	Christchurch: Fragen und Antworten der E-Mail-Anfrage	69
Tab. 9:	Auswahlkriterien für die Telefonumfrage	75
Tab. 10:	Übersicht der Interviewpartner	76
Tab. 11:	Variable DBS-Abfrage der ausgewählten Interviewpartner	77
Tab. 12:	Bürgerhaushalt Potsdam (Bürgervorschläge)	81
Tab. 13:	Übersicht: Berührungspunkte und Auswirkungen für Öffentliche Bibliotheken Bürgerhaushalt	92

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:	Karte der verzeichneten Kommunen	42
Abb. 2:	Kreislauf – Information, Konsultation, Rechenschaft	43
Abb. 3:	Bürgerhaushalt Lichtenberg 2012	57
Abb. 4:	Elemente aus der Produktbeschreibung für die Bibliothek im Bürgerhaushalt 2012 von Berlin-Lichtenberg	58
Abb. 5:	Informationsstand der Stadtbücherei Hilden	83
Abb. 6:	Screenshot city bibliothek berlin, Friedrichshain/Kreuzberg	87
Abb. 7:	Öffentliche Bibliotheken im Bürgerhaushalt	96

Vorwort

Einer der Anstöße zu dem vorliegenden Text war meine langjährige Beschäftigung mit dem internationalen, vergleichenden Bibliothekswesen im Zusammenhang mit der Gremienarbeit im Rahmen der IFLA. Hierbei fiel immer wieder auf, dass selbst wenn die ökonomische Gesamtsituation eines Landes nicht so gut wie in Deutschland und vor allem weniger staatliche Finanzierung für das Bibliothekswesen vorhanden war, andere Länder doch immer wieder Lösungen und Wege fanden, diese zentrale gesellschaftliche Institution und Einrichtung der informellen Bildung, als die wir heute Bibliotheken sehen, teilweise besser „da standen“ als dies in Deutschland zu sein scheint. Auf die Frage, warum es amerikanischen Bibliotheken anscheinend besser geht, erhielt ich immer wieder den Hinweis auf die in den Vereinigten Staaten verbreiteten Bürgerbeteiligungsverfahren. Auch die hohe Verbreitung des Ehrenamtes in amerikanischen Bibliotheken ist ja schon ein Indiz für eine stärkere Verankerung dieser Institution in der Motivationsstruktur der Bevölkerung. Hat dies nur mit der anderen Ausprägung der „public library“ in der amerikanischen Kultur zu tun oder hängt dies nur mit einem anderen Verhältnis zum Wohlfahrtsstaat zusammen? Interkulturelle Vergleiche sollten nicht allzu schnell urteilen.

Als nun auch in Potsdam ein Bürgerbeteiligungsverfahren angestoßen wurde und ich das Vergnügen hatte, dass mein eigener Antrag positiv votiert und sogar von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde (allerdings ohne finanzielle Konsequenzen blieb), drängte es sich regelrecht auf, dieses Thema bibliothekswissenschaftlich zu behandeln. Ich bin deshalb Frau Stadler außerordentlich dankbar, dass sie es aufgegriffen hat, und ich zusammen mit Dr. Carsten Herzberg, der sich schon langjährig mit dem Thema auseinandergesetzt hatte, die Arbeit betreuen konnte.

Es gelingt Frau Stadler, neben einem Überblick über die Gesamtsituation zur Entwicklung partizipativer Haushalte generell, die Spannungslage, in der sich dabei Bibliotheken befinden, gerade auch empirisch herauszuarbeiten. Es ist ein großes Verdienst der Arbeit, dass sie sich nicht in allgemeinen bibliothekspolitischen Vermutungen ergeht, sondern zu belastbaren Aussagen kommt trotz einer schwierigen Erhebungssituation. Unser Erstaunen war denn auch nicht nur in Potsdam, dass die Beteiligung von Bibliotheken und das Interesse von Bürgern am Bibliotheksthema im Bürgerhaushalt zwar vorhanden ist, dies aber

von den Bibliotheksleitungen ambivalent gesehen wird und nach ersten Versuchen auch schon wieder ein Rückzug aus dem Instrument zu beobachten ist. Es bleibt weiter zu beobachten, worauf die relativ geringe Verbreitung dieses wichtigen Managementaspektes für Bibliotheken zurückzuführen ist. Die Hoffnung ist, dass das vorliegende Buch dazu beitragen kann, zumindest ein differenziertes Verständnis der Bedeutung von Bürgerhaushalten für Bibliotheken zu fördern und vielleicht sogar zu einer breiteren Diskussion in der Bibliothekswelt aber auch in der Kommunalpolitik anzuregen.

Nach der Entdeckung des ‚Wertes von Bibliotheken‘ (im Sinne des ROI „return on investment“) für die Kommune wäre dies ein weiterer komplexer Ansatz zu einem verbesserten, Evidenz geleiteten Diskurs zwischen Bibliothekspraxis, Bibliothekswissenschaft und Politik(wissenschaft). Unserer Gesellschaft und vor allem der Bildungseinrichtung Bibliothek wäre diese bewusstere Reflexion nur zu wünschen.

Potsdam, Januar 2011

*Prof. Dr. Hans-Christoph Hobohm
Fachbereich Informationswissenschaften
Fachhochschule Potsdam*

1 Einleitung

Anne Christensen von der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg spricht in der bibliothekarischen Fachliteratur von partizipativer Entwicklung, wenn sie sich zum Komplex Bibliothek 2.0 äußert, und meint damit primär die stärkere Einbeziehung der Benutzer, wenn es um die Zukunft der kollaborativen Erschließung von Medien in Bibliothekskatalogen geht. Im Katalog 2.0 wird den Benutzern gestattet Tags, Bewertungen sowie Rezensionen zu einem bereits katalogisierten Medium hinzuzufügen, um nichtbibliothekarische Sacherschließungselemente zu erzeugen.¹ Diese Art der Partizipation tangiert Kernaufgaben sowohl an öffentlichen als auch an wissenschaftlichen Bibliotheken.

Über diese Beteiligung der Benutzer am Katalog 2.0 hinaus könnte auch durch eine weitere Form der Partizipation Einfluss auf die Zukunft Öffentlicher Bibliotheken genommen werden.

Der Bürgerhaushalt ist ein eigenständiges Verfahren, in dem Bürger Vorschläge zu kommunalen Haushaltsangelegenheiten diskutieren und selbst einbringen. Die aktive Bürgerschaft partizipiert an der Aufstellung des Haushaltsplanes und kann sich zu zukünftigen Einnahmen und Ausgaben äußern. Über die Annahme bzw. Ablehnung der im Bürgerhaushalt diskutierten Vorschläge entscheidet der Rat. Er muss Rechenschaft über seine Entscheidung abgeben sowie über die Umsetzung des Vorschlages die Bürgerschaft informieren. Das Verfahren an sich muss gegenüber der lokalen Bevölkerung verständlich und transparent kommuniziert werden.² Der Bürgerhaushalt ist ein Haushaltsmodell der partizipatorischen Demokratie, trägt zur Modernisierung der Verwaltung bei und findet Anwendung in unterschiedlichen Konzepten, in welche die Bürgerschaft integriert wird.³

In der Gemeinde Mönchweiler (Baden-Württemberg) sorgte ein Vorschlag der Bürger im Rahmen des Bürgerhaushaltes 1999 bei Verwaltung und Rat für Erstaunen. Diskussionsgegenstand des Verfahrens zwischen Bürgerschaft und Verwaltung war u. a. die Gemeindebibliothek. Was den Bürgern ihre Bibliothek wert war, drückten sie dadurch aus, dass sie der Verwaltung die Bereitschaft signalisierten, sich mit einem höheren Entgelt an den Kosten für die Einrichtung zu beteiligen,

1 Vgl.: Christensen, Anne (2009): Partizipative Entwicklung von Diensten in der Bibliothek 2.0. – S. 527ff.

2 Vgl.: Günther, Albert ; Beckmann, Edmund (2008): Kommunal-Lexikon. – S. 45.

3 Vgl.: Sintomer, Yves (Hg.) ; Herzberg Carsten (Hg.) et. al. (2010): Der Bürgerhaushalt in Europa. – S. 80ff.

um die Bibliothek vor der Schließung zu bewahren.⁴ Das Gegenteil wurde im Februar 2010 im Bürgerhaushaltsverfahren der Stadt Oldenburg (Niedersachsen) mit einem Sparvorschlag aus der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht: Stadtteilbibliotheken schließen, um Kosten zu senken.⁵

Intention der vorliegenden Arbeit ist es, die bibliothekarische Fachwelt auf die Bedeutung des Bürgerhaushaltes aufmerksam zu machen und eine Auseinandersetzung mit ihm zu fördern. Die Öffentliche Bibliothek kann ein Diskussions- bzw. Beteiligungsgegenstand zwischen Bürgerschaft und Politik sowie Verwaltung sein, wenn es im partizipatorischen Verfahren des Bürgerhaushaltes darum geht, Modernisierungsergebnisse in einer Stadt durch gezielte Finanzierung zu erlangen.

In der vorliegenden Arbeit wird untersucht, inwiefern Öffentliche Bibliotheken im Rahmen von Bürgerhaushaltsverfahren in deutschen Städten bereits Diskussionsgegenstand waren und welche Erfahrungen bis dato gemacht wurden. Eruiert wird folglich, ob der Bürgerhaushalt das Potential hat, zur Modernisierung von Dienstleistungen an Öffentlichen Bibliotheken beizutragen. Mittels einer Telefonumfrage sollen erstmals entsprechende Informationen zur Thematik gesammelt, aufbereitet und ausgewertet werden.

Die Autorin geht in erster Linie folgenden Fragestellungen nach:

- Warum ist die Auseinandersetzung mit der Thematik des Bürgerhaushaltes für die Bibliothekswissenschaft von Bedeutung?
- Welche Rolle nimmt die Öffentliche Bibliothek zwischen Bürgerschaft und Verwaltung im Bürgerhaushalt ein?
- Wie kann sich der Bürgerhaushalt auf die Öffentliche Bibliothek auswirken?
- Gibt es ein Bürgerhaushaltsverfahren, welches sich eventuell günstig auf die Bibliothek auswirkt?

Ziel der Arbeit ist es, eine erste Bestandsaufnahme zum Forschungsgebiet zu präsentieren. Zur Quellenlage muss gesagt werden, dass sich zum Kontext Öffentliche Bibliothek und Bürgerhaushalt in der biblio-

4 Vgl.: Günther, Albert (2007): Der Bürgerhaushalt. - S. 58.

5 Anm.: Bürgerhaushalt Oldenburg [Bürgerhaushalt 2010/2011, Vorschlag-Nr. 77, Sparvorschlag, Kultur].

thekarischen Fachliteratur noch nicht explizit geäußert wurde.⁶ Eine Einbettung der Thematik ist daher erforderlich.

Zum Aufbau der Arbeit ist zu sagen, dass insgesamt drei Themenkomplexe herausgearbeitet werden. Mit dem ersten Schwerpunkt *Die Öffentliche Bibliothek in ihrem lokalen Umfeld* wird ein einleitender Überblick präsentiert, der die Hauptakteure Öffentliche Bibliothek, Bürgerschaft und Verwaltung/Politik in unterschiedlichen Sachverhalten in Verbindung setzt (z. B. Bürgerengagement, Bürgerbegehren).

Im zweiten Schwerpunkt *Bibliothek und Bürgerhaushalt* wird erstmals auf das Forschungsgebiet eingegangen. Er soll Hintergrundwissen zum Bürgerhaushaltsverfahren vermitteln und einen Kontext zum Bibliotheksbereich herstellen. Als Praxisbeispiel wird der Bürgerhaushalt von Berlin-Lichtenberg und dessen Auswirkungen auf die Öffentliche Bibliothek in den Fokus gestellt. Ein Erfahrungsbericht der Christchurch City Libraries (Neuseeland) mit dem Partizipationsverfahren fließt in diesen Schwerpunkt ein.

Die Aufbereitung der Telefonumfrage (Auswahlkriterien, Durchführung, Ergebnisse) zum Thema „Öffentliche Bibliotheken im Bürgerhaushalt“ bildet den dritten und letzten Schwerpunkt der Arbeit.

Das abschließende Fazit beinhaltet eine Zusammenfassung der gewonnenen Erkenntnisse und einen Ausblick auf das Forschungsgebiet.

6 Anm.: Konrad Umlauf äußerte sich zum Bürgerhaushalt in seinem Aufsatz: Bibliotheken, Freiwilligenarbeit und die Erneuerung der Zivilgesellschaft. In: Ehrensache?! Petra Hauke (Hg.), 2003. – S. 40.

2 Die Öffentliche Bibliothek in ihrem lokalen Umfeld

Einleitend werden unter der Überschrift *Aktuelle Tendenzen?* die Folgen der weltweiten Finanzkrise des Jahres 2009 für die Öffentlichen Bibliotheken in Deutschland thematisiert. Es soll verdeutlicht werden, dass die Unterfinanzierung von Bibliotheken nicht nur als ein aktuelles Problem angesehen wird.

Anschließend wird dargestellt, welche Bedeutung jener Bibliothekstyp als Ort hat und welche Chancen er zukünftig für die Gesellschaft auf lokaler Ebene bietet.

Die Bürger einer Kommune haben die Möglichkeit, sich für ihre Bibliothek auf unterschiedliche Art und Weise zu engagieren. Im Teilkapitel *Bürgerengagement* wird zunächst die in bibliothekarischen Fachkreisen umstrittene Freiwilligenarbeit thematisiert. Auf das Potential von Fördervereinen, Freundeskreisen und sogenannten Bürgerstiftungen wird näher eingegangen. Auch Ergebnisse von Bürgerbegehren und -entscheiden spiegeln das Interesse der Bevölkerung für ihre Bibliothek wider. Ein Überblick von Ergebnissen durch diese Mitbestimmungsinstrumente wird geboten.

Unter der Überschrift *Lokal steuern – Verwaltung/Politik und Öffentliche Bibliothek* wird auf das in den 1990er Jahren in den Kommunen eingeführte Neue Steuerungsmodell eingegangen, welches Öffentliche Bibliotheken zum wirtschaftlichen Denken und Handeln animierte. Eingeleitet wird dieses Teilkapitel mit Ausführungen zum Bibliotheksgesetz in Deutschland.

Durch das vorliegende Kapitel soll ein Gesamtüberblick darüber geboten werden, welche Berührungspunkte Öffentliche Bibliothek, Verwaltung und Politik sowie Bürgerschaft haben und erkennen sollten. Um zu einem abschließenden Fazit zu gelangen, sind die folgenden Ausführungen relevant, da sie den Bürgerhaushalt in einen bibliothekarischen Kontext einbetten.

2.1 Aktuelle Tendenzen? – Bibliotheken in der Finanzkrise

„Äußert man sich in Deutschland zur Finanzierung Öffentlicher Bibliotheken und erwähnt eine deutliche Unterfinanzierung dieser wichtigen Bildungseinrichtungen, besteht leicht die Gefahr, als unkonstruktiver Jämmerer abgestempelt zu werden.“⁷ Arend Flemming stellt fest, dass die Finanzierung von Öffentlichen Bibliotheken in Deutschland eine vieldiskutierte Frage in Fachkreisen ist, da die Mittelversorgung Planungsgrundlage ist. Auch die Entwicklung des Bibliothekswesens wird stets von den zur Verfügung stehenden finanziellen Geldern abhängig gemacht. Förderprogramme für Öffentliche Bibliotheken, die vom Bund getragen werden, gibt es nicht. Die finanzielle Unterstützung der Deutschen Internetbibliothek, welche ein nationales Kooperationsprojekt ist, wird von den Bundesbehörden wegen fehlender Zuständigkeit abgelehnt, auch wenn Bundestagsabgeordnete und Vertreter von Bundesministerien die Notwendigkeit dieses Projektes erkennen.⁸ Flemming weist darauf hin, dass die langfristige Mittelversorgung kommunal zurzeit nur durch das Treffen von Vereinbarungen von Leistungs- und Finanzierungsverträgen, die im Rahmen des neuen Steuerungsmodells geschlossen werden, gesichert werden kann, da die gesetzliche Grundlage fehle (siehe Kapitel 2.4).⁹

Nach Jürgen Seefeldt gibt es zwei Hauptgründe für die starke Unterfinanzierung von Bibliotheken. Er verbindet diese mit der nicht erst seit gestern andauernden Stagnation zur Weiterentwicklung jener Wissensspeicher im Interesse der Bürgerschaft. Als Ursachen sieht er „das mangelnde politische Bewusstsein über die Funktionen der Bibliothek“ sowie „das mangelnde Vertrauen der Politik in diese Jahrtausende alte Institution, der man offenbar nicht zutraut, den neuen Anforderungen der Informationsgesellschaft gerecht werden zu können.“¹⁰ Offenbar konnten bibliothekspolitische Interessenvertreter mit den nachhaltigen Wirkungen, die etablierte Informations- und Bildungseinrichtungen im angelsächsischen und skandinavischen Raum vorweisen können, hierzulande kaum jemanden überzeugen.¹¹

Glaut man Harald Pilzer und Olaf Zimmermann, so droht durch die derzeit desaströse Haushaltslage in den deutschen Kommunen, die

7 Vgl.: Flemming, Arend (2005): Im Slalom um die Haushaltslöcher. – S. 629.

8 Vgl.: Flemming, Arend (2005): Im Slalom um die Haushaltslöcher. – S. 629 u. 633.

9 Vgl.: Flemming, Arend (2005): Im Slalom um die Haushaltslöcher. – S. 630.

10 Vgl.: Seefeldt, Jürgen (2005): Zukunftsvisionen : die Bibliothek von morgen. – Absatz 16.

11 Vgl.: Seefeldt, Jürgen (2005): Zukunftsvisionen : die Bibliothek von morgen. – Absatz 16.

auf die Finanzkrise von 2009 zurückzuführen ist, für Öffentliche Bibliotheken eine ungewisse Zukunft.¹²

Pilzer berichtet über einen Masterplan zum Rückbau von Öffentlichen Bibliotheken in 23 kreisfreien Kommunen in Nordrhein-Westfalen und hofft, dass die Empfehlungen, die auf einer Bestandsaufnahme basieren, nicht zum bundesweiten Maßstab werden. So hat laut Pilzer die Gemeindeprüfanstalt von Nordrhein-Westfalen ermittelt, dass der Durchschnittswert der Aufwendungen je Einwohner pro Jahr vor vier Jahren 8,73 Euro betrug, wobei der Höchstwert bei 13,87 Euro und der geringste Wert bei 5,58 Euro lagen. Die Gemeindeprüfanstalt empfiehlt nun, sich am Mindestwert zu orientieren. Für die genannte Untersuchung wurden keine Leistungszahlen herangezogen, lediglich Aufwendungen für Personal, Medienerwerbung sowie sonstige Betriebskosten sind berücksichtigt worden. Bestehende kommunale Zielsetzungen wurden ignoriert. Die Gemeindeprüfanstalt schlägt vor Stadtteilbibliotheken zu schließen, Fahrbibliotheken zu verkaufen und die Benutzungsgebühren zu erhöhen, so Pilzer in seinem Aufsatz.¹³

Eine Umfrage¹⁴ zu den Auswirkungen an deutschen Öffentlichen Bibliotheken durch die Finanzkrise hat die Fachkonferenz der Bibliotheksfachstellen im September 2009 durchgeführt. Die jeweilige Fachstelle des Bundeslandes schätzte für 2010, dass

- in Baden-Württemberg 69% der Bibliotheken mit geringen und 31% mit gravierenden Auswirkungen rechnen müssen. Kürzungen beim Erwerbungssetat und bei der Personalausstattung werden erwartet;
- in Bayern regionale Unterschiede zwischen Nord- und Südbayern spürbar werden und sich diese weiter verstärken. Dieser Vermutung liegt die Tatsache zugrunde, dass im strukturschwachen Nordbayern bereits auf erste finanzielle Einschränkungen reagiert werden muss;
- in Hamburg mit gravierenden Auswirkungen auf bestehende Kooperationsprojekte gerechnet werden muss;
- in Niedersachsen leichte negative Veränderungen zu spüren sein werden;

12 Vgl.: Pilzer, Harald (2010): Schrumpfen und überleben? Sowie: Zimmermann, Olaf (2010): Der Spar-Tsunami rollt – auch auf die Bibliotheken zu.

13 Vgl.: Pilzer Harald (2010): Schrumpfen und überleben? – S. 797–798.

14 Vgl.: Pflaum, Günter (2010): Öffentliche Bibliotheken in der Finanzkrise. – S. 800.

- in Nordrhein-Westfalen gravierende Auswirkungen auf den Medienetat und der Personalausstattung eine Folge der Finanzkrise sind;
- in Rheinland-Pfalz mit leicht spürbaren Veränderungen (z. B. Medienetat) gerechnet werden muss;
- im Saarland die Öffentlichen Bibliotheken kaum Konsequenzen spüren werden;
- in Sachsen erst im Jahr 2011 mit deutlichen Auswirkungen, aufgrund von Steuermindereinnahmen, gerechnet werden muss;
- in Sachsen-Anhalt 50% der Bibliotheken kaum Konsequenzen wahrnehmen, 30% leichte negative Veränderungen spüren werden und 20% mit erheblichen Auswirkungen rechnen müssen;
- in Schleswig-Holstein kaum Auswirkungen spürbar sein werden.

Es erstaunt, dass man in einigen Bundesländern mit kaum bzw. nur mit leichten oder geringen Auswirkungen aufgrund der Finanzkrise rechnet, ist doch in der Fachliteratur vom „Spar-Tsunami“¹⁵ die Rede, der auf die Öffentlichen Bibliotheken in Deutschland zukommen soll. Es stellt sich die Frage, warum die Bedenken in der Praxis anscheinend nicht geteilt werden? Vermutlich haben sich Bibliotheken daran gewöhnt, sich den lokalen finanziellen Bedingungen anzupassen. Selbst Pilzer meint, dass Öffentliche Bibliotheken ihren Kundenstamm und Umsatzzahlen in den letzten Jahren trotz steter prekärer Finanzlage behaupten konnten.¹⁶ Es ist weiterhin bemerkenswert, wenn ein Ergebnis einer deutschlandweiten Umfrage an Öffentlichen Bibliotheken aus dem Jahr 2009 ist, dass knapp 70% aller Befragten die finanzielle Situation als nicht erschwerend für die bibliothekarische Arbeit ansehen.¹⁷

Tabelle 1 gibt zusammengetragene DBS-Kerndaten (Deutsche Bibliotheksstatistik) für den Zeitraum 2000 bis 2009 wieder. Die Daten berücksichtigen Öffentliche Bibliotheken in Deutschland, deren Träger die Kommune bzw. die Gemeinde ist. Vorab muss erwähnt werden, dass im Jahr 2000 noch 4130 Informationseinrichtungen statistische Daten für die DBS gemeldet haben, während es 2009 nur noch 3623 Öffentliche Bibliotheken waren (ca. -12,27%). Aus den Daten geht hervor, dass die Zahl der Bibliotheksbesuche in neun Jahren, um ca. 12,12%

15 Vgl.: Zimmermann, Olaf (2010): Der Spar-Tsunami rollt – auch auf die Bibliotheken zu.

16 Vgl.: Pilzer, Harald (2010): Schrumpfen und überleben? – S. 798.

17 Vgl.: Buchan, Katharina (2009): Öffentliche Bibliotheken in Deutschland : Ergebnisse einer empirischen Studie (Folie 16).

gestiegen ist, während allgemein ein Rückgang der aktiven Benutzer registriert werden muss. Trotz der sinkenden Anzahl an Entleihern nahm das Ausleihen von Medien um 4,49% zu. Der Medienbestand Öffentlicher Bibliotheken schrumpfte im genannten Zeitraum um 13,48%. Auch ein Stellenabbau und die Schließung von Bibliotheksstandorten sind zu beobachten. Irreführend könnten die Angaben bezüglich der Finanzmittel des Trägers wirken. Registrierte man zunächst zwischen 2000 und 2003 Etatkürzungen von insgesamt ca. 18,18%, stiegen die zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel von 2003 bis 2009 wiederum um 37,46% an. Jener vermeintlich positive Fakt wird getrübt durch einen Bestandsrückgang, einen Stellenabbau und Standortschließungen. Auch wenn die aktiven Benutzerzahlen zurückgehen, werden die Dienstleistungen Öffentlicher Bibliotheken öfter in Anspruch genommen. Dies drückt sich durch die steigende Besucherzahl und die positive Entwicklung der Ausleihstatistik aus.

Pilzer macht darauf aufmerksam, dass die Diskrepanz zwischen den Aufwendungen je Einwohner pro Jahr in deutschen Kommunen (siehe auch Tabelle 11) nicht die Gleichstellung der Bürger gewährleistet. „Lebensqualität ist unmittelbar von der Leistungsfähigkeit der Kommune abhängig“.¹⁸ Abschließend soll die Nennung einiger Beispiele¹⁹ die bundesweite Diskrepanz für die Gesamtausgaben pro Einwohner bestätigen: Aachen 10,31 €, Bochum 15,45 €, Bremen 16,44 €, Chemnitz 24,02 €, Düsseldorf 20,35 €, Eberswalde 12,96 €, Frankfurt am Main 18,21 €, Gotha 13,38 €, Hannover 25,24 €, Kaiserslautern 7,78 €, Leverkusen 13,04 €, München 24,74 €, Paderborn 13,71 €, Siegen 8,65 €, Trier 13,24 €, Worms 6,15 €.

18 Vgl.: Pilzer, Harald (2010): Schrumpfen und überleben? – S. 797.

19 Anm.: Die Beispiele basieren auf einer variablen DBS-Abfrage vom 25.07.2010. Aufgelistet sind Öffentliche Bibliotheken in kommunaler Trägerschaft. Die Daten liegen der Statistik von 2009 zugrunde.

DBS-Felder / Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Anzahl der DBS-Bibliotheken	4.130	3.603	3.844	3.865	3.974	3.823	3.786	3.773	3.705	3.623
Bibliotheksstandorte	4.961	4.271	4.073	3.947	3.862	3.762	3.696	3.656	3.611	3.544
Entleiher/aktive Benutzer (in Mio.)	6.139.818	5.990.660	5.855.221	5.772.500	5.671.039	5.276.732	4.993.123	4.871.534	4.832.756	4.704.961
Besuche (in Mio.)	73.701.581	75.875.690	78.517.462	77.182.560	83.145.014	83.528.480	80.596.987	82.339.180	82.827.096	82.634.815
Bestand Medien insgesamt (in Mio.)	86.383.690	83.086.770	77.327.716	76.432.245	77.356.995	76.953.045	75.632.958	76.135.040	75.643.073	74.745.991
Entleihungen Medien insgesamt (in Mio.)	236.495.053	232.522.322	224.863.303	231.497.752	236.643.616	240.920.740	235.446.338	240.744.359	246.624.995	247.108.830
Finanzmittel des Trägers (€ in Mio.)	516.712.696	519.238.408	429.622.547	422.750.253	525.416.316	532.880.756	525.382.092	534.467.954	553.176.779	581.097.817
Stellen laut Stellenplan	9.842,40	9.751,43	9.085,44	8.623,97	8.473,33	8.385,81	8.178,27	8.394,83	8.225,53	8.115,95

Tab. 1: Variable DBS-Abfrage für Öffentliche Bibliotheken in Deutschland (Zeitraum: 2000-09)²⁰

20 Anm.: variable DBS-Abfrage vom 25.07.2010. Anzahl der DBS-Bibliotheken entspricht der Anzahl an Öffentlichen Bibliotheken, die im genannten Jahr Daten für die Statistik zur Verfügung gestellt haben. Träger der Einrichtung ist die Kommune bzw. die Gemeinde.

2.2 Die Öffentliche Bibliothek als Knoten im Netz

2.2.1 *Nutzen und Wert Öffentlicher Bibliotheken*

Was möchte eine Stadt oder eine Gemeinde mit ihrer Öffentlichen Bibliothek gegenwärtig und zukünftig erreichen? Wie könnten definierte Ziele realisiert werden? Zwei Fragen, die nicht nur auf kommunaler Ebene von Verwaltung und Politik beantwortet werden sollten. Die Antworten dürfen primär nicht von der finanziellen Haushaltssituation abhängig gemacht werden und ihre Begründung nicht darin finden, ob eine Öffentliche Bibliothek eine freiwillige oder pflichtige Aufgabe ist, da grundsätzliche Kernaussagen und Zielsetzungen zur Rolle, Aufgabe und Funktion getroffen werden sollten. Es ist vorstellbar, dass die Bürgerschaft bei der Beantwortung dieser Fragestellungen mit einbezogen wird – z. B. im Rahmen des Bürgerhaushaltes.

Der Aufbau bzw. die Erweiterung eines Medienbestandes (print, digital, online) dient in erster Linie zur Informationsversorgung der lokalen Bevölkerung. Die Aufrechterhaltung jenes öffentlichen Auftrages²¹ und der Stellenwert von Öffentlichen Bibliotheken in einer Bürger- und Informationsgesellschaft wird laut Konrad Umlauf davon abhängig sein, welche urheberrechtlichen Schranken zukünftig gesetzlich geregelt werden. Es gilt die Rechte des Urhebers zu wahren, aber auch das Informationsbedürfnis der breiten Öffentlichkeit zu befriedigen. Weiterhin von Bedeutung wird sein, wie die Bibliothek ihre Kooperationsmöglichkeiten zu potentiellen lokalen Partnern wie Kindertagesstätten und Schulen, aber auch zu Musikschulen, Vereinen und Bürgerinitiativen ausbaut und kommuniziert. Bibliotheken sind Aufenthaltsorte ohne Konsumzwang. Sie bieten Ressourcen und eine Umgebung für das Lebenslange Lernen an und sind Kulturveranstalter.²²

Da Bildung mehr denn je eine tragende Rolle für die zukünftige Gesellschaft spielt, sollte die Politik auf lokaler Ebene Strukturen außerhalb der formalisierten Bildungswege schaffen, so dass jeder jederzeit die Möglichkeit hat, am gesellschaftlichen Fortschritt teilzunehmen.²³ „Der städtische Raum lebt von Übergängen und Verbindungen zwischen privaten und öffentlichen Räumen, zwischen lebhaften und ruhigen

21 Anm.: Art 5 (1) GG: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten [...].“

22 Vgl.: Umlauf, Konrad (2009): Zentrale Anlaufstelle der Bürger- und Informationsgesellschaft. – S. 444–446.

23 Vgl.: Meyer, Bernd (2004): Über den Nutzen der Bibliotheken für die Kommunen. – S. 71.

Zonen, von den Möglichkeiten der persönlichen Kommunikation und der Begegnung. Nach wie vor bieten kommunale Bibliotheken hierfür ideale Voraussetzungen²⁴, um Teil einer Infrastruktur zur Vermittlung von Information und Wissen zu werden und gleichzeitig Orte des sozialgesellschaftlichen Lebens zu sein. Architektonisch ansprechende Bibliotheksbauten, die z. B. Wohnzimmercharakter verspüren lassen, tragen zur positiven Wahrnehmung des facettenreichen Ortes Bibliothek bei. Um die lokale Sichtbarkeit zu erhöhen, ist es wichtig, dass nicht nur Bibliothekare Vorteile äußern, sondern Bürger jenen Ort als Quelle für sich neu entdecken und Politik und Verwaltung ihn nicht nur finanziell fördern, sondern Potentiale und Konzepte inhaltlich mittragen.

Wenn über den Nutzen und Wert von Öffentlichen Bibliotheken gesprochen wird, fragt man sich, ob sich die Investitionen für den Träger auszahlen. Aus bibliothekswissenschaftlicher Sicht gibt Hans-Christoph Hobohm eine nachhaltige Antwort.²⁵

Die Bibliothek ist ein Modell, welches sich mit der Zeit stets mit- und weiterentwickelt hat. Den medialen Wandel von der analogen zur digitalen Informationswelt hält es stand, da seine Funktionen allgegenwärtig sind: Wissensspeicher und kulturelles Gedächtnis, Werkstatt für Lernprozesse und Erkenntnisgewinn, Suchmaschine für Informationen und Informationsvermittler, Begegnungsort für Bildungs- und Wissensakteure, nachhaltige Sicherung des sie tragenden Gefüges.²⁶ Bedingt durch die Verfügbarkeit von freien Informationen im Internet wird es zunehmend schwieriger, den Wert von Bibliotheken zu errechnen bzw. ihn gegenüber dem Träger zu rechtfertigen, da Output-Leistungen wie Ausleih- und Nutzerzahlen mehr Bedeutung für den Bibliotheksetat haben als die nichtmessbaren Ergebnisse der Investitionen, wie z. B. der Nutzen für den Staat. Mittels der kontingenten Bewertungsmethode²⁷ lässt sich die Bewertung öffentlicher Güter vornehmen und können Informationen darüber ermittelt werden, „wie hoch unterschiedliche gesellschaftlich relevante oder direkt betroffene Zielgruppen deren Wert schätzen.“²⁸

2005 wurde in Berlin-Mitte erstmals in Deutschland auf Grundlage der genannten Methode eine Umfrage durchgeführt. Dabei konnte

24 Vgl.: Umlauf, Konrad (2009): Zentrale Anlaufstelle der Bürger- und Informationsgesellschaft. – S. 445.

25 Vgl.: Hobohm, Hans-Christoph (2007): Rechnen sich Bibliotheken. – S. 633ff.

26 Vgl.: Hobohm, Hans-Christoph (2007): Rechnen sich Bibliotheken. – S. 634.

27 Anm.: Methode (z. B. mittels Umfrage) zur Bewertung nicht-handelbarer Güter. Die Zielgruppe erteilt Auskünfte darüber, wie viel sie bereit ist für Leistungen zu zahlen.

28 Vgl.: Hobohm, Hans-Christoph (2007): Rechnen sich Bibliotheken. – S. 636.

ermittelt werden, dass durch die Nutzung des Bibliotheksangebotes die Produktivität der Befragten am Arbeitsplatz stieg. Des Weiteren hätte jeder Nutzer insgesamt 200 Euro investieren müssen (z. B. Bucherwerb), um diesen Effekt ohne die Informationseinrichtung zu erzielen. Jene Lösung wäre keine Alternative für die Befragten. In den USA kommt man auf verschiedene Art und Weise mehrmals zum Ergebnis, dass der Return on Investment für Öffentliche Bibliotheken im Verhältnis 1:3 gesehen werden kann. Im Bundesstaat Florida steigt dank jedem ins Bibliothekswesen investierten Dollar das Bruttosozialprodukt sogar um neun Dollar. Hobohm meint jedoch, dass mittels kontingenter Bewertungsmethode oder Bruttosozialproduktsimulation nicht alle Bibliotheksfunktionen bewertet werden können und Untersuchungen zum Wert und Nutzen vorerst nur die Oberfläche der Thematik tangieren.²⁹

2.2.2 Bibliotheksfiliale | Profibibliotheken

Um zukünftig bürgernah und zielgruppenorientierter lokal zu handeln, besteht z. B. für Stadtteilbibliotheken in Großstädten die Möglichkeit sich neu zu konzipieren. Ob Familienbibliothek, Reisebibliothek, Job-Karriere-Bibliothek oder Nachbarschaftsbibliothek, das Dienstleistungsspektrum kann auf spezielle Bedürfnisse der Bürgerschaft vor Ort zugeschnitten werden. Da in der Vergangenheit mehr Debatten über die Schließung Öffentlicher Bibliotheken geführt wurden, sind die Potentiale von Stadtteilbibliotheken vernachlässigt worden. Planungen, die auf strategische zeitgemäße Konzepte zurückzuführen sind, finden kaum Beachtung.³⁰

Themenbibliotheken zielen darauf ab, dass durch die Profilierung, die zunächst ein Verlust bedeutet, langfristig ein Gewinn sowohl für die Öffentliche Bibliothek als auch für die Bürgerschaft entsteht. Der Medienbestand wird verkleinert und gemäß den ermittelten Bedürfnissen der Zielgruppen angepasst und erweitert. Dezentral organisierte Themenbibliotheken können zur Ressourcenoptimierung beitragen.³¹ Durch die im Zuge der Bestandsreduzierung gewonnenen Flächen können neue Lernorte oder Treffpunkte im nichtkommerziellen Raum geschaffen werden.

Nachbarschaftsbibliotheken haben das Potential, lokale Knotenpunkte im Stadtquartier zu werden. Durch die nachhaltige Kooperation mit anderen, ebenfalls direkt im Stadtteil ansässigen Institutionen,

29 Vgl.: Hobohm, Hans-Christoph (2007): Rechnen sich Bibliotheken. – S. 636–638.

30 Vgl.: Bertelsmann Stiftung (2004): Bibliotheksfilialen im Blick. – S. 9.

31 Vgl.: Bertelsmann Stiftung (2004): Bibliotheksfilialen im Blick. – S. 31 u. 33.

die richtige Standortwahl, den Fokus auf lokale Zielgruppen und die Verstärkung der Kommunikation, kann jener Bibliothekstyp ein fester Bestandteil in Großstadtvierteln werden.³²

Auf Initiative des Fördervereines der Stadtbibliothek Köln wurde 2009 deutschlandweit die erste Minibib im Kölner Stadtgarten eröffnet. Man setzt auf gegenseitiges Vertrauen, die Bürger benötigen für die zweiwöchige Mitnahme der Medien weder einen Bibliotheksausweis noch müssen sie persönliche Daten hinterlassen. Der Bestandsaufbau erfolgt durch Mitarbeiter der Stadtbibliothek. Aktuelle Bücher werden aus Medienspenden ausgewählt. Betreut wird die Minibib von Freiwilligen. In den ersten 100 Öffnungstagen wurden über 2.000 Medien „entliehen“, primär Kinder- und Jugendliteratur. Das Angebot trägt dazu bei, dass die professionelle Arbeit der Stadtbibliotheksmitarbeiter von der Bürgerschaft stärker und positiver wahrgenommen wird.³³

Eine Stärken-Schwächen-Risiko-Chancen-Analyse (SWOT-Analyse) der Stadt oder von Stadtteilen kann ein geeignetes strategisches Mittel sein, um ein Profil oder Konzept, welches auf das lokale Umfeld zugeschnitten ist, zu erstellen.³⁴ Inspirieren lassen kann man sich von Ideen aus dem Ausland. So wurden in London sogenannte „idea stores“ eröffnet. Mit der Bezeichnung wird der positive Eindruck vermittelt, dass es sich um etwas Neuartiges handelt, dabei beruft man sich auch auf Bibliotheksfunktionen (Medienausleihe, Internetnutzung, Begegnungsstätte). Darüber hinaus können Migranten Sprachkurse in den „idea stores“ besuchen.³⁵

32 Vgl.: Bertelsmann Stiftung (2004): Bibliotheksfilialen im Blick. – S. 72–73.

33 Vgl.: Palm, Stefan (2009): „Fast zu schön, um wahr zu sein“.

34 Anm.: Beim Bibliotheksentwicklungsplan 2008–2015 greift Berlin-Mitte auf die SWOT-Analyse zurück. Siehe auch: Hobohm, Hans-Christoph ; Umlauf, Konrad (Hg.) (2004-): Erfolgreiches Management von Bibliotheken. – 3.3.2.

35 Vgl.: Hobohm, Hans-Christoph (2007): Rechnen sich Bibliotheken. – S. 639.

2.3 Bürgerengagement

2.3.1 Freiwilligenarbeit

„Bürgerschaftliches Engagement gepaart mit individueller inhaltlicher Kompetenz soll gefördert werden, um die Identifikation der Bürger mit ihrem lokalen Umfeld zu stärken, sie am Leben und der Entwicklung ihrer Kommune intensiver teilhaben zu lassen und die Herausbildung einer neuen aktiven Zivilgesellschaft zu forcieren.“³⁶ Die Freiwilligenarbeit zeichnet sich durch folgende Merkmale aus: eine Leistung wird unentgeltlich erbracht, sie basiert auf Freiwilligkeit, erfolgt im öffentlichen Raum und nützt dem Gemeinwohl.³⁷

In den letzten acht Jahren hat sich die Zahl des ehrenamtlich tätigen Personals in den Öffentlichen Bibliotheken in Deutschland mehr als verdoppelt (siehe Tabelle 2). Diese Entwicklung führte in der bibliothekarischen Fachwelt zu einer Debatte, die noch heute mit folgenden allgemeinen Argumenten (siehe Tabelle 3) ausgetragen wird:³⁸

Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Anzahl der DBS-Bibliotheken	4.130	3.604	3.843	3.865	3.974	3.823	3.787	3.773	3.705	3.705
ehrenamtliches Personal	3.906	2.934	5.507	3.920	5.889	6.570	7.283	8.000	8.426	8.832

Tab. 2: Ehrenamtliches Personal in Öffentlichen Bibliotheken³⁹

Pro Freiwilligenarbeit	Kontra Freiwilligenarbeit
stärkere Einbeziehung der Bürger, Partizipation der Bürger	fehlende Verbindlichkeit
Verfügbarkeit von beruflichem Expertenwissen aus anderen Bereichen	Entprofessionalisierung
Freiwillige werden zu Multiplikatoren	zusätzliche Arbeitsbelastung für Hauptamtliche
	Ersetzung entgeltlicher Arbeit mit unentgeltlicher Arbeit (Einsparung)

Tab. 3: Pro- und Kontraargumente der Freiwilligenarbeit

36 Vgl.: Deutscher Bibliotheksverband e.V. (Hg.) (1999): Freiwillige – (k)eine Chance für Bibliotheken? – S. 5.

37 Vgl.: Freiwilligenarbeit in Bibliotheken (2007). – S. 6.

38 Vgl.: Freiwilligenarbeit in Bibliotheken (2007). – S. 7–10.

39 Anm.: variable DBS-Abfrage vom 30.04.2010. Anzahl der DBS-Bibliotheken entspricht der Anzahl an Öffentlichen Bibliotheken, die im genannten Jahr Daten für die Statistik zur Verfügung gestellt haben. Träger der Einrichtung ist die Kommune bzw. die Gemeinde.

Sich freiwillig engagierende Mitarbeiter selbst auswählen zu können, sollte der Bibliothek vom Träger gestattet werden. Die übertragenen Aufgaben dürfen nicht überfordern, sie müssen der persönlichen Qualifikation und dem zeitlichen Einsatz des Freiwilligen entsprechen. Dieser sollte sich mit der Bibliothek identifizieren sowie Kontinuität und Zuverlässigkeit signalisieren. Denkbar ist seine Integration in Prozesse, in denen kommunikative und soziale Kompetenzen erwünscht sind, so z. B. bei der Planung, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen und Bibliotheksführungen, bei der Hausaufgabenbetreuung und dem Fundraising.⁴⁰ Im Positionspapier des DBV (Deutscher Bibliotheksverband e. V.) wird immer wieder betont, dass in Zeiten knapper Kassen der Einsatz von ehrenamtlichem Personal⁴¹ nicht zu Einsparmaßnahmen führen bzw. die Freiwilligenarbeit nicht als Mittel zur Aufrechterhaltung öffentlicher Leistungen eingesetzt werden darf.⁴²

Michael Reisser vertritt die Meinung, dass Argumente zu bibliotheksfachlichen Standards in der Diskussion um die Freiwilligenarbeit nicht mehr zählen, da letztlich Bibliothekare nicht selbst bestimmen können, für welche Tätigkeiten qualifizierte Hauptamtliche und engagierte Ehrenamtliche eingesetzt werden. Forderungen, Profile als Maßstab zu entwickeln, wurden von der Politik nicht realisiert, auch an der Unterstützung von Imagekampagnen mangelt es, so dass bestehende Klischees aus dem Weg geräumt werden könnten. Trotz dem politisch gewollten Wandel zur Akademisierung, z. B. von Erziehern nach Ergebnissen von internationalen Bildungsvergleichen, geht der Trend auf kommunaler Ebene in Öffentlichen Bibliotheken in eine andere Richtung. Interessant ist, dass Reisser eine Ursache für diese personelle Entwicklung auch darin begründet sieht, dass es nicht die Politik ist, die Fragen stellt und nach Antworten sucht, sondern bibliothekarische Berufsverbände. Ein gesetzlich-politischer Auftrag für Öffentliche Bibliotheken könnte mehr Klarheit in die Debatte bringen.⁴³ „Primäre politische Handlungsmotivation zur Etablierung ehrenamtlicher Strukturen in Bibliotheken ist nur selten die Verwirklichung der Bürgergesellschaft, sondern im Regelfall die Einsparung von Personalmitteln.“⁴⁴, so Reissers Fazit.

40 Vgl.: Deutscher Bibliotheksverband e.V. (Hg.) (1999): Freiwillige – (k)eine Chance für Bibliotheken? – S. 7–9.

41 Anm.: Der DBV verwendet in seinem Positionspapier bewusst nicht den Begriff Ehrenamt, da der Begriff Freiwillige/r gleichgesetzt wird mit der Bedeutung von Volunteers, d. h. es besteht bei dem Einsatz von Volunteers nicht die Gefahr, dass professionell ausgebildetes Personal eingespart wird.

42 Vgl.: Deutscher Bibliotheksverband e.V. (Hg.) (1999): Freiwillige – (k)eine Chance für Bibliotheken? – S. 5–6 u. 11.

43 Vgl.: Reisser, Michael (2008): „Bibliothek 2007“ und die Folgen. – S. 126–128.

44 Vgl.: Reisser, Michael (2008): „Bibliothek 2007“ und die Folgen. – S. 129.

Umlauf ist der Freiwilligenarbeit gegenüber positiv eingestellt. So sieht er das Mitwirken von Freiwilligen als Marketing und Lobbyarbeit an.⁴⁵ Weiterhin gibt er zu verstehen, dass auch die Wahl einer politischen Philosophie die Einstellung prägt. Es geht z. B. beim Kommunitarismus „zunächst nicht um berufsständische Fragen nach Arbeitsplätzen, nicht um finanzpolitische Fragen nach Haushaltsentlastung, nicht um organisatorische Fragen nach der Zuverlässigkeit der Helfer. Sondern es geht um die Begründung der Bibliothek durch Konstruktion eines informationellen Gemeinwesens in einer Epoche, in der die Nutzung von Information und Wissen einerseits zentrale Bedeutung erlangt hat, andererseits beliebigen Zwecken dienen und deshalb selbst keine gesellschaftliche Kohäsion stiften kann.“⁴⁶ Die Historie des Öffentlichen Bibliothekswesens verrät, dass vor allem durch das selbstverständliche bürgerschaftliche Engagement ihre Entwicklung geprägt wurde.⁴⁷

Um Missverständnisse zwischen allen Beteiligten zu vermeiden, empfiehlt es sich, eine Leitlinie zur Freiwilligenarbeit (Volunteer policy⁴⁸) zu verfassen.⁴⁹ Diese könnte z. B. im Rahmen des Kontraktmanagements (siehe Kapitel 2.4) erarbeitet werden.

Zwei Beispiele aus der Praxis sollen zunächst die Ausführungen zur Freiwilligenarbeit abrunden und zu einem Fazit für das vorliegende Teilkapitel verhelfen.

In Berlin wird u. a. der Datenschutz in Verbindung mit der ehrenamtlichen Tätigkeit thematisiert und bringt somit ein neues Problemfeld in die Diskussion. Seit zirka zwei Jahren leiten Mitglieder des Vereins ProKiez e. V. die Kurt-Tucholsky-Bibliothek im Bezirk Berlin-Pankow auf Basis der Freiwilligkeit. Ohne dieses bürgerliche Engagement müsste die Einrichtung geschlossen werden. Die Vereinsmitglieder haben durch die Ausübung bibliothekarischer Tätigkeiten, wie der Verbuchung von Medien und dem Kassieren von Mahngebühren, Zugriff auf den Gesamtdatenpool des Verbundes Öffentlicher Bibliotheken Berlins, der nach geltendem Recht nur Hauptamtlichen gestattet ist. Stefan Rogge weist darauf hin, dass für diese sogenannte Interimslösung zur Aufrechterhaltung der Pankower Bibliothek, die seit über fünf Jahren auch in der Thomas-Dehler-Bibliothek im Berliner Bezirk Tempelhof/Schöneberg praktiziert wird, kein Ende in

45 Vgl.: Umlauf, Konrad (2009): Zentrale Anlaufstelle der Bürger- und Informationsgesellschaft. – S. 445.

46 Vgl.: Umlauf, Konrad (2003): Bibliotheken, Freiwillige und die Erneuerung der Zivilgesellschaft. – S. 38.

47 Vgl.: Meyer, Bernd (2004): Über den Nutzen der Bibliotheken für die Kommunen. – S. 74.

48 Anm.: Zur Orientierung könnten die Leitlinien: „Involving Volunteers in Public Librarians“ dienen. Siehe: Hauke, Petra (Hg.): Ehrensache?! – S. 239–246.

49 Vgl.: Freiwilligenarbeit in Bibliotheken (2007). – S. 27–28.

Sicht ist. Für das Land Berlin wirkt sich dieses Bürgerengagement finanziell positiv aus, entstehen ihm lediglich nur die Infrastrukturkosten für die Bibliothek. Dass das Modell auch den Berliner Median (siehe Kapitel 3,2) für die Budgetzuweisung senken und somit Druck auf das wirtschaftliche Handeln anderer Berliner Bibliotheken ausüben kann, ist eine schleichende Begleiterscheinung. In den Köpfen der Berliner Bürger wird das Bild projiziert, dass man problemlos auf qualifiziertes Personal verzichten kann, jedoch nicht auf den Ort Bibliothek. Sobald die Schließung der Räumlichkeit droht, setzen sich Betroffene für den Erhalt ein.⁵⁰ ProKiez e. V. bezieht Stellung und fordert auf, nicht zum „Spielball bibliothekspolitischer Auseinandersetzungen“ zu werden. Der Verein ist der Meinung, dass Ursache und Wirkung nicht richtig kommuniziert werden, denn schließlich engagieren sich die Mitglieder nicht zum Zwecke von Personalkosteneinsparungen. Man wünsche sich ein besseres Verhältnis zwischen den Beteiligten.⁵¹

Die professionell geleitete Schulbibliotheksarbeit ist Teil der Stadtbibliothek Frankfurt am Main. Insgesamt 13 Schulbibliotheken werden hauptamtlich betreut und durch engagierte Bürger unterstützt. 2008 zählte man 68 Schulbibliotheken in der hessischen Landeshauptstadt (Steigerung von 78% seit 2000). Ohne die Freiwilligenarbeit, die überwiegend von Eltern und Lehrern geleistet wird, wäre diese Entwicklung nicht möglich gewesen. Eine effektive und störungsfreie Kommunikation ist Basis der Zusammenarbeit zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen. Infobriefe erscheinen regelmäßig und eine Loseblattsammlung wird als Handreichung herausgegeben. In Frankfurt am Main nahm die Politik diese positive Entwicklung durch bürgerschaftliches Engagement zur Kenntnis und ermöglichte die Besetzung einer neu geschaffenen Personalstelle im schulbibliothekarischen Betrieb.⁵²

Die Auseinandersetzungen um die Freiwilligenarbeit im Bibliotheksbereich werden überwiegend emotional geführt. Zu Recht fürchten Bibliothekare den Verlust von fachlichen Standards, um die Stellung und Wahrnehmung ihres Berufsbildes in der Gesellschaft und den Abbau notwendiger Planstellen. Nicht zuletzt sind diese Befürchtungen eine Folge der fehlenden Positionierung der Politik zum Wert von Öffentlichen Bibliotheken in der Gesellschaft. Aber auch Berufsverbände verstärken mit Positionspapieren die zweigeteilten Argumentationsstränge. Die Freiwilligenarbeit unterstützt die breite Angebotspalette von Bibliotheken bzw. hält diese aufrecht oder ermöglicht neue Dienstleistungen.

50 Vgl.: Rogge, Stefan (2009): "Nicht zum Preis des bibliothekarischen Suizids". – S. 55–56.

51 Vgl.: Eilers-König, Nina (2009): Wir wollen nicht der Spielball bibliothekspolitischer Auseinandersetzungen sein. – S. 316.

52 Vgl.: Jordan-Bonin, Eva von (2008): Ehrenamt – ja bitte! – S. 138–139.

Bibliotheken agieren im Interesse der Bürgerschaft. Wenn Benutzer im gleichen Atemzug sich für die Einrichtung bürgerschaftlich engagieren möchten, sollte dem nicht mit einer ablehnenden Haltung begegnet werden. Wichtig ist, die richtige Integration dieser Partizipationsmöglichkeit in den Bibliotheksbereich zusammen mit dem Träger zu vereinbaren. Dabei könnte auch die Bürgerschaft selbst zu Wort kommen.

2.3.2 *Freundeskreis | Förderverein | Bürgerstiftung*

Um Fürsprechern einer Öffentlichen Bibliothek eine gemeinsame Plattform (Lobby) zu bieten, empfiehlt sich die Gründung einer Interessengemeinschaft, die je nach Rechtsform zweckgebunden ist. Die Initiative zum Aufbau einer gemeinnützigen Vereinigung muss dabei nicht zwangsläufig von der Bibliothek ausgehen.

Die Mitglieder einer solchen Institution können die lokalen Interessen der Öffentlichen Bibliothek gegenüber dem Träger und der Politik vertreten, die Bedeutung der Informationseinrichtung in der Öffentlichkeit hervorheben und in Problemsituationen gemeinsam mit der Leitung bibliothekspolitisch agieren. Es empfiehlt sich daher, nicht nur Bürger aus dem naheliegenden Kultur- und Bildungsbereich als Fürsprecher zu gewinnen, sondern auch Persönlichkeiten aus Industrie, Wirtschaft, Handel und Verwaltung. Des Weiteren können sich die Mitglieder u. a. in folgenden Bereichen bürgerschaftlich engagieren: Leseförderung, Veranstaltungen und Ausstellungen, Öffentlichkeitsarbeit, Buchpatenschaften oder ehrenamtliche Mitarbeit in der Bibliothek.⁵³ Mitglieder werden gleichzeitig zu Stakeholdern und können z. B. auch die Interessen von Nichtbenutzern vertreten.⁵⁴ Denkbar wäre ihr Einsatz für jene Bürger, die keinen Zugang zur Öffentlichen Bibliothek haben und vom Angebot einer Fahrbibliothek profitieren würden. Aber auch die Befürwortung der zur Modernisierung beitragenden Veränderungen (z. B. Einführung der Onleihe, die Eröffnung eines Lesecafés, die Überarbeitung des Internetauftrittes) könnte für die Bibliothek und ihre Benutzer unterstützend wirken.

In der Satzung des Förderkreises der Lichtenberger Bibliotheken e. V. heißt es z. B., dass die Mitglieder sowohl die Öffentlichkeitsarbeit und den Medienerwerb der Stadtbibliotheken des Berliner Bezirkes unterstützen, als auch Projekte zur Leseförderung und Medienkompetenz insbesondere von Kindern und Jugendlichen fördern. Darüber hinaus steht er in Kontakt mit anderen Vereinen und Zentren, mit den Mitgliedern

53 Vgl.: Ruppert, Georg (2005): Helfen (nicht nur) mit Rat und Tat... – S. 41–43.

54 Vgl.: Sprengel, Rainer (2005): Rückzug des Staates, Rückkehr der Bürger? – S. 55.

der Bezirksverordnetenversammlung, mit Wohnungsunternehmen und Gewerbebetreibenden in Berlin-Lichtenberg.⁵⁵ Finanziell und organisatorisch wird die bibliothekarische Arbeit begleitet. Regelmäßig führt der Förderkreis öffentliche Vorstandssitzungen in den Bezirksbibliotheken durch. Interessierte Bürger haben dort die Gelegenheit, mehr über die Arbeit des Vereines und die Aktivitäten der Bibliothek zu erfahren.⁵⁶

Mit der Gründung eines Freundeskreises, Fördervereines o.ä. für eine kommunal finanzierte Öffentliche Bibliothek kommt es zu Überschneidungen zwischen den verfolgten Zielen bürgerschaftlichen Engagements im Rahmen einer Bürgergesellschaft und dem Staat. Dabei können Interessenkonflikte auftreten.⁵⁷ Mit der Etablierung der Interessenvertretung in der Bürgerschaft erhält die Bibliothek, die Teil der Verwaltung ist, ein Sprachrohr, welches nicht an feste Strukturen gebunden ist.

Fördervereine haben neben dem finanziellen Anreiz, der im Zusammenhang von Spenden und Fundraising immer wieder betont wird, noch ein weiteres Potential: Integriert man die umstrittene Freiwilligenarbeit stärker in das Modell, könnte die im Kapitel 2.3.1 beschriebene Debatte eventuell auf einer anderen Basis weiter diskutiert werden. Umlauf meint, dass eben dieser Ansatz aus den zwei genannten Komponenten in gemeinnützigen Vereinigungen eher selten vorzufinden ist.⁵⁸ Man sollte nach möglichen Ursachen suchen.

Im November 2009 wurde in Luxemburg eine nationale Bürgerstiftung für Öffentliche Bibliotheken als langfristiges Mittel gegen Finanzkrisen gegründet, wobei deutlich gesagt werden muss, dass die zusätzlich erworbenen Spendengelder nur eine Ergänzung zum vorhandenen Bibliotheksetat darstellen sollen. Gefördert wird primär der Medienerwerb. Die Bürgerstiftung spricht vorrangig den Bürger (Kleinspender) an. Erstes Ziel war es zunächst, einen Euro pro Einwohner via Spende zu erhalten. Auf eine positive Erfahrung kann bereits aufgebaut werden: So gab es keine Rückfragen von Seiten der Bürgerschaft nach der Motivation zum Spendenaufruf. Ihr scheint die Notwendigkeit bewusst zu sein.⁵⁹ Ist dies ein Stiftungsbeispiel, welches auch auf Länderebene oder gar Bundesebene in Deutschland realisiert werden könnte? Bereits vor 15 Jahren äußerte man hierzulande die Idee von einer

55 Vgl.: Satzung des Förderkreises der Lichtenberger Bibliotheken e.V.

56 Vgl.: Stadtbibliotheken Berlin-Lichtenberg.

57 Vgl.: Sprengel, Rainer (2005): Rückzug des Staates, Rückkehr der Bürger? – S. 50.

58 Vgl.: Hobohm, Hans-Christoph (Hg.) ; Umlauf, Konrad (Hg.) (2004): Erfolgreiches Management von Bibliotheken. – 4/7,7, S. 2.

59 Vgl.: Reding, Jean-Marie (2010): „Haben Sie mal ´nen Euro für Bibliotheken?“ – S. 278–279.

„Bürgerstiftung Bibliothek“, mit der durch Kleinbeiträge Stiftungskapital gesammelt werden sollte.⁶⁰

2.3.3 Bürgerbegehren | Bürgerentscheid

Bürgerbegehren und Bürgerentscheid sind politische Mitwirkungsinstrumente und können sich bei positivem Ausgang zu Gunsten der Bürgerschaft und gegen eine Ratsentscheidung auswirken. Ist ein Begehren erfolgreich, d.h. wurden Fristen eingehalten und sind genügend Unterschriften gesammelt worden, muss umgehend ein Bürgerentscheid über die betreffende Angelegenheit bindend urteilen. Beide Verfahren erfordern eine bestimmte Mehrheit der wahlberechtigten Bürger.⁶¹

Politische Vertreter der Stadt München bestätigten 2002 das Gerücht, dass insgesamt zehn bis zwölf Stadtteilbibliotheken in der bayrischen Landeshauptstadt von der Schließung bedroht seien. Als Alternative hielt man langfristig drei Mittelpunktsbibliotheken für eine zufriedenstellende Lösung. Trotz Protesten aus der Bevölkerung wurden im April 2003 zwei Stadtteilbibliotheken geschlossen.⁶² Die von der Politik forcierten Schließungen gingen auf ein Konzept der rot-grünen Stadtratsmehrheit zurück, wonach bis 2006 rund 2,5 Millionen Euro des Bibliotheksetats eingespart werden sollten. Über 27.000 Unterschriften hatte die Bürgerinitiative „Bürgerbegehren zur Erhaltung der Münchner Stadtteilbibliotheken“ gesammelt und dafür gesorgt, dass sich ein gewünschtes positives Ergebnis per Bürgerentscheid im September 2003 eventuell erkämpfen ließe. Um möglichst nicht die Befürworter der Initiative zu unterstützen, vermied es die Stadt, den Entscheid parallel zur damaligen Landtagswahl durchzuführen. Am 28. September votierten 70% der Wähler für den Erhalt ihrer Stadtteilbibliotheken. Dennoch konnte der Rat sein Vorhaben umsetzen, da insgesamt 9.000 Stimmen von wahlberechtigten Bürgern fehlten, die den Entscheid bindend gemacht hätten.⁶³ Laut DBS verringerte sich die Anzahl der Münchner Stadtbibliotheken von 47 (1999) auf 39 (2008).⁶⁴

In Iserlohn (Nordrhein-Westfalen) wurde 2006 die Abschaffung der Fahrbibliothek zum Gegenstand eines Bürgerbegehrens. Die schwarz-gelbe Mehrheit im Kreistag erklärte die 30.000 Unterschriften

60 Vgl.: Sonn, Hans-Martin (1995): Bibliotheken zwischen Medienvielfalt und Finanzkrise. – S. 59.

61 Vgl.: Günther, Albert ; Beckmann, Edmund (2008): Kommunal-Lexikon. – S. 43–44.

62 Vgl.: Hauke, Petra (2005): Mit „Bücherbegehren“ zum „Bürgerbegehren“ – S. 133.

63 Vgl.: Hauke, Petra (2005): Mit „Bücherbegehren“ zum „Bürgerbegehren“ – S. 135.

64 Anm.: variable DBS-Auswertung vom 22.04.2010 zur Stadtbibliothek München.

im Mitbestimmungsverfahren für ungültig und stimmte gegen das Aufschieben einer endgültigen Entscheidung, auch wenn alternativ zur Diskussion stand, nach Sponsoren zu suchen. Protestierende Bürger scheiterten letztendlich bei einer Klage vor dem Oberverwaltungsgericht Münster.⁶⁵

Der Bürgerentscheid in Böhl-Iggelheim (Rheinland-Pfalz) im März 2007 ist aus bibliothekspolitischer Sicht gescheitert. Die Bibliothekssoftwarefirma BOND wollte in der Gemeinde, die keine Öffentliche Bibliothek vorweisen kann, eine „Bibliothek der Zukunft“ realisieren. Das Projekt hätte Best-Practice-Charakter haben können, z. B. sollte der Bestand aus 50% Non-Book-Medien bestehen. Mit knapper Mehrheit wurde der Bau einer Bibliothek, der vorab bereits im Gemeinderat beschlossen wurde, durch die Bürgerschaft mittels Bürgerentscheid verhindert. Lokale Bibliotheksbefürworter sehen die Ursache des Neins zur modernen Bibliothek bei der Verwaltung, die die Bürger mit Informationen zu Folgekosten konfrontiert hat.⁶⁶ Die BOND-Website zum langjährig geplanten Bauvorhaben dokumentiert „das Unmögliche“ in der 11.000 Einwohnergemeinde: „Der aufmerksame Leser / die aufmerksame Leserin dieser Seite wird Antworten darauf erhalten, wie die Wahrheit wirklich aussieht und warum sich ausgerechnet Vertreter einer angeblich bürgerfreundlichen Partei wie der SPD gegen dieses Projekt stellen. Vielleicht geht es diesen gar nicht um die Interessen der Bürger?“⁶⁷ Es scheint, als sei das Projekt einem Parteienstreit zum Opfer gefallen. Auf Anfrage, wie der Prozess in der Gemeinde weiter verlief, teilte der Geschäftsführer der Firma BOND Michael König zunächst mit, dass das Ergebnis des Entscheides nicht den tatsächlichen Willen der gesamten Bürgerschaft repräsentiere, sondern nur die Meinung der aktiven Wähler wiedergebe. Im Nachhinein habe er persönliche Reaktionen von einigen Bürgern erhalten, die ihm gegenüber ihr Bedauern wegen der Entscheidung geäußert haben. Da ein Gemeinderat über ein Thema, welches durch einen Bürgerentscheid entschieden wurde, innerhalb der folgenden fünf Jahre nicht mehr anders entscheiden darf, wird die Bibliothek der Zukunft in Böhl-Iggelheim nicht realisiert. Die Firma hat einen mehrjährigen Mietvertrag, den sie laut König auslaufen lässt. Anschließend wird sie den Standort wechseln und Böhl-Iggelheim verlassen.⁶⁸

65 Vgl.: Bürgerbegehren MK – Rettungsversuche für Bücherbus gescheitert.

66 Vgl.: Hellmich, Julia (2007): Totalschaden für die "Bibliothek der Zukunft". – S. 260.

67 Vgl.: BOND GmbH und Co. KG: Bibliothek/Mediathek in Böhl-Iggelheim.

68 Anm.: Nach Informationen von Michael König, BOND-Geschäftsführers [E-Mail vom 26.04.2010 liegt der Autorin vor].

Die Bürger der Stadt Augsburg (Bayern) erhielten im Juni 2009 dank des positiven Ausgangs eines Bürgerbegehrens eine neue Stadtbibliothek. Seit Jahren mussten Bibliotheksmitarbeiter und Benutzer mit schlechten räumlichen Bedingungen leben. Mittel wurden immer wieder gekürzt und im November 2004 wurden die Gelder für einen Neubau gänzlich gestrichen. Augsburger Bürger protestierten und schlossen sich erfolgreich zu einer Initiative „Offensive für eine neue Stadtbücherei in Augsburg“ zusammen.⁶⁹

Im Mai 2010 wurde die Öffentliche Bibliothek/Mediathek Gegenstand eines Bürgerentscheides in Bad Vibel (Hessen, ca. 31.000 Einwohner). Dieser sollte einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aufheben. Streitpunkt war der Standort der zukünftigen Mediathek und indirekt auch die architektonische Zukunft der neuen Stadtmitte. Für die schwarz-gelbe Regierungsmehrheit sollte die neue Informationseinrichtung der zentrale Anziehungspunkt im Stadtkern werden. Der Investor der Neuen Mitte gab vor dem Bürgerentscheid zu verstehen, dass er finanziell nur dann fördern wolle, wenn der Bürgerentscheid scheitere, sprich der Bau der gläsernen Bücherbrücke befürwortet werde. Den Bau über den Fluss Nidda wollten SPD und Bündnis 90/Die Grünen verhindert wissen. Letztlich fehlten 311 Stimmen von wahlberechtigten Bürgern, um das Vorhaben zu stoppen. Insgesamt 57,2% der Wähler lehnten das Projekt ab.⁷⁰

Die genannten Beispiele verdeutlichen, dass sowohl durch richtungsweisende Äußerungen von Parteien als auch durch Mitbestimmung der Bürgerschaft Einfluss auf die Zukunft der Öffentlichen Bibliothek vor Ort genommen werden kann. Oft ist die Wahlbeteiligung entscheidend (siehe München, Böhl-Iggelheim, Bad Vibel). Es ist vorstellbar, dass solche Entscheidungen zu Standortfragen, Investitions- oder Einsparvorhaben zukünftig frühzeitig im Rahmen von Bürgerhaushaltsverfahren gemeinsam mit der Bürgerschaft diskutiert werden, um bürgernahes Handeln zu garantieren.

69 Vgl.: Bürgerbegehren "Neue Stadtbücherei": Offensive für eine neue Stadtbücherei.

70 Vgl.: Sundermann (2010): Bücherei-Brücke über die Nidda.

2.4 Lokal steuern – Verwaltung, Politik und Öffentliche Bibliothek

2.4.1 *Bibliotheksgesetz*

Zum Teil basierend auf dem UNESCO Manifest für Öffentliche Bibliotheken, unterstreicht auch die Kopenhagener Erklärung die Bedeutung jener Einrichtungen für die Gesellschaft. Europäische Politiker aus 31 Ländern befürworten in der Erklärung die Rollen: democracy and citizenship, economic and social development, lifelong learning, cultural and linguistic diversity. Hobohm fragt sich, ob dieser europäische Anstoß Öffentlichen Bibliotheken zu dem positiven Stellenwert verhelfen werde, wie sie amerikanische Informationseinrichtungen genießen.⁷¹ Der Kopenhagener Forderung, national für ein beständiges Bibliotheksgesetz zu sorgen, wurde bis dato in Deutschland nicht nachgekommen. Zwar wurde 2008 in Thüringen ein erstes Bibliotheksgesetz auf Länderebene verabschiedet und Aktivitäten dahingehend sind derzeit auch in Berlin, Hessen, Mecklenburg Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt erkennbar⁷², aber von der Diskussion über ein Gesetz, welches die Hürden des Förderalismus überwindet und Öffentliche Bibliotheken zur Pflichtaufgabe macht, ist Deutschland weit entfernt, auch wenn 2007 die Enquete-Kommission Kultur in Deutschland der Politik als Handlungsempfehlung vorgab, Öffentliche Bibliotheken zur Pflichtaufgabe auf Länderebene zu erklären oder „die rechtliche Sicherung von öffentlichen Bibliotheken auch durch einen länderübergreifenden Staatsvertrag“ anzustreben.⁷³ Im Bibliotheksgesetz von Thüringen wurde die erstgenannte Empfehlung nicht umgesetzt.

Der DBV spielt eine tragende Rolle bei der Forderung nach einem Bibliotheksgesetz in Deutschland. Er legte bereits 2008 ein Mustergesetz vor, welches den Bundesländern als Wegweiser dienen kann. Die Sicherung des Istzustandes ist nicht Ziel der Bemühungen des Verbandes, sondern die Orientierung an Best-Practices-Beispielen wie Dänemark, Finnland oder Großbritannien. Sechs Punkte sollten daher laut DBV Inhalt zukünftiger Bibliotheksgesetze auf Länderebene sein:

71 Vgl.: Hobohm, Hans-Christoph (2002): Mythos, Metapher, Maschine. – S. 5.

72 Vgl.: Deutscher Bibliotheksverband e.V.: Bibliotheksgesetze.

73 Vgl.: Deutscher Bundestag (2007): Schlussbericht der Enquete-Kommission Kultur. – S. 132.

- „Pflicht der Kommune zum Angebot und zur Unterhaltung einer Bibliothek mit für die Weiterentwicklung notwendigen materiellen und finanziellen Ausstattungen und fachlich ausgebildetem Personal.
- Definition der Bibliothek als eigenständige und kooperative Bildungseinrichtung.
- Pflicht zum Angebot von Dienstleistungen und Bestandserweiterung unter Berücksichtigung aller neuen Entwicklungen auf dem Medien- und Informationsmarkt.
- Entwicklung eines auch örtlich definierten Netzes von Bibliotheken unter Einbeziehung aller Bibliothekstypen, so auch der Schul- und Spezialbibliotheken sowie kirchlichen Bibliotheken, einschließlich der gesetzlich geregelten Trägerschaft der Landesfachstellen für Öffentliche Bibliotheken.
- Pflicht des Landes zur Förderung sowie eine klare Regelung der finanziellen Beteiligung des Landes an der Aufrechterhaltung eines flächendeckenden Netzes Öffentlicher Bibliotheken sowie die Einstellung entsprechender Mittel in den Etat des zuständigen Fachministeriums.
- Maßnahmen zur Bewahrung des kulturellen Erbes und zur Bestandserhaltung sind einer besonderen Wertung zu unterziehen und durch Landesmittel ausdrücklich sicherzustellen und zu fördern.“⁷⁴

In der Europäischen Union können zwei Drittel der Länder ein Bibliotheksgesetz vorweisen. Die Erfahrungen zeigen jedoch, dass der Erlass eines Gesetzes nicht ausreicht, sondern der politische Wille auf allen Ebenen zur Stärkung der Bibliotheken in der Gesellschaft vorhanden sein muss.⁷⁵

2.4.2 *Neues Steuerungsmodell*

Die Bibliothek als freiwillige Aufgabe des Kulturbereiches, als weicher Standortfaktor der Stadt – bedeutet dies zwangsläufig, dass stets mit Etatkürzungen vom Träger gerechnet werden muss oder kommt es auch auf die Kommunikation und die Handlungsbereitschaft beider Partner an? Mit der Einführung des Neuen Steuerungsmodelles in den Kommunen seit Anfang der 1990er Jahre mussten Öffentliche Biblio-

⁷⁴ Vgl.: Deutscher Bibliotheksverband e.V.: Bibliotheksgesetze.

⁷⁵ Vgl.: Schleihagen, Barbara (2008): Bibliotheksgesetze in Europa. – S.1 u. 9.

theken erkennen, dass sie zukünftig auch wirtschaftlich argumentieren sollten, um ihre Existenz zu rechtfertigen. Seit Bestehen des Modelles ist es Ziel gewesen, sich von der Kameralistik und von kommunalen Verwaltungstraditionen im öffentlichen Sektor zu trennen und das Denken und Handeln betriebswirtschaftlich auszurichten.⁷⁶ Die Steigerung der Effektivität, der Wirtschaftlichkeit und die Bürgerorientierung stehen bei diesem Modernisierungsinstrument im Vordergrund. Gegenstände des Neuen Steuerungsmodelles sind kommunale Dienstleistungen für den Bürger, die Mitarbeiter der Verwaltung sowie definierte Produkte und deren Steuerung.⁷⁷ Die auch damals schlechte finanzielle Situation der Kommunen beschleunigte das Einleiten des Modelles, welches als Instrument zur Haushaltskonsolidierung angesehen werden kann.⁷⁸

Arend Flemming sagte, dass gerade Bibliotheken sich gut als Dienstleistungsunternehmen messen lassen können, da sie mit vielen Bürgern als Bibliotheksbenutzer zusammenarbeiten, statistische Werte vorweisen können und sich durch ihr Tätigkeitsfeld klar von anderen Bereichen der Verwaltung abheben. Öffentliche Bibliotheken müssen ihr breites Dienstleistungsspektrum kennen, um gleichzeitig bürgernah und wirtschaftlich agieren zu können.⁷⁹ Bibliotheken wissen um ihre Potentiale, diese sollten vorrangig im Einklang zu ihrem lokalen Umfeld umgesetzt werden.

Flemming nennt vier Gründe für den damaligen Modernisierungsbedarf Öffentlicher Bibliotheken: Die finanziellen Ressourcen wurden ständig reduziert, die Bürgeransprüche an der Verwaltungsstruktur und -qualität stiegen, die Steuerung als Dienstleistungsunternehmen war kaum möglich und die Einstellung der Mitarbeiter gegenüber ihren Arbeitstätigkeiten veränderte sich. Alle genannten Ursachen sind gleichfalls Anlässe für die gesamte Verwaltungsreform gewesen. Dem sinkenden Bibliotheksetat standen höhere Personal- und Erwerbungs-kosten gegenüber. Dies hatte zur Folge, dass durch Reduzierung der Personalressourcen innovatives Handeln, also die Weiterentwicklung oder Einführung von Dienstleistungen, und das Gerechwerden qualitativer Ansprüche erschwert wurde.⁸⁰

76 Vgl.: Hobohm, Hans-Christoph (Hg.) ; Umlauf, Konrad (Hg.) (2004): Erfolgreiches Management von Bibliotheken. – 3/6.1, S. 1–2.

77 Vgl.: Günther, Albert ; Beckmann, Edmund (2008): Kommunal-Lexikon. – S. 118.

78 Vgl.: Pecher, Susanne (1997): Produktdefinitionen an Öffentlichen Bibliotheken. – S. 29.

79 Vgl.: Hobohm, Hans-Christoph (Hg.) ; Umlauf, Konrad (Hg.) (2004): Erfolgreiches Management von Bibliotheken. – 3/6.1, S.6–7.

80 Vgl.: Hobohm, Hans-Christoph (Hg.) ; Umlauf, Konrad (Hg.) (2004): Erfolgreiches Management von Bibliotheken. – 3/6.1.3, S. 2–3.

Mittels eines sogenannten Kontraktmanagements sollte hierarchischen Strukturen entgegengewirkt werden. Gemeinsam sollten Vereinbarungen zu Zielen, Leistungen und Prozessen ausgearbeitet werden, jedoch nicht nur zwischen Träger und Bibliotheksleitung, sondern auch durch Gespräche zwischen Leitung und Mitarbeitern. Eine Leitlinie des Kontraktmanagements im Modernisierungsprozess ist das Aushandeln von Verbindlichkeiten, so dass eine Entwicklungs- und Leistungsplanung für alle Beteiligten möglich ist.⁸¹

Damit die Verwaltung effektiver steuern kann, handeln die Ämter im Neuen Steuerungsmodell eigenverantwortlich in ihren Fachbereichen und mit den zur Verfügung gestellten Ressourcen, wobei die Politik auf Zielvorgaben Einfluss nehmen kann. Da sich bei der Erfüllung der Aufgaben nah an den Bedürfnissen des Bürgers orientiert werden sollte, ist ein Motor der Effektivität, dass Produkte neu geschaffen sowie gestrichen werden können. Produkte, also angebotene Leistungen, sind wie bereits erwähnt Gegenstand des Neuen Steuerungsmodells. Ihre Einführung verdeutlicht, dass die Steuerung durch einen Output-Charakter geprägt ist. Als eine Leistung kann das Ergebnis einer Tätigkeit angesehen werden, wobei die Tätigkeit nicht gleich die Leistung bzw. das Produkt darstellt. Produkte selbst definieren den Produktinhalt, den Umfang und die Qualität der Leistung sowie die Zielerreichung.⁸²

Die Leistungen, die primär für den Nutzer angeboten werden, spiegeln sich im Produkt Medien und Informationen wider. Veranstaltungen sowie besondere Dienstleistungsangebote werden ebenfalls als ein Produkt dargestellt. Bei diesem Management sollte sich neben der Quantität und Qualität auch auf die Wirtschaftlichkeit konzentriert werden.⁸³

Susanne Pecher meint, dass vor allem bei den Formalkategorien wie Auftragsgrundlage, Ziele, Zielgruppen und Leistungsumfang zwischen der Öffentlichen Bibliothek und anderen Ämtern Unterschiede zu sehen sind, da Bibliotheken sich nicht auf ein Gesetz berufen können, bzw. Leistungen nicht gezielt angefordert werden. Die Erfahrungen der Bibliotheken mit dem Neuen Steuerungsmodell zeigen, dass Kontrakte nicht immer vereinbart bzw. bei bestehenden Kontrakten Budgetkürzungen dennoch beschlossen wurden und in Folge dessen Ziele nicht eingehalten werden konnten.⁸⁴

81 Vgl.: Hobohm, Hans-Christoph (Hg.) ; Umlauf, Konrad (Hg.) (2004): Erfolgreiches Management von Bibliotheken. – 3/6.1, S.4.

82 Vgl.: Pecher, Susanne (1997): Produktdefinitionen an Öffentlichen Bibliotheken. – S. 30.

83 Vgl.: Hobohm, Hans-Christoph (Hg.) ; Umlauf, Konrad (Hg.) (2004): Erfolgreiches Management von Bibliotheken. – 3/6.1, S.11.

84 Vgl.: Pecher, Susanne (1997): Produktdefinitionen an Öffentlichen Bibliotheken. – S. 33–35.

Mit dem Strategiekonzept „Bibliothek 2007“, welches auf die nationalen Bibliothekspläne von 1973 und 1993 aufbaut und die Diskussion über das Leistungspotential von Öffentlichen Bibliotheken zwischen Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit fördern möchte, liegt ein aktuelles Werk zur Orientierung vor. Neben der gesellschaftlichen Bedeutung von Bibliotheken, wird auch auf den Reformbedarf und auf Innovationsfaktoren eingegangen sowie von Erfahrungen aus dem Ausland berichtet.⁸⁵ Das Konzept weist deutlich darauf hin, dass Bibliotheken vor allem in den Kommunen und Ländern mit beträchtlichen Mittelkürzungen konfrontiert werden und nicht innovativ handeln können. Neben der Forderung nach zentralen Diensten im Föderalismus, wird auch betont, dass lokale Probleme lokale Lösungen benötigen. So sollen auch etablierte Bibliotheksstrukturen hinterfragt werden, z. B. die funktionale Abgrenzung zwischen öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken.⁸⁶

Solange Öffentliche Bibliotheken als freiwillige Aufgabe definiert werden, ist es wichtig, gemeinsam mit der Verwaltung, der Politik und den Bibliotheksmitarbeitern Ziel- und Leistungsvereinbarungen im Sinne der Bürgerschaft zu treffen. Diese sollten nicht nur zwischen Träger und Bibliothek, sondern auch mit der Bürgerschaft transparent kommuniziert und diskutiert werden.

Ein Bibliotheksgesetz wird gefordert, Bibliothekare und Berufsverbände sind unzufrieden mit dem zur Verfügung stehenden Etat und mit der geringen Anzahl an Planstellen. Seit Jahren stehen diese Probleme im Vordergrund fachlicher Diskussionen und ein Ende ist nicht in Sicht. Die immer wiederkehrenden Argumente hemmen die Entwicklung Öffentlicher Bibliotheken vermutlich mehr als das nichtvorhandene Bibliotheksgesetz, welches sie zur Pflichtaufgabe machen soll.

Öffentliche Bibliotheken sollten sich vom Dienstleistungsgedanken nicht verabschieden, aber sie sollten den Benutzer und vordergründig den Nichtbenutzer als Mitwirkenden integrieren. Nicht das Handeln für, sondern das Handeln mit der breiten Öffentlichkeit sollte zukünftig zum Leitmotiv werden, wenn Öffentliche Bibliotheken in der Gesellschaft ihren Stellenwert finden möchten. Den Bürgern sollte das Potential von Öffentlichen Bibliotheken vermittelt werden, damit sie wissen, was sie von der kommunalen Einrichtung gegenwärtig und zukünftig erwarten und fordern können.

85 Vgl.: Bertelsmann Stiftung, Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände (2004): Bibliothek 2007. – S. 7–10.

86 Vgl.: Bertelsmann Stiftung, Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände (2004): Bibliothek 2007. – S. 13 u. 21.

3 Bibliothek und Bürgerhaushalt

Im vorliegenden Kapitel wird begonnen, sich mit dem Forschungsgebiet und den eingangs gestellten Forschungsfragen auseinanderzusetzen. Bevor der Bürgerhaushalt von Berlin-Lichtenberg vorgestellt und auf Berührungspunkte und Auswirkungen auf die Bezirksbibliothek eingegangen wird, soll Hintergrundwissen zum Partizipationsverfahren vermittelt werden. Das Kapitel schließt mit Erläuterungen von Ann Ready, Content Managerin der Christchurch City Libraries (Neuseeland). Sie äußert sich zum Partizipationsverfahren in Christchurch und dessen Auswirkungen auf die örtliche Öffentliche Bibliothek.

Der Bibliothekswissenschaftler Konrad Umlauf geht kurz in seinem Aufsatz „Bibliotheken, Freiwillige und die Erneuerung der Zivilgesellschaft“ auf die Thematik des Bürgerhaushaltes ein. Da die lokale Bevölkerung im Bürgerhaushalt selbst signalisieren kann, dass sie zum eigenen Nachteil auf bestimmte öffentliche Leistungen verzichten würde, sieht Umlauf einen bisher unbekanntenen hohen Legitimationsdruck der Bibliotheken gegenüber der Öffentlichkeit. Er hält es für notwendig, die Bürgerschaft stärker ins Bibliothekswesen einzubeziehen bzw. der lokalen Vernetzung noch mehr Bedeutung beizumessen.⁸⁷

3.1 Bürgerhaushalt

3.1.1 Definition | Zielsetzung

Folgende Definition von Albert Günther wurde bereits in der Einleitung der vorliegenden Arbeit präsentiert:

Der Bürgerhaushalt ist ein eigenständiges Verfahren, in dem Bürger Vorschläge zu kommunalen Haushaltsangelegenheiten diskutieren und selbst einbringen. Die aktive Bürgerschaft partizipiert an der Aufstellung des Haushaltsplanes und kann sich zu zukünftigen Einnahmen und Ausgaben äußern. Über die Annahme bzw. Ablehnung der im Bürgerhaushalt diskutierten Vorschläge entscheidet der Rat. Er muss Rechenschaft über seine Entscheidung abgeben sowie über die Umsetzung des Vorschlages die

⁸⁷ Vgl.: Umlauf, Konrad (2003): Bibliotheken, Freiwillige und die Erneuerung der Zivilgesellschaft. – S. 40–41.

Bürgerschaft informieren. Das Verfahren an sich muss gegenüber der lokalen Bevölkerung verständlich und transparent kommuniziert werden.⁸⁸ Der Bürgerhaushalt ist ein Haushaltsmodell der partizipatorischen Demokratie, trägt zur Modernisierung der Verwaltung bei und findet Anwendung in unterschiedlichen Konzepten, in welche die Bürgerschaft integriert wird.⁸⁹

Allerdings muss betont werden, dass es nicht nur in Deutschland bzw. in Europa sehr unterschiedliche Verfahrensweisen von Bürgerhaushalten gibt. So kann es sein, dass eine Kommune regelmäßig einen Bürgerhaushalt durchführt, dieser von anderen Städten als solcher jedoch nicht erkannt wird. Des Weiteren kann es ähnliche Partizipationsverfahren geben, die nicht als Bürgerhaushalt betitelt werden. Die verschiedenen Vorgehensweisen führen dazu, dass eine allgemeine Definition auf Basis empirischer Grundlagen nicht möglich ist.⁹⁰ Indes können Kennzeichen des Bürgerhaushaltes gelistet werden, die auf Analysen von Verfahrensweisen in europäischen Städten zurückzuführen sind:⁹¹

- Das Bürgerhaushaltsverfahren konzentriert sich auf finanzielle Angelegenheiten und auf begrenzte Ressourcen.
- Die Bürgerbeteiligung erfolgt in einer Stadt oder einem Stadtbezirk mit eigenen politischen und administrativen Zuständigkeiten.
- Der Bürgerhaushalt ist auf Dauer angelegt.
- Beim Bürgerhaushalt handelt es sich um einen eigenständigen Diskussionsprozess im Sinne der Diskursführung nach Habermas (1992).
- Es muss Rechenschaft darüber geleistet werden, welche Vorschläge realisiert worden sind.

Weiterhin sind drei Aspekte relevant: Nicht immer werden alle genannten Kennzeichen im Bürgerhaushalt berücksichtigt, die Größe der Kommune ist kein Kriterium und die Funktionsweise bzw. die Auswirkungen sind nicht von Bedeutung, entscheidend ist ausschließlich das verwendete Verfahrensmodell.⁹² Die Verfahrenstypologie des Bürger-

88 Vgl.: Günther, Albert ; Beckmann, Edmund (2008): Kommunal-Lexikon. – S. 45.

89 Vgl.: Sintomer, Yves (Hg.) ; Herzberg Carsten (Hg.) et. al. (2010): Der Bürgerhaushalt in Europa. – S. 80ff.

90 Vgl.: Sintomer, Yves (Hg.) ; Herzberg Carsten (Hg.) et. al. (2010): Der Bürgerhaushalt in Europa. – S. 39–40.

91 Vgl.: Herzberg, Carsten et al. (2006): Von Porto Alegre nach Europa. – S. 192–193. Sowie: Sintomer, Yves (Hg.) ; Herzberg Carsten (Hg.) et. al. (2010): Der Bürgerhaushalt in Europa. – S. 42–43.

92 Vgl.: Sintomer, Yves (Hg.) ; Herzberg Carsten (Hg.) et. al. (2010): Der Bürgerhaushalt in Europa. – S. 43.

haushaltes kann in sechs Idealtypen gegliedert werden⁹³, wobei sich die in Deutschland praktizierten Bürgerhaushalte an dem Idealtyp 3 „Konsultation öffentlicher Finanzen“ anlehnen (siehe Kapitel 3.1.3).⁹⁴

Den Bürgern wird die Gelegenheit geboten, auf die Planung, Beschaffung und Ausgaben von Haushaltsmitteln (z. B. Steuern, Beiträge, Gebühren) Einfluss zu nehmen. Öffentliche Leistungen werden mit der Einführung des Bürgerhaushaltes nicht mehr alleinverantwortlich von der Kommune zur Verfügung gestellt, sondern auch von den Bürgern mitgetragen.⁹⁵

Zur Zielsetzung des Bürgerhaushaltes äußern sich Sintomer/Herzberg/Röcke, indem sie klassifikatorisch vorgehen:⁹⁶

- administrative Ziele: Mittels der Gewinnung und Berücksichtigung bürgerschaftlichen Wissens oder Verwendung der Partizipation wird die Modernisierung der Verwaltung gefördert. Das Verfahren dient zur Verbesserung der lokalen Verwaltung.
- soziale Ziele: Der Bürgerhaushalt setzt sich zum Ziel, den sozialen Zusammenhalt der Bürgerschaft zu fördern, bestehende Prioritäten zu hinterfragen, sozial Schwächeren mehr Gehör zu verleihen, Minderheiten zu integrieren und auf die Beziehung zwischen den Geschlechtern einzugehen.
- politische Ziele: Durch die Einbeziehung der Bürgerschaft wird das demokratische Gefühl verstärkt gefördert.

3.1.2 Internationale Entwicklung

Porto Alegre – seit Ende der 1980er Jahre steht die südbrasilianische Stadt für eine neue demokratische Haushaltsstruktur und ist seither Best-Practice-Beispiel für zahlreiche Städte weltweit geworden. Als die drei Handlungsprinzipien des Bürgerhaushaltes von Porto Alegre können genannt werden: Basisdemokratie (Bürgerversammlungen in

93 Anm.: Idealtypen nach Sintomer/Herzberg/Röcke: 1. Porto Alegre in Europa, 2. Bürgernahe Partizipation, 3. Konsultation öffentlicher Finanzen, 4. Privat-öffentlicher Verwaltungstisch, 5. Gemeinwesenfonds auf Quartiers- und Stadtebene, 6. Partizipation organisierter Interessen. Siehe: Sintomer, Yves (Hg.) ; Herzberg Carsten (Hg.) et. al. (2010): Der Bürgerhaushalt in Europa. – S. 99, 80–111. Siehe auch: Herzberg, Carsten et al.(2006): Von Porto Alegre nach Europa. – S. 193–198 u. 203.

94 Vgl.: Sintomer, Yves (Hg.) ; Herzberg Carsten (Hg.) et. al. (2010): Der Bürgerhaushalt in Europa. – S. 99–100.

95 Vgl.: Günther, Albert (2007): Bürgerhaushalt. – S. 31 u. 47.

96 Vgl.: Sintomer, Yves (Hg.) ; Herzberg Carsten (Hg.) et. al. (2010): Der Bürgerhaushalt in Europa. – S. 265.

Stadtteilen), soziale Gerechtigkeit (Verteilerschlüssel für Finanzmittel: Stadteile und Infrastrukturbereiche) und Kontrolle (Rat des Bürgerhaushaltes). Das Haushaltsbeteiligungsmodell erreichte schnell andere brasilianische Städte und Kommunen in Lateinamerika, aber auch international verbreitete sich die Partizipation der Bürger am Haushalt (z. B. Toronto/Nordamerika). In Europa zeichnet sich eine dynamische Entwicklung des Bürgerhaushaltes ab. Unterschiedlich ausgeprägte Verfahrensweisen des Bürgerhaushaltes finden Anwendung in Hauptstadtbezirken von London, Paris, Rom und Berlin.⁹⁷

Die linksorientierte Arbeiterpartei PT (Partido dos Trabalhadores) entwickelte während der damaligen Regierungszeit in Porto Alegre auf lokaler Ebene neue Strukturen der Partizipation, die der Bürgerschaft die Mitgestaltung am städtischen Haushalt ermöglichen sollten. Man wollte sich an Idealen der revolutionären marxistischen Tradition und der Pariser Kommune orientieren. Der Bürgerhaushalt ist ein Produkt, welches sich aus Zielen der Arbeiterpartei und Bedürfnissen lokaler Interessenvertreter in Porto Alegre entwickeln konnte. Die Aufnahme des Verfahrens in die nationale Gesetzgebung zeigt die Bedeutung des Bürgerhaushaltes in Brasilien.⁹⁸

Seit 1999 breitet sich das Bürgerhaushaltsverfahren in Europa aus. Während 2002 zirka 20 europäische Städte das eigenständige Verfahren anwendeten, zählte man 2005 bereits mehr als die doppelte Anzahl an Kommunen. Im vergangenen Jahr wurde in über 200 Städten der Bürgerhaushalt praktiziert (z. B. Italien, Spanien, Portugal, Schweden, Norwegen, Albanien und Bosnien).⁹⁹

Neben Porto Alegre wird auch die neuseeländische Stadt Christchurch oft als Best-Practice-Beispiel herangezogen. Von ihr wurde die Entwicklung des Bürgerhaushaltes in Deutschland geprägt. Anders als in Brasilien stehen nicht Investitionen im Vordergrund, sondern öffentliche Dienstleistungen. Durch die Partizipation der Bürgerschaft steht in Christchurch die Modernisierung der Verwaltung im Fokus, wobei man auf den Wissensaustausch mit den Bürgern setzt. In Neuseeland wird dieser Ansatz nicht nur im jährlichen Rhythmus, sondern auch bei der Erstellung eines mehrjährigen kommunalen Konzeptes angewendet.¹⁰⁰

97 Vgl.: Herzberg, Carsten et al.(2006): Von Porto Alegre nach Europa. – S. 188–192.

98 Vgl.: Sintomer, Yves (Hg.) ; Herzberg Carsten (Hg.) et. al. (2010): Der Bürgerhaushalt in Europa. – S. 32 u. 36.

99 Vgl.: Sintomer, Yves (Hg.) ; Herzberg Carsten (Hg.) et. al. (2010): Der Bürgerhaushalt in Europa. – S. 43.

100 Vgl.: Herzberg, Carsten (2009): Von der Bürger- zur Solidarkommune. – S. 105.

3.1.3 Nationale Entwicklung

In Deutschland wurde in der Gemeinde Mönchweiler (Baden-Württemberg) der erste Bürgerhaushalt durchgeführt. Vorausgegangen war die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft „Bürgerhaushalt“, welche auf Initiative der Bertelsmann Stiftung, der Hans-Böckler-Stiftung sowie der Kommunalen Gemeinschaftsstelle ins Leben gerufen wurde. Auch in Rheinstetten (Baden-Württemberg) wurde mit der Einführung des Bürgerhaushaltes nach dem Vorbild der neuseeländischen Stadt Christchurch Ende der 1990er begonnen. Zwischen den Jahren 2000 bis 2004 lief in verschiedenen Städten von Nordrhein-Westfalen (z. B. Bergheim, Emsdetten, Hilden, Vlotho) das Pilotprojekt „Kommunaler Bürgerhaushalt“ an, welches ebenfalls von der Bertelsmann Stiftung und dem Innenministerium des Landes mitgetragen wurde.¹⁰¹

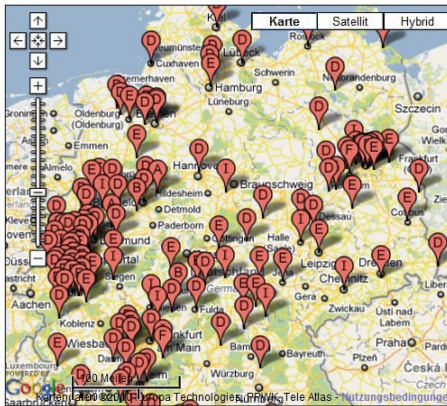


Abb. 1:
Karte der verzeichneten Kommunen¹⁰²
(Quelle: <http://www.buergerhaushalt.org/>
[23.05.2010])

Seitdem entwickelte sich die Einführung des Bürgerhaushaltsverfahrens in deutschen Städten und Gemeinden dynamisch. Zirka 140 Kommunen sind auf der Onlineplattform zum Bürgerhaushalt [buergerhaushalt.org](http://www.buergerhaushalt.org), welche von der Bundeszentrale für Politische Bildung und der Servicestelle Kommunen in der einen Welt herausgegeben wird, registriert (siehe Abbildung 1). In vier Städten liegt zurzeit ein Ratsbeschluss zur Einführung eines kommunalen Bürgerhaushaltes vor, in 34 Kommunen wurde das Verfahren bereits ein- bzw. zweimal praktiziert und in elf Städten hat es sich etabliert. Des Weiteren wird die Bürgerschaft

101 Vgl.: Herzberg, Carsten (2009): Von der Bürger- zur Solidarkommune. – S. 107–111.

102 Anm.: Legende zur Karte: A=Abstellgleis, B=Beschluss, D=Diskussion, E=Einführung, F=Fortführung, I=Information.

in 18 Städten zunächst nur über den Haushalt informiert, eine Konsultation des Bürgers findet zurzeit nicht statt. In 69 Städten wird über die Einführung des Partizipationsverfahrens diskutiert und in fünf Kommunen wurde der Bürgerhaushalt bereits wieder abgeschafft.¹⁰³

Ein Kreislauf charakterisiert den nationalen Bürgerhaushalt, auch wenn die Umsetzung der einzelnen Phasen in den Kommunen unterschiedlich erfolgt. So basiert der Zyklus auf einer Informations-, Konsultations- und Rechenschaftsebene zwischen Bürgerschaft und Verwaltung sowie Politik (siehe Abbildung 2).¹⁰⁴

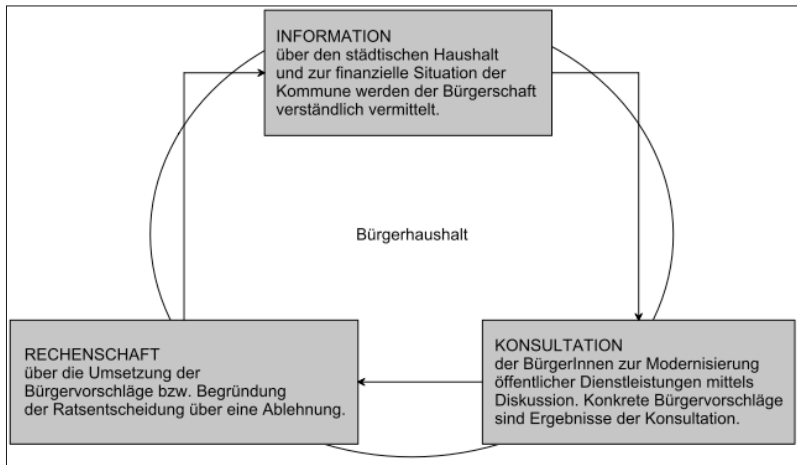


Abb. 2: Kreislauf – Information, Konsultation, Rechenschaft

Wie in Kapitel 3.1.1 erwähnt, nähern sich die Bürgerhaushaltsverfahren in Deutschland dem Idealtyp 3 „Konsultation öffentlicher Finanzen“ an. Bezeichnend ist, dass dieser vom neuseeländischen Verfahren geprägt ist, in dem Bürgern ein konsultativer Part zugesprochen wird, das den gesamten kommunalen Haushalt berücksichtigt und Transparenz, Partizipation und Modernisierung in Kontext zueinander setzt. Gestärkt wird das Verfahren durch die Präsenz im Internet und die Möglichkeiten der E-Partizipation. Die Bürgerbeteiligung ist freiwillig. Neben der aktiven Bürgerschaft werden per Losverfahren auch gezielt Bürger schriftlich angesprochen. Negativ zu werten ist, dass das Potential zur Modernisierung

103 Vgl.: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) (2010): Bürgerhaushalte in Deutschland : Statusbericht. – S. 1–3.

104 Vgl.: Haubner, Oliver (2001): Mehr Akzeptanz durch Information und Transparenz. Siehe auch: Herzberg, Carsten (2009): Von der Bürger- zur Solidarkommune. – S. 108–109.

schwach ist, da die Bürger nicht unmittelbar an der Entscheidung und Umsetzung ihrer Vorschläge beteiligt werden. Das Verfahren wird eher als ein Mittel und nicht als Ziel zur Modernisierung der Verwaltung verstanden.¹⁰⁵

3.1.4 *Bürgerhaushalt aus informationswissenschaftlicher Sicht*

Das Interesse an der Sichtbarkeit des Verfahrens

Im Rahmen des Bürgerhaushaltes müssen verständliche Informationen zum städtischen Haushalt der lokalen Bevölkerung vermittelt werden, da Bürger auf Basis dieser ihr Wissen generieren und konkrete Vorschläge einbringen bzw. sich aktiv an Diskussionen beteiligen können. Auch über die Durchführung des Bürgerhaushaltes wird informiert. Für die Organisation und Prozessentwicklung sind folglich Informationskompetenzen nicht unwichtig. An dieser Stelle können Informationswissenschaftler sich einbringen.

Hauptsächlich via Broschüren, Handzettel, Plakate, Zeitungen, Radio, Fernsehen und Internet wird die breite Öffentlichkeit informiert. Des Weiteren besteht für Interessierte die Möglichkeit sich gegebenenfalls an Informationsständen Auskünfte erteilen zu lassen bzw. an Bürgerversammlungen teilzunehmen. Haushaltsbroschüren, die i.d.R. als Print- und Onlineversion zur Verfügung gestellt werden, klären über die städtische Finanzlage auf. Sie geben einen Überblick über Einnahmen und Ausgaben, Schulden, informieren über öffentliche Aufgaben (z. B. Volkshochschulen, Bibliotheken, Theater) und über die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel. Durch die Broschüren gelingt es, der Zielgruppe den komplexen kommunalen Haushalt transparent zu machen.¹⁰⁶

Aus informationswissenschaftlicher Sicht ist es interessant, dass das Ziel der Partizipation und der vorhergehenden Informationsversorgung, auch die Gewinnung bürgerlichen Wissens ist. Jedem Bürger wird damit ein, im ursprünglichen Sinne, Expertenstatus zugesprochen, da er auf Erfahrung aus dem Alltagsleben zurückgreifen kann. Auch das berufliche Wissen kann dem Verfahren zugutekommen. Somit wird eine Entwicklung gefördert, die sich auch gegen die Verdrängung nicht-spezialisierten Wissens stellt.¹⁰⁷

105 Vgl.: Sintomer, Yves (Hg.) ; Herzberg Carsten (Hg.) et. al. (2010): Der Bürgerhaushalt in Europa. – S. 89–90.

106 Vgl.: Günther, Albert (2007): Bürgerhaushalt. – S. 80–81.

107 Vgl.: Sintomer, Yves (Hg.) ; Herzberg Carsten (Hg.) et. al. (2010): Der Bürgerhaushalt in Europa. – S. 288–290.

Zusammengefasst bedeutet dies, dass sich die Bürger nicht nur an einem Prozess aktiv beteiligen, sondern parallel ihr Wissen frei zur Verfügung stellen. Es gibt aus informationswissenschaftlicher Sicht an dieser Stelle eine Menge Anknüpfungspunkte, über die grundlegend debattiert werden könnte. Im Sinne des freien Zuganges ist es interessant, dass die Bürgerschaft ihr Wissen frei zur Verfügung stellen darf, wenn sie im gleichen Atemzug durch Schranken im nationalen Urheberrecht daran gehindert wird, freien Zugang zu Informationen zu bekommen. Selbstverständlich reicht es nicht aus, ausschließlich über den städtischen Haushalt zu informieren, da man sich über Umwelt- und Wohnsituationen oder Bauvorhaben erst dann eine Meinung bilden kann, wenn man sich zuvor aus allgemein zugänglichen Quellen informiert hat. Der Kreis zur lokalen Informationseinrichtung Bibliothek und deren Bedeutung für das bürgerliche Wissen, welches im Bürgerhaushalt gewonnen werden soll, um bürgernah kommunal zu steuern, schließt sich. Für Bürger, die Bildung unter dem Stichwort Lebenslanges Lernen nach Berufsschule und Studium weiter genießen möchten, müssen potentiell dafür geeignete Orte geschaffen und aufrechterhalten werden. Der Staat profitiert nur dann vom bürgerschaftlichen Wissen, wenn er im Gegenzug dafür Sorge trägt, dass eine lokale Infrastruktur für Information und Wissen geschaffen wird, die unabhängig vom formalen Bildungsweg ist.

Im Bürgerhaushalt sollte nicht nur über den Istzustand der Kommune in Broschüren informiert werden. Bürgern müssten parallel die Potentiale von öffentlichen Dienstleistungen näher gebracht werden, nur so können sie die aktuelle Qualität der lokalen Gegebenheiten realistisch einschätzen.

Oliver Märker betont, dass die Onlineplattform der Stadt Köln das Leitmedium des Bürgerhaushaltes ist. Beim ersten Kölner Bürgerhaushalt 2008/2009 nutzten 80% der Beteiligten den digitalen Zugang zur Veröffentlichung ihrer Vorschläge. Ideen, die auf einem anderen Weg eingingen (z. B. Call-Center, Post), wurden auf der Plattform nachgetragen. Die Hemmschwelle ist niedrig, so dass auch nichtorganisierte Bürger, unabhängig von Vereinen und Interessenverbänden, sich am Prozess beteiligen können. Ferner sorgt die Onlineplattform für Transparenz, da sie eine automatische Dokumentationsfunktion einnimmt und jedem Interessierten freien Zugang gewährt. Elektronisches Wählen (E-Voting) kann zum Einsatz kommen, wenn Bürger bestimmte Vorschläge befürworten bzw. ablehnen möchten. Märker selbst sieht allerdings die Stärken der elektronischen Beteiligung eher bei der Entwicklung von Vorschlägen sowie bei Diskussions- und

Feedbackmöglichkeiten.¹⁰⁸ Konzipiert wurde die Kölner Onlineplattform vom Fraunhofer-Institut für Intelligente Analyse- und Informationssysteme, die Entwicklung übernahm ein privates Unternehmen. Der Erfolg des ersten Beteiligungsmonates lässt sich in Zahlen ausdrücken: über 10.000 registrierte Teilnehmer, über 4.900 eingereichte Vorschläge, über 9.000 Kommentare zu Vorschlägen, über 52.000 Pro- und Kontrabewertungen, über 873.000 Plattformbesuche von über 100.000 verschiedenen Besuchern, wobei die Vorschläge über 464.000 Mal angeklickt wurden. Deutschland ist, was die E-Partizipation bei Bürgerhaushalten angeht, weltweit wegweisend.¹⁰⁹

In Hamburg wird gegen eine automatisierte Dokumentationsfunktion gesteuert und ein Moderator agiert. So werden übersichtliche Foren gebildet, in denen Vorschläge als Blogeintrag gepostet und anschließend kommentiert werden können. Sofern sich herausstellt, dass eine Thematik mehrmals Gegenstand des Verfahrens ist, wird ein Wiki eingerichtet, das das kollaborative Arbeiten einer Endversion des Beitrages zulässt.¹¹⁰ Die Regeln des Bürgerhaushaltes von Berlin-Lichtenberg sagen z. B., dass seit dem 26. Oktober 2006 jeder Teilnehmer seine Diskussionsbeiträge unter einer Creative Commons Lizenz (Namensnennung 2.0 Deutschland) online veröffentlicht.¹¹¹

Die Registrierung, die teilweise notwendig ist, um Vorschläge einzureichen, zu kommentieren oder für sie zu votieren, wird in Städten unterschiedlich gehandhabt. So kann sich zurzeit in Köln jeder registrieren, während z. B. in Potsdam in den Nutzungsbedingungen darauf hingewiesen wird, dass nur Potsdamer Bürger ab 14 Jahren sich online beteiligen dürfen. Bei der Anmeldung müssen sie ihren vollständigen Namen, Anschrift, Geburtsdatum sowie eine E-Mail-Adresse angeben.¹¹²

Der Bürgerhaushalt von Potsdam ist als Gruppe auf der sozialen Netzwerkplattform Facebook aktiv. Mitteilungen, angereichert mit Links und Fotos, geben aktuelle Informationen an Interessierte weiter.¹¹³

Insgesamt drei Bedeutungen können der Nutzung des Internets im Bürgerhaushalt zugesprochen werden. So kann eine Onlineplattform die Informations- und Dokumentationsfunktion einnehmen,

108 Vgl.: Märker, Oliver: Der Kölner Bürgerhaushalt. – [Podcast].

109 Vgl.: BITKOM (2008): Web 2.0 für die öffentliche Verwaltung. – S. 30 u. 32.

110 Vgl.: Herzberg, Carsten (2009): Von der Bürger- zur Solidarkommune. – S. 153.

111 Vgl.: Bezirksamt Lichtenberg von Berlin (Hg.): Bürgerhaushalt Lichtenberg [Internetplattform, Rubrik: Regeln].

112 Vgl.: Landeshauptstadt Potsdam (Hg.): Bürgerhaushalt [Internetplattform].

113 Vgl.: Facebook: Bürgerhaushalt in Potsdam [20.06.2010].

Leitmedium oder Teil eines medienübergreifenden Ansatzes sein. Im letzteren wird die Zukunft vermutet, da mehrere Kanäle Kommunikation und Beteiligung zusammenführen. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Onlinemoderation für Netzplattformen sinnvoll erscheint, da rechtswidrige und diskriminierende Inhalte vermieden werden müssen. Gleichzeitig taucht die Frage auf, wie mit tausenden von Vorschlägen verfahren werden soll, um ähnliche oder identische Ideen zusammenzuführen. Zukünftig sollen Ordnungssysteme zur Übersichtlichkeit beitragen, z. B. wird über die Einführung von gepflegten Tag-Listen nachgedacht. Semantische Verfahren könnten verschiedene Vorschläge in einen räumlichen, finanziellen und zeitlichen Zusammenhang setzen und Ergebnisse schneller interpretierbar machen.¹¹⁴

Fakt ist, dass das Internet ein unverzichtbarer Motor des Bürgerhaushaltes geworden ist, da es die Diskussionen fördert. Herzberg betont, dass die Partizipation via Netz jedoch nicht „die Dynamik einer Veranstaltung ersetzen“ kann, „auf der lebhaft diskutiert und spontan reagiert wird und Bürger allein durch ihre Präsenz ihren Forderungen Nachdruck verleihen können“. Ohne die Vor-Ort-Präsenz der Bürgerschaft geht das zivilgesellschaftliche Potential verloren, welches in Porto Alegre zum Erfolg geführt hat.¹¹⁵

Letztendlich muss sich nicht nur die Frage gestellt werden, auf welche Art und Weise bürgerschaftliches Wissen gesammelt und aufbereitet wird, sondern ob es zielführend eingesetzt wird. Doch wie bereits in Kapitel 3.1.3 erwähnt, wird der Bürger nur konsultiert. An der Entscheidungsfindung und Umsetzung wird er zurzeit nicht beteiligt.

Das Interesse an der Bürgerpartizipation und den Auswirkungen des Verfahrens

Diskussionsgegenstände zwischen Verwaltung und Bürgerschaft sind im Bürgerhaushalt wie bereits erwähnt öffentliche Dienstleistungen. Die Öffentliche Bibliothek ist eine Dienstleistungseinrichtung der Kommune und kann folglich innerhalb der Informations-, Konsultations- oder Rechenschaftsphase thematisiert werden. Somit sollte für die Bibliothek von Interesse sein:

114 Vgl.: InWEnt (Hg.) (2008): 5. Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. – S. 26–28.

115 Vgl.: Herzberg, Carsten (2009): Von der Bürger- zur Solidarkommune. – S. 161.

- Information: Welche Informationen werden auf welche Art und Weise über die Öffentliche Bibliothek der lokalen Bürgerschaft vermittelt?
- Konsultation: Welche Bürgervorschläge und Diskussionen tangieren die lokale Informationseinrichtung?
- Rechenschaft: Werden seitens des Rates die eingereichten Vorschläge abgelehnt oder befürwortet? Wie lautet die Begründung der Entscheidung? Wie wird über die Umsetzung realisierter Vorschläge Rechenschaft abgelegt?

Unabhängig davon, ob die Öffentliche Bibliothek das lokale Partizipationsverfahren aktiv verfolgt, muss sie sich dessen bewusst sein, dass über ihre Dienstleistungen ohne ihr Zutun debattiert werden kann. Auch wenn sie dem Verfahren eventuell misstrauisch gegenüber eingestellt ist, da es nach Umlauf einen hohen Legitimationsdruck auf die Einrichtung ausüben könnte, sollte sie die Auseinandersetzung nicht scheuen, weil der Bürgerhaushalt lokal wohlmöglich auch Chancen bietet, die zunächst nicht vermutet werden. Des Weiteren ist die Öffentliche Bibliothek Teil der Verwaltung und sollte sich per se mit dem Bürgerhaushalt vertraut machen, um zu reflektieren, wie sie als Bestandteil der Verwaltung das Verfahren aktiv unterstützen kann. Trägt man als Institution die Ziele des Bürgerhaushaltes nicht mit, könnte dieses Verhalten ihr von den Bürgern oder Akteuren aus Verwaltung und Politik nachteilig angelastet werden.

Unter dem Blickwinkel des vorangegangenen Kapitels könnte der Bürgerhaushalt ein Instrument sein, mit dem ermittelt werden kann, ob tatsächlich Handlungsbedarf für die Dienstleistungen der Bibliothek aus Sicht der Bürgerschaft vor Ort besteht. Das besondere dabei ist, dass sich im Rahmen des Bürgerhaushaltes sowohl Bibliotheksbenutzer als auch Nichtbenutzer zur Einrichtung äußern dürfen. Parallel wird die Leistung der Bibliothek mit anderen öffentlichen Dienstleistungen ins Verhältnis gesetzt. Umlauf sieht darin den von ihm geäußerten hohen Legitimationsdruck begründet.

Im Kapitel 2.3.3 wurde beispielhaft verdeutlicht, dass die Öffentliche Bibliothek Gegenstand eines Bürgerbegehrens oder Bürgerentscheides sein kann. Wenn geplante Investitionsvorhaben oder Einsparmaßnahmen im Rahmen des Bürgerhaushaltes diskutiert werden, können Prioritäten der Bürger frühzeitig erkannt werden. Warum sollte im Bürgerhaushalt nicht über Standortfragen der Bibliothek debattiert werden? Die Bürgerinteressen würden dann vor parteipolitischen Interessen, eventuell sogar vor Institutionsinteressen stehen. Im Hinterkopf sollte

stets berücksichtigt werden, dass das Verfahren zur Modernisierung und zum bürgernahen Handeln beitragen soll. Selbstverständlich sollte die Umsetzung im Rahmen des Möglichen bleiben.

Die Partizipation der Bürgerschaft wird zukünftig in der kommunalen Politik an Bedeutung gewinnen und dabei auch die lokale Kultur- und Bildungspolitik tangieren, da sich bei der Partizipation auf soziale sowie Mitwirkungs- und Entscheidungskompetenzen verlassen wird. Ohne Bildung und Information können auf diese nicht gesetzt werden. Öffentliche Bibliotheken müssen daher mit ihrem Informationsangebot für die kommunale Bürgerschaft leistungsfähig sein.¹¹⁶

Ansatzweise wurde bereits auf die Frage *Welche Rolle nimmt die Öffentliche Bibliothek zwischen Bürgerschaft und Verwaltung im Bürgerhaushalt ein?* eingegangen. Zum einen ist sie Teil der Verwaltung und zum anderen kann sie ungehindert eine passive Rolle einnehmen, indem sie Beteiligungsgegenstand von Vorschlägen oder Diskussionen wird. Eine aktive Rolle kann ihr zugesprochen werden, wenn sie im Rahmen des Verfahrens z. B. Lobbyarbeit betreibt, d.h. den Prozess für sich nutzt, um auf Missstände hinzuweisen, so dass die Folge der Lobbyarbeit (z. B. Förderverein) das gezielte Einreichen von Bürger-vorschlägen ist bzw. die Teilnahme an bibliothekspolitischen Diskussionen fördert oder anderweitig bewusst agiert oder reagiert.

Wie kann sich der Bürgerhaushalt auf die Öffentliche Bibliothek auswirken?
Insgesamt kann man von zwei Zuständen ausgehen:

- Der Bürgerhaushalt hat keine Auswirkungen auf die Bibliothek.
- Der Bürgerhaushalt hat Auswirkungen auf die Bibliothek. Diese können sowohl positiv, neutral oder negativ von den Akteuren bewertet werden.

Da es unterschiedliche Verfahrensmodi des Bürgerhaushaltes gibt, sollten die Auswirkungen immer im Zusammenhang mit der Durchführung des Partizipationsverfahrens betrachtet werden. Eine Vertiefung des Forschungsgebietes wird in den anschließenden Teilkapiteln sowie im Kapitel 4 der Arbeit vorgenommen.

Es wird im Folgenden davon ausgegangen, dass der Bürgerhaushalt Berührungspunkte mit der Öffentlichen Bibliothek sowohl in der Informations-, Konsultations- als auch in der Rechenschaftsphase hat. Dadurch sind in allen drei Bereichen Auswirkungen spürbar (siehe Tabelle 13).

¹¹⁶ Vgl.: Meyer, Bernd (2004): „Über den Nutzen der Bibliotheken für die Kommunen“. – S. 73–74.

3.2 Beispiel: Berlin-Lichtenberg

Um den Bürgerhaushalt als Modell näher zu bringen, wird das Partizipationsverfahren von Berlin-Lichtenberg exemplarisch herangezogen. Als Grundlage für die bibliothekswissenschaftlichen Inhalte dient u. a. das Interview mit Evelyn Müller, Amtsleiterin für Bibliothek, Musikschule, Volkshochschule des Bezirkes Lichtenberg, welches am 15. April 2010 geführt wurde, sowie die Haushaltsbroschüre zum Bürgerhaushalt 2012.

Der Bezirk Berlin-Lichtenberg, welcher im Nord-Osten der Bundeshauptstadt liegt, zählt ca. 251.000 Einwohner auf einer Fläche von 5.229 Hektar. 2009 waren knapp 30% der Bürger zwischen 25–45, 16% zwischen 45–55 sowie 13% zwischen 65–75 Jahre. Die Arbeitslosenquote ist von 18,2% (2003) auf 14,7% (2009) gesunken. 6,8% der Bevölkerung von Berlin-Lichtenberg sind Ausländer aus 145 Staaten.¹¹⁷ Der Bezirk gliedert sich in 13 Stadtteile.¹¹⁸ Zu den Finanzen des Bezirkes ist zu sagen, dass 85% der Einnahmen vom Land Berlin kommen, die restlichen 25% werden vom Bund zugewiesen bzw. selbst erwirtschaftet.¹¹⁹

Die Bezirke der Bundeshauptstadt sind keine selbstständigen Kommunen. Mittels einer Kosten- und Leistungsrechnung wird für einzelne Produkte, im Vergleich zu anderen Berliner Bezirken, ein Median errechnet. Von der Senatsverwaltung wird anschließend ein Gesamtbudget zur Verfügung gestellt und der Bezirk kann in Eigenverantwortung einen Haushaltsplan entwerfen.¹²⁰

Für die Öffentlichen Bibliotheken Berlins wird der Median aufgrund von bestimmten Kernzahlen ermittelt, wie z. B. die Anzahl an Bibliotheksbesuchen (Kosten für 2009: 4,39 €) oder Medienentleihungen (Kosten für 2009: 1,11 €), d.h. statistische Angaben aus anderen Bezirksbibliotheken wirken sich auf die Bibliothek von Berlin-Lichtenberg aus. Der ermittelte Median wird mit den statistischen Werten der Bezirksbibliothek multipliziert und als Budget zugewiesen. Folglich gilt für eine Öffentliche Bibliothek, die mehr als 1,11 € pro Entleihung investiert, Einsparmöglichkeiten zu suchen.¹²¹

117 Vgl.: Bezirksamt Lichtenberg von Berlin (Hg.) [2010]: Bürgerhaushalt Lichtenberg 2012. – S. 6–7.

118 Anm: 1. Malchow, Wartenberg, Falkenberg ; 2. Neu Hohenschönhausen Nord ; 3. Neu Hohenschönhausen Süd ; 4. Alt Hohenschönhausen Nord ; 5. Alt Hohenschönhausen Süd ; 6. Fennpfuhl ; 7. Alt Lichtenberg ; 8. Frankfurter Allee Süd ; 9. Neu Lichtenberg ; 10. Friedrichfelde Nord ; 11. Friedrichfelde Süd ; 12. Rummelsburger Bucht ; 13. Karlshorst. Siehe: Bezirksamt Lichtenberg: Bürgerhaushalt Lichtenberg 2012. – S. 8.

119 Vgl.: Bezirksamt Lichtenberg von Berlin (Hg.) [2010]: Bürgerhaushalt Lichtenberg 2012. – S. 9.

120 Vgl.: Weise, Sebastian (2007): Bürgerhaushalt in Berlin. – S. 42.

121 Vgl.: Rogge, Stefan (2009): „Nicht zum Preis des bibliothekarischen Suizids“. – S. 55.

3.2.1 *Bezirksbibliothek Berlin-Lichtenberg*

Vier Bibliotheken stehen den Bürgern von Berlin-Lichtenberg mit ihren Dienstleistungen und über 330.000 Medien zur Verfügung. Sowohl die Anna-Seghers-Bibliothek, welche die Funktion als Bezirkszentralbibliothek einnimmt, die Anton-Saefkow-Bibliothek, die Bodo-Uhse-Bibliothek als auch die Egon-Erwin-Kisch-Bibliothek sind barrierefrei ausgestattet und verfügen über einen WLAN-Zugang, welcher von den Besuchern kostenfrei genutzt werden kann. Mit einem gültigen Benutzerausweis können Medien in allen Berliner Öffentlichen Bibliotheken entliehen werden. Benutzer ab 16 Jahren zahlen eine Jahresgebühr von 10 €, Kinder, Schüler, Lehrer und Erzieher sind von der Benutzungsgebühr befreit.¹²²

Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf einer DBS-Abfrage, die für den Zeitraum 2005 bis 2008 vorgenommen wurde (siehe Tabelle 4). Generell ist zu sagen, dass die Einwohnerzahl von 2008 gegenüber dem Jahr 2005 leicht gesunken ist. Die Anzahl der aktiven Benutzer stieg kontinuierlich an, mit ihr die Zahl der Entleihungen. Diesen positiven Faktoren stehen die Reduzierung des Medienbestandes und Kürzungen der finanziellen Mittel des Trägers gegenüber. Durch die Einnahme von Fremdmitteln konnte kein finanzieller Ausgleich geschaffen werden. Die Anzahl der Beschäftigten blieb konstant, stets konnten 58 Wochenöffnungszeiten aufrechterhalten werden. Ehrenamtliches Personal wurde laut DBS nicht beschäftigt. Trotz des Zuwachses an aktiven Benutzern stieg die Anzahl an Benutzerarbeitsplätzen kaum an und das Angebot für Veranstaltungen sowie Benutzerführungen ging zurück. Daraufhin schrumpften auch die jährlichen Besuchszahlen. Tendenziell ist zu beobachten, dass in Berlin-Lichtenberg verstärkt Prioritäten in der sozialen Bibliotheksarbeit gesetzt wurden. So wurden z. B. 2008 für Erwachsene mehr Veranstaltungen angeboten als für Kinder und Jugendliche, während es 2005 noch ein Gleichgewicht gab.¹²³

122 Vgl.: Stadtbibliothek Berlin-Lichtenberg.

123 Anm.: variable DBS-Abfrage vom 25.05.2010 für die Bezirksbibliothek Berlin-Lichtenberg, Zeitraum 2005–2008, siehe Tabelle 4.

DBS-Kategorien	2005	2006	2007	2008
Einwohnerzahl des Bibliotheksortes in Tsd.	252.402	258.964	–	251.054
Zahl der Bibliotheken (Einrichtungen)	4	4	4	4
Wochenöffnungszeiten	58	58	58	58
Entleiher (aktive Benutzer) in Tsd.	34.792	35.657	35.155	36.807
Besuche in Tsd.	648.592	644.160	638.550	627.052
Medien insgesamt – Bestand in Tsd.	340.534	343.721	331.225	333.271
Medien insgesamt – Entleihungen in Tsd.	1.565.099	1.664.668	1.671.485	1.772.265
Laufende Ausgaben insgesamt in €	3.809.298	3.685.094	3.694.600	3.768.566
... davon: Ausgaben für Erwerbung in €	407.598	457.981	450.245	447.464
... davon: Ausgaben für Personal in €	2.413.985	2.305.029	2.322.807	2.408.206
... davon: sonstige laufende Ausgaben in €	968.786	922.084	921.548	912.896
Einmalige Investitionen in €	318.748	0	0	0
Gesamtausgaben in €	4.128.046	3.685.094	3.694.600	3.768.566
Finanzmittel des Trägers in €	3.921.248	3.769.300	3.649.376	3.764.914
Fremdmittel insgesamt in €	0	42.319	3.396	3.652
eigene Einnahmen in €	230.314	213.263	262.872	277.692
jährliche Benutzungsgebühren	ja	ja	ja	ja
Stellen laut Stellenplan	66,15	67,59	65,91	66,76
Zahl der Beschäftigten (Personen)	69	65	67	68
Ehrenamtliches Personal (Personen)	0	0	0	0
Auszubildende (Personen)	6	8	8	8
Benutzerarbeitsplätze insgesamt	318	343	322	322
... darunter: Computerarbeitsplätze	76	84	89	89
... darunter: Internetterminals	28	28	29	29
Bibliothekshomepage Besuche	63.639	92.545	98.408	128.843
Veranstaltungen, Führungen, Ausstellungen insgesamt	1.709	1.615	1.410	1.546
... davon: Einführungen in die Bibliotheksnutzung	1.057	975	900	966
... davon: für Kinder und Jugendliche	299	260	141	91
... davon: für Erwachsene	265	315	304	405
... davon: Ausstellungen	59	53	58	67
... davon: Sonstige	29	12	7	17
Medien pro Einwohner	1,35	1,33	–	1,33
Neuerwerbungen pro Einwohner	0,13	0,17	–	0,13
Besuche pro Einwohner	2,57	2,49	–	2,50
Entleihungen pro Einwohner	6,20	6,43	–	7,06
Gesamtausgaben pro Besuch in €	6,36	5,72	5,79	6,01
Gesamtausgaben pro Einwohner in €	16,36	14,23	–	15,01

Tab. 4: Variable DBS-Abfrage für Berlin-Lichtenberg (Zeitraum: 2005–2008)

3.2.2 *Bürgerhaushalt in Berlin-Lichtenberg*

Mit dem Bürgerhaushalt 2012 (Durchführung 2010) begeht der Bezirk Berlin-Lichtenberg sein sechstes Bürgerhaushaltsverfahren in Folge. Die Initiative zur Einführung ging maßgeblich von der Bezirksbürgermeisterin Claudia Emmrich aus. Der Beschluss, die Bürger vor der Erstellung des Haushaltsplanes einzubeziehen, wurde im Juni 2003 vom Bezirksamt gefasst und galt für den Bürgerhaushalt 2007 (Doppelhaushalt 2006/2007).¹²⁴

Im Folgenden wird das Verfahren zum Bürgerhaushalt 2012 exemplarisch vorgestellt. Es wird eine Gliederung in Informations-, Konsultations- und Rechenschaftphase vorgenommen, da sich erkennbare Berührungspunkte und Auswirkungen auf die Öffentliche Bibliothek innerhalb der Abläufe anschließend besser darstellen lassen (siehe Tabelle 13).

Informationsphase

Bevor die Konsultationsphase von April bis Oktober 2010 begann, wurden die Bürger informiert. Eine umfangreiche Broschüre sowie die Internetplattform zum Bürgerhaushalt gaben Interessierten bereits im Vorfeld Auskunft über statistische Daten des Bezirkes, den Haushaltsplan (Einnahmen und Ausgaben), die Durchführung des Verfahrens und Angebote, die im Rahmen des Bürgerhaushaltes Beteiligungsgegenstände waren (Gesundheitsförderung, Wirtschaftsförderung, Öffentliches Straßenland, Bibliotheken, allgemeine Kinder- und Jugendförderung, Angebote aller kommunalen Kultureinrichtungen, Musikschule, ehrenamtlicher Dienst für und Betreuung von Senioren, Sportförderung, Stadtteilprojekte, Umwelt und Natur, Volkshochschule). Jeder Beteiligungsgegenstand wird einzeln vorgestellt (z. B. Bibliothek, siehe 3.2.3). Darüber hinaus wurden in der Broschüre Informationen zu Kiezfonds und Bauvorhaben weitergegeben. Kurzportraits zu den 13 Stadtteilen des Bezirkes wurden präsentiert sowie Ergebnisse realisierter Bürgervorschläge aus den Vorjahren dokumentiert.¹²⁵

Auf der Internetplattform können jederzeit die bereits abgeschlossenen Bürgerhaushaltsverfahren von Berlin-Lichtenberg nachvollzogen werden. Neben eingereichten Vorschlägen können auch die entsprechenden Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlung gesichtet werden. Statistische Daten zur Bürgerbeteiligung spiegeln gleichzeitig die Entwicklung der Partizipation wider. Online steht ein Pressearchiv

124 Vgl.: Weise, Sebastian (2007): Bürgerhaushalt in Berlin. – S. 41 u. 43.

125 Vgl.: Bezirksamt Lichtenberg von Berlin (Hg.) [2010]: Bürgerhaushalt Lichtenberg 2012.

zum Lichtenberger Bürgerhaushalt zur Verfügung und das sogenannte Haushalts-ABC erklärt Schlagwörter wie Globalsumme oder Budgetierung. In einem Downloadpool können Dokumente, die in den letzten Jahren zur Thematik vom Bezirk veröffentlicht wurden, heruntergeladen werden. Die Broschüre wurde parallel in Englisch und Russisch veröffentlicht, Flyer zusätzlich in Vietnamesisch. Für die Zielgruppe Kinder und Jugendliche wurde ein Handzettel entworfen.¹²⁶

Die Materialien stehen den Bürgern auch während der Konsultations- und Rechenschaftsphase zur Verfügung. Die Internetplattform ist Teil eines medienübergreifenden Ansatzes.¹²⁷

Konsultationsphase¹²⁸

Ergebnisse der Konsultationsphase sind Vorschläge, die von der Bezirksverordnetenversammlung im Rahmen des Verfahrens per Beschluss umgesetzt werden können. Auf drei verschiedenen Beteiligungswegen können Bürgervorschläge eingereicht werden. Jeder Bürger hat zunächst die Möglichkeit, sich ganzjährig schriftlich zu äußern. Vorschläge, die bis März 2010 postalisch eingegangen sind, wurden beachtet.

Die zwei weiteren Beteiligungswege, der Stadtteil-Dialog und der Online-Dialog, wurden vier Monate lang parallel durchgeführt (April bis Juli 2010). Diskussionen fanden vor Ort in allen 13 Stadtteilen statt. Vorschläge konnten so gemeinsam entwickelt und eingereicht werden. Ganztägig wurde im Rahmen des Stadtteil-Dialoges am 16. September 2010 in allen 13 Stadtteilen ein Votierungstag organisiert. Die Lichtenberger Bürger konnten an jenem Tag an zentralen Orten mittels eines Punkteverfahrens für bestimmte Vorschläge, die aus der Dialogform hervorgingen, votieren. Jeder Bürger erhält fünf Punkte, mit denen er durch eine individuelle Verteilung seine Zustimmung für eine Maßnahme ausdrücken kann. Zusätzlich kann ein Einsparpunkt einem Themenkomplex zugeordnet werden, ebenso steht für geplante Bauvorhaben ein Votierungspunkt zur Verfügung.

So entstehen insgesamt 13 Listen mit jeweils fünf favorisierten Bürgervorschlägen aus dem Stadtteil-Dialog. Für den Online-Dialog gibt es eine Votierungsphase von Anfang bis Mitte September 2010, aus der anschließend eine Liste mit zehn Vorschlägen hervorgeht. Es kann im Internet ausschließlich für Vorschläge votiert werden, die online eingestellt

126 Vgl.: Bezirksamt Lichtenberg von Berlin (Hg.): Bürgerhaushalt Lichtenberg.

127 Vgl.: InWEnT (2008): 5. Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. – S. 26.

128 Vgl.: Bezirksamt Lichtenberg von Berlin (Hg.) [2010]: Bürgerhaushalt Lichtenberg 2012. – S. 13 [Ablaufskizze].

wurden. Eine gemeinsame Liste aus beiden Dialogformen wird nicht erstellt. Im Oktober wurde eine stadtteilbezogene Haushaltsabstimmung via Brief durchgeführt (25.000 Haushalte). Die Befragung beinhaltete eine Liste aller Vorschläge aus dem entsprechenden Stadtteil, aller Internetvorschläge sowie Vorschlägen zu geplanten Bauinvestitionen.

Auch Bauvorhaben wurden regelmäßig im Bürgerhaushalt von Berlin-Lichtenberg mit den Bürgern diskutiert. So waren im Bürgerhaushalt 2010 (Durchführung 2008) Bauinvestitionen für 2013 Gegenstand, im Bürgerhaushalt 2012 (Durchführung 2010) konnten Vorschläge für 2014/2015 eingereicht werden.

Durch unterschiedliche Beteiligungswege wird eine breite Öffentlichkeit auf verschiedenen Wegen angesprochen und auf individuelle Bedürfnisse eingegangen. Der Stadtteil-Dialog fördert die persönliche Begegnung zwischen den Akteuren. Online können eingereichte Vorschläge jederzeit kommentiert werden.

Bürgerhaushalt	2007	2008	2009	2010	2011
Online-Dialog					
Anzahl registrierter abstimmungsberechtigter Teilnehmer	279	1.256	1.410	1.751	1.966
Anzahl aktive Teilnehmer während der Votierungsphase	56	236	276	218	256
Anzahl eingereichter Online-Vorschläge insgesamt	46	67	60	122	83
Anzahl der Diskussionsbeiträge (ohne Vorschläge)	876	keine Angabe	224	291	146
Stadtteil-Dialog					
Anzahl der Teilnehmer an Stadtteilkonferenzen	595	502	786	599	1066
Anzahl der eingereichten Vorschläge auf Konferenzen insgesamt	181	90	318	110	158
Anzahl der Teilnehmer am Votierungstag (seit Bürgerhaushalt 2011)					2536
Haushaltsbefragung					
Anzahl versendete Abstimmungsbögen	5.000	10.000	6.000	25.000	25.000
Anzahl zurückgesendeter Abstimmungsbögen	763	772	379	1.289	1.590
Rücklaufquote	15,3%	7,72%	6,3%	5,2%	6,4%

Tab. 5: *Entwicklung der Bürgerbeteiligung während des Online-Dialoges und Stadtteil-Dialoges in Berlin-Lichtenberg (Bürgerhaushalt 2007–2011)*²⁹

129 Anm.: Die Zusammenstellung der statistischen Daten beruht auf Angaben von der Internetplattform zum Bürgerhaushalt von Berlin-Lichtenberg sowie auf Evaluationsberichte, die auf der Plattform veröffentlicht wurden. In der Anzahl der eingereichten Online-Vorschläge im Bürgerhaushalt 2010, sind 27 Vorschläge zu Bauvorhaben von der Verwaltung

Tabelle 5 spiegelt die Bürgerbeteiligung in den vergangenen Bürgerhaushaltsverfahren in Berlin-Lichtenberg wider. Das Interesse der Bürger an beiden Dialogformen ist gestiegen. Generell ist zu sagen, dass im Rahmen des Stadtteil-Dialoges mehr Vorschläge eingereicht wurden als auf der Internetplattform. Wie sich die Einführung des Votierungstages seit dem Bürgerhaushalt 2011 auf das gesamte Verfahren auswirkt, bleibt abzuwarten. Die Sichtbarkeit des Bürgerhaushaltes wird dadurch jedoch zusätzlich erhöht.

Rechenschaftsphase

Nach Beendigung der Votierung auf den drei Beteiligungswegen wurden die Vorschlagslisten im Dezember 2010 der Bezirksverordnetenversammlung übergeben.

Die Bezirksverordnetenversammlung geht ihrer Aufgabe nach und prüft ernsthaft die Umsetzbarkeit und Einbeziehung der Vorschläge im Haushaltsplan. Dafür ist eine Kostenberechnung erforderlich, eine Beratung mit dem zuständigen Fachausschuss erfolgt ebenfalls. Abschließend beschließt die Bezirksverordnetenversammlung, ob die priorisierten Bürgervorschläge realisiert werden. Die Bürgerschaft selbst hat auf diesen Prozess keinen Einfluss mehr.¹³⁰ Eine Rechenschaft über die Umsetzung wird von der Verwaltung auf der Internetplattform aber auch in Haushaltsbroschüren zum Bürgerhaushalt geleistet.

Die Abbildung 3 visualisiert das Bürgerhaushaltsverfahren 2012 von Berlin-Lichtenberg.

selbst eingestellt worden. Nicht alle eingereichten Vorschläge im Rahmen des Stadtteil-Dialoges und Online-Dialoges wurden zur Votierung zugelassen. In den bisherigen Verfahren wurde die Priorisierung von Vorschlägen unterschiedlich gehandhabt, so wurde z. B. beim Online-Dialog im Bürgerhaushalt 2009 keine redaktionelle Überarbeitung der Vorschläge vorgenommen.

130 Vgl.: Weise, Sebastian (2007): Bürgerhaushalt in Berlin. – S. 69.

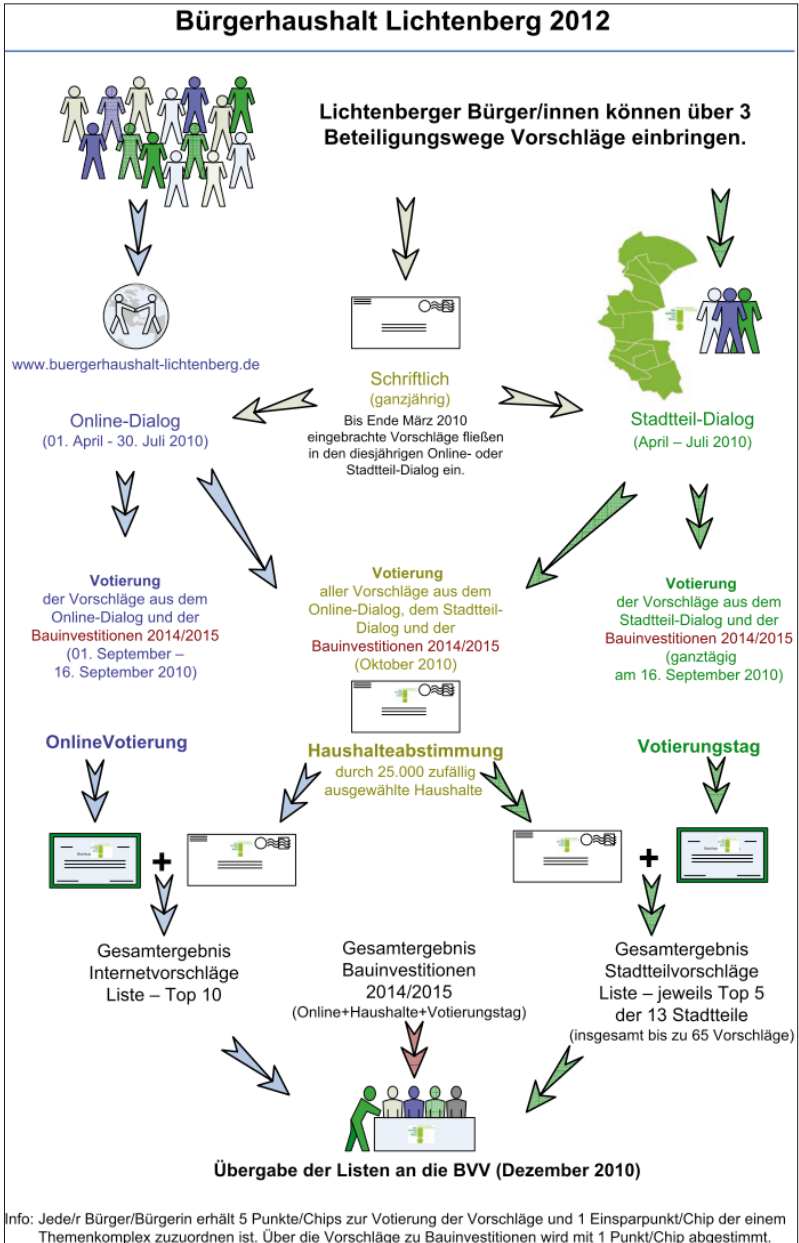


Abb. 3: Bürgerhaushalt Lichtenberg 2012 (Quelle: Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg: www.buergerhaushalt-lichtenberg.de/site/pictures/grafik_ablauf_2012.pdf [05.06.2010])

3.2.3 Bürgerhaushaltsverfahren in Berlin-Lichtenberg – Berührungspunkte und Auswirkungen

Informationsphase

Auf der Internetplattform und in der Haushaltsbroschüre werden Informationen über die Bibliothek veröffentlicht, sie wird als eigenständiges Angebot behandelt. Informiert wird über Einzelleistungen, Ziele und deren Umsetzung, Erfolgskriterien, Standorte, Gesamtbudget und Berechnungsgrundlage. Ein Kurzportrait der Leiterin der Bezirkszentralbibliothek wird im Netz präsentiert.¹³¹ Jene Informationen und Produktbeschreibungen werden jährlich von der Bibliothek aktualisiert und als Zuarbeit für den Bürgerhaushalt geleistet.¹³² In Abbildung 4 werden stichpunktartig Informationen aufgeführt, die die Bibliothek für die Haushaltsbroschüre zusammengetragen hat.

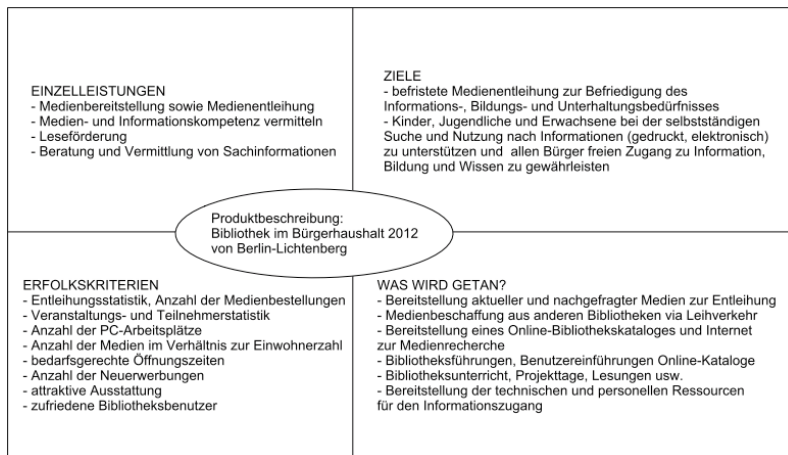


Abb. 4: Elemente aus der Produktbeschreibung für die Bibliothek im Bürgerhaushalt 2012 von Berlin-Lichtenberg¹³³

131 Vgl.: Bezirksamt Lichtenberg von Berlin (Hg.): Bürgerhaushalt Lichtenberg. Sowie: Bezirk Lichtenberg von Berlin (Hg.): Bürgerhaushalt Lichtenberg 2012.

132 Anm.: Interview mit Evelin Müller am 15.04.2010.

133 Anm.: Abbildung wurde selbst erstellt und basiert auf der Haushaltsbroschüre zum Bürgerhaushalt 2012.

Konsultationsphase

Durch das Partizipationsverfahren wird die Möglichkeit geschaffen, in einem Forum mit den Bürgern über die finanzielle Situation der Bibliothek und deren Dienstleistungen zu diskutieren. Diese Gelegenheit bot sich vor der Einführung des Bürgerhaushaltes nicht.¹³⁴

Bürgervorschläge können das Angebot der Bibliothek direkt tangieren. Es kann sich dabei um Sparvorschläge, um Verbesserungsvorschläge oder um Investitionsmaßnahmen handeln. In Tabelle 6¹³⁵ sind jene Bürgervorschläge gelistet, die seit dem Bürgerhaushalt 2007 die Dienstleistungen der vier Informationseinrichtungen in Berlin-Lichtenberg in den Fokus stellten. Dabei handelt es sich um priorisierte Vorschläge, d.h. Vorschläge, die auf Zuspriech der Bürger im Votierungsverfahren getroffen sind und der Bezirksverordnetenversammlung vorgelegt wurden. Vorrangig wurde die Medienausstattung der Bibliothek thematisiert. Der Erwerb von Neuerscheinungen sowie spezieller Literatur sollte verstärkt nachgekommen werden. Der Wunsch zur besseren finanziellen Ausstattung wird in fast allen Vorschlägen geäußert. Vorschläge zur Medienarbeit und zur Unterstützung des Bildungsauftrages wurden ebenfalls favorisiert.

Auch die Öffnungszeiten waren Thema eines Bürgervorschlages. Jener wurde jedoch nicht priorisiert bzw. realisiert, da Lichtenberg im Vergleich zu anderen Berliner Bibliotheken seinen Bürgern sehr gute Öffnungszeiten ermöglicht.¹³⁶ Des Weiteren wurde im Bürgerhaushalt 2010 die Digitalisierung der Bibliotheksbestände befürwortet (Vorschlagsnummer 10–55–58). Ein Bürger sah darin den Vorteil, nicht stets vom Vorhandensein nur eines gedruckten Exemplars abhängig zu sein. Vier Kommentare, darunter auch einer von den Bibliotheksmitarbeitern, nahmen direkt Bezug auf diesen Vorschlag. Die Bibliothek wies zunächst auf das deutsche Urheberrecht und seine eingeschränkten Möglichkeiten hin. Darüber hinaus versuchte sie, die Bedeutung des Ortes Bibliothek als Lernort und Treffpunkt hervorzuheben.¹³⁷

134 Anm.: Interview mit Evelin Müller am 15.04.2010.

135 Anm.: Die tabellarisch erfassten priorisierten Bürgerhaushaltsvorschläge sowie die Stellungnahmen wurden der Internetplattform des Bürgerhaushaltes Berlin-Lichtenberg entnommen (Bürgerhaushalte 2007 bis 2011).

136 Anm.: Interview mit Evelin Müller am 15.04.2010.

137 Vgl.: Bezirksamt Lichtenberg von Berlin (Hg.): Bürgerhaushalt Lichtenberg [Bürgerhaushalt 2010 Vorschlag Nr. 10–55–58].

Das Kommentieren von Vorschlägen im Bürgerhaushalt fällt in das Ressort Öffentlichkeitsarbeit der Bibliothek. Das Verfahren hat sich insgesamt positiv auf diese Tätigkeitsfelder ausgewirkt.¹³⁸

Nicht nur der Online-Dialog wird verfolgt und bei Bedarf reagiert, auch der Stadtteil-Dialog bietet Möglichkeiten aktiv im Bürgerhaushalt präsent zu sein. Die Besuche der Versammlung gehören ebenfalls zur Öffentlichkeitsarbeit, da vor Ort bei Bedarf beraten werden kann. Auch der persönliche Kontakt zu Kooperationspartnern wird gepflegt. Synergieeffekte ergeben sich unabhängig von der Diskussion um den Bürgerhaushalt. Des Weiteren hat sich die Wahrnehmung der Bibliothek positiv auf Nichtbenutzer ausgewirkt. Dies ist vor allem bei den jährlichen Stadtteilkonferenzen im Rahmen des Stadtteil-Dialoges zu spüren gewesen.¹³⁹

Die Zahl (siehe Tabelle 7) der Vorschläge, welche die Bibliothek unmittelbar betreffen, nimmt tendenziell ab. Dies wird von Müller positiv bewertet. Für sie ist es ein Zeichen, dass die Bürger mit den Dienstleistungen der Bibliothek zufrieden sind.¹⁴⁰

Seit 2010 ist die Internetnutzung in den vier Berliner Bibliotheken kostenfrei. Wenn sich in den Vorjahren Bürger über den Bürgerhaushalt online informieren oder Vorschläge einreichen wollten, konnte dies ohne Entgelt in den Bibliotheksräumen getan werden.¹⁴¹

138 Anm.: Interview mit Evelin Müller am 15.04.2010.

139 Anm.: Interview mit Evelin Müller am 15.04.2010.

140 Anm.: Interview mit Evelin Müller am 15.04.2010.

141 Anm.: Interview mit Evelin Müller am 15.04.2010.

Bürgerhaushalt 2011
<p>(Vorschlagsnummer 11–55–82) Neue Kinder- und Jugendbücher für die Bezirksbibliotheken Zusammenfassung: Medien für Kinder und Jugendliche zwar vorhanden, die Ausstattung ist jedoch nicht gut. Viele Medien liegen noch in alter Rechtschreibung vor und entsprechen nicht mehr der Lebensrealität der Kinder. Neuerscheinungen (Empfehlungen der Stiftung Lesen) so gut wie nicht vorhanden. Um das Lesen zu fördern, wird die Anschaffung von Neuerscheinungen vorgeschlagen.</p> <p>Stellungnahme Amt für Weiterbildung: Zusammenfassung: Kinder- und Jugendbuchbestände haben eine hohe Priorität in Lichtenberg. Bitte um direkte Kontaktaufnahme, um den Dialog fortzuführen bzw. um konkrete Wünsche/Kritik mitzuteilen. Zum Sachverhalt: Seit Einführung der neuen Rechtschreibung (2005) wurden 42% des Kinderbuchbestandes erneuert. Nicht zu 100% umsetzbar, da nicht alle Titel neu editiert worden sind, die Finanzierung für dieses Vorhaben zu keiner Zeit geplant war und nicht alle Verlage die neue Rechtschreibung verbindlich anwenden. Die Erwerbung von Medien aller Empfehlungslisten ist aus inhaltlich-fachlicher Sicht nicht gewollt und nicht finanzierbar. Inhalte von Literatur bilden immer Lebensrealitäten aus Vergangenheit und Gegenwart in unterschiedlich gewähltem Genre ab. (Diskussionsbeitrag im Online-Dialog)</p>
<p>(Vorschlagsnummer: 11–11–1) Bessere finanzielle Ausstattung der Bibliothek Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Bodo-Uhse-Bibliothek</p> <p>Stellungnahme Amt für Weiterbildung: Antwort: Der der Bibliothek zur Verfügung gestellte Medienetat wird jährlich nach der Menge der erbrachten Leistungen in den Produkten Entleihung, Besuche und Teilnehmer prozentual hochgerechnet und dementsprechend zwischen den vier Bibliotheken aufgeteilt. Für die Bodo-Uhse-Bibliothek bedeutet das auf der Grundlage der in 2009 erbrachten Leistungen und unter der Voraussetzung, dass die Stadtbibliothek auch im Jahr 2011 einen Medienetat in Höhe von 400.000 € wie 2010 zur Verfügung hat, einen Anteil von 23,8% bzw. 96.000 €.</p>
Bürgerhaushalt 2010
<p>(Vorschlagsnummer 10–99–07) Neuanschaffungen öffentliche Bibliotheken Neuanschaffung von Medien aller Art einschließlich Bücher für alle Bereiche.</p> <p>Stellungnahme Fachausschuss: Der Vorschlag unterstreicht die im Zusammenhang mit der Stellungnahme zum Ergänzungshaushalt vertretene Position des Ausschusses, dass die Einschränkungen des Medienetats der Lichtenberger Bibliotheken nur vorübergehender Natur sein können.</p>
<p>(Vorschlagsnummer 10–55–172) Qualität versus Quote Leistungen der Bibliotheken sollten nicht mehr nur an der Zahl der Ausleihen gemessen werden. Kommunale Bibliotheken sollen einen Bildungsauftrag erfüllen, die Liebe zum Buch, zur Literatur entwickeln. Dabei kommt es weniger auf die Masse des Angebotes an. Bibliothekare sind doch gut ausgebildet und sollten sich im Einkaufsgeschmack nicht am untersten Level orientieren müssen, weil ihnen die Quote im Nacken sitzt. Derselbe Unfug wie beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen muss sich hier nicht wiederholen. Außerdem sollten bevorzugt Hardcover statt Paperbacks angeschafft werden, denn wenn es sich um gute Literatur handelt, gehört die gute Form einfach dazu und billige Broschüren nutzen sich so schnell ab, dass sie kaum ökonomischer sein können.</p> <p>Stellungnahme Fachausschuss: Der Vorschlag unterstreicht die im Zusammenhang mit der Stellungnahme zum Ergänzungshaushalt vertretene Position des Ausschusses, dass die Einschränkungen des Medienetats der Lichtenberger Bibliotheken nur vorübergehender Natur sein können.</p>
<p>(Vorschlagsnummer 10–6–1) Bibliotheksangebote Anton-Saefkow-Bibliothek erhalten und erweitern für alle Generationen</p> <p>Stellungnahme Fachausschuss: Der Vorschlag unterstreicht die im Zusammenhang mit der Stellungnahme zum Ergänzungshaushalt vertretene Position des Ausschusses, dass die Einschränkungen des Medienetats der Lichtenberger Bibliotheken nur vorübergehender Natur sein können.</p>
Bürgerhaushalt 2009
<p>(Vorschlagsnummer 9–6–3) Erhalt und Ausbau des Angebotes der Bibliotheken Ausweitung im Bereich der Veranstaltungen, z. B. Lesungen, Filmreihen etc.</p> <p>Umsetzung/Realisierung: Das Angebot der Bibliotheken wird kontinuierlich ausgebaut. Im 1. Halbjahr 2009 wurden 929 Veranstaltungen durchgeführt und wurden sehr gut besucht.</p>

<p>(Vorschlagsnummer 9–88–84) Vietnamesischsprachige Literatur für Bibliotheken anschaffen Ein Teil des Bibliotheksbudgets ist zur Anschaffung und Pflege vietnamesischsprachiger Literatur in Bibliotheken zu verwenden. Umsetzung/Realisierung: Seit Oktober 2008 wurden in der Anna-Seghers-Bibliothek und in der Bodo-Uhse-Bibliothek über 500 Bücher und DVDs in vietnamesischer Sprache angeboten. Jedes Exemplar wurde bisher ca. 2,5 Mal entliehen. Aufgrund der regen Nachfrage wird der Bestand weiter ausgebaut und aktualisiert.</p>
Bürgerhaushalt 2008
<p>(Vorschlagsnummer 870012) Aktuelle Medien in die Bibliotheken Es soll mehr Geld bereitgestellt werden für die Neuanschaffungen in Bibliotheken. Stellungnahme BVV: Wenn der Medienetat nicht unter 400.000 Euro abgesenkt wird, ist der Vorschlag aus den von der Bibliothek zu erwirtschaftenden Mittel zu realisieren. Umsetzung/Realisierung Der Mitteleinsatz für den Erwerb neuer Medien konnte im Vergleich zum Vorjahr annähernd konstant gehalten werden.</p>
<p>(Vorschlagsnummer 87003) Bücher in Vietnamesisch in den Bezirksbibliotheken Stellungnahme BVV: Da Anschaffungskosten und Transkriptionsaufwand vom Verein der Vietnamesischen Migranten getragen werden wird, verbleiben lediglich 1.000 Euro für medienbegleitende Maßnahmen, die durch Umschichtung innerhalb des Medienetats aufzubringen sind. Umsetzung/Realisierung: Der Vorschlag zur Anschaffung von Literatur in vietnamesischer Sprache aus dem Bürgerhaushalt wird im Bereich Bibliotheken aktiv bearbeitet. Zunächst soll das Medienangebot in vietnamesischer Sprache in der Anna-Seghers-Bibliothek im Lindencenter und die Bodo-Uhse-Bibliothek am Tierpark zur Verfügung gestellt werden. Für die in Lichtenberg lebenden ca. 3.500 vietnamesischstämmigen MitbürgerInnen werden in diesem Jahr Bücher und DVDs in vietnamesischer Sprache im Wert von ca. 2.500 € gekauft. Die Suche nach einem Händler war sehr schwierig. Mit Hilfe der Kolleginnen der Staatsbibliothek zu Berlin ist es uns gelungen, einen Händler und wertvolle fachliche Beratung zu finden. Wenn alle Arbeiten wie geplant verlaufen, werden im Laufe des 2. Halbjahres 2008 die ersten Medien in vietnamesischer Sprache in den Regalen der beiden Bibliotheken zur Ausleihe bereitstehen.</p>
Bürgerhaushalt 2007
<p>Medienarbeit der Bibliotheken Erhöhung der finanziellen Mittel für neue, aktuelle Medien aller Art unter besonderer Berücksichtigung der Schul-, Sach- und Fachliteratur sowie Erweiterung der Internetangebote. Umsetzung/Realisierung: Ein Schwerpunkt der Erwerbung waren Medien, die thematisch der Schul-, Sach- und Fachliteratur zuzuordnen sind. Der Mitteleinsatz wurde um ca. 30.000 € gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die Erwerbungen erfolgten überwiegend für die Themenkreise „Schüler-Center“ (Lernhilfen für Schüler aller Schuljahre), „Job- und Karriere-Bibliothek“ und „Freestyle“ (thematische Angebote besonders für Jugendliche). Ergänzend für die Erledigung von Hausaufgaben im Fach Deutsch wurden 18 Titel mit jeweils 20 Exemplaren erworben, um die entsprechenden Primärtexte bereitstellen zu können. Die Bereitstellung der Mittel erfolgt durch Umschichtungen innerhalb des Erwerbungssetats auf der Grundlage des Erwerbungsprofils 2007, wobei die Minderung des Medienetats von 415 T€ auf 407 T€ verfügbarer Mittel an die verantwortungsvolle Mittelumschichtung hohe fachliche Anforderungen stellt. Ende des Jahres 2007 hat sich die Anzahl der Internet-Arbeitsplätze für Besucher um zwei auf 26 Internetterminals gemindert. Das Ziel, die Gesamtzahl um 4 Terminals (auf ges. 32 Internet-Terminals) zu erweitern konnte nicht erreicht werden. Die Mittelverfügbarkeit für den Ersatz defekter Geräte bzw. die Angebotserweiterung war wegen haushaltswirtschaftlicher Maßnahmen nicht gegeben. Die WLAN-Zugänge für die Nutzung des persönlichen Notebooks in allen Bibliotheken waren ab dem 2. Quartal 2007 realisiert.</p>

Tab. 6: *Priorisierte Bürgervorschläge (Beteiligungsgegenstand Bibliothek) im Rahmen der Bürgerhaushalte 2007–2011 in Berlin-Lichtenberg*¹⁴²

142 Anm.: Die tabellarisch zusammengetragenen Bürgervorschläge wurden aus dem Archiv der Internetplattform zum Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg wörtlich übernommen.

Bürgerhaushalt	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl der Bürgervorschläge	11	5	2	6	3

Tab. 7: Statistik der Bürgervorschläge zum Dienstleistungsangebot der Bibliothek in Berlin-Lichtenberg¹⁴³

Rechenschaftsphase

An der Entscheidung, ob ein eingereichter Vorschlag realisiert wird, ist die Bibliothek nicht beteiligt. Stellungnahmen vom Amt für Weiterbildung bzw. des Fachausschusses gehören zur ernsthaften Prüfung der Vorschlagsinhalte.

Da im Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg über die Umsetzung von beschlossenen Vorschlägen berichtet wird, liefert die Bibliothek relevante Informationen in Form eines Umsetzungsberichtes.¹⁴⁴ Die aktuelle Broschüre zum Bürgerhaushalt 2012 legt ausführlich Rechenschaft über Vorschläge aus den Bürgerhaushaltsjahren 2007 bis 2009 ab, die die Bibliothek unmittelbar tangierten.¹⁴⁵ Die Ergebnisse, die auf den Bürgerhaushalt in Berlin-Lichtenberg zurückzuführen sind, werden im folgenden Teilkapitel präsentiert.

3.2.4 Ergebnisse

Der Bürgerhaushalt in Berlin-Lichtenberg hat sich bis dato vor allem auf den Medienbestand ausgewirkt. Da im Rahmen des Partizipationsverfahrens für die Umsetzung der Vorschläge keine zusätzlichen finanziellen Mittel vom Träger zur Verfügung standen, wurde durch gezielte Mittelverteilung im Erwerbungsset die Realisierung der Vorschläge möglich gemacht.¹⁴⁶

Auf der Basis des Erwerbungsprofiles 2007 wurden z. B. durch Umschichtung ca. 30.000 € in Schul-, Sach- und Fachliteratur für die Egon-Erwin-Kisch-Bibliothek investiert. Trotz der Kürzungen des Medienetats konnte dem Bürgerwunsch nach aktueller Sachliteratur nachgegangen werden. Aus wirtschaftlichen Gründen konnte in jener

Siehe: Bezirksamt Lichtenberg von Berlin (Hg.) – Bürgerhaushalt Lichtenberg [Rubrik: informieren]. Abkürzung: BHH = Bürgerhaushalt.

143 Anm.: Die tabellarisch aufbereiteten Daten wurden mittels der Internetplattform zum Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg zusammengetragen. Siehe: Bezirksamt Lichtenberg von Berlin (Hg.) – Bürgerhaushalt Lichtenberg [Rubrik: informieren].

144 Anm.: Interview mit Evelin Müller am 15.04.2010.

145 Vgl.: Bezirk Lichtenberg von Berlin /Hg.): Bürgerhaushalt Lichtenberg 2012. – S. 54–55 u. 62–63.

146 Anm.: Interview mit Evelin Müller am 15.04.2010.

Mittelpunktbibliothek die Aufstockung der Internetterminals nicht realisiert werden. Seit Frühjahr 2007 wird jedoch die WLAN-Nutzung für Bibliotheksbesucher mit eigenem Notebook ermöglicht.¹⁴⁷

Durch den Bürgerhaushalt konnte ermittelt werden, dass eine Nachfrage nach vietnamesischsprachigen Medien besteht. Zur Beschaffung der speziellen Literatur wurde Kontakt zur Staatsbibliothek zu Berlin aufgenommen.¹⁴⁸ Des Weiteren wurde mit Hilfe der vietnamesischen Botschaft ein Buchhändler in Hanoi gefunden. Die Medienbeschaffung, vorrangig Bücher und DVDs, wird seit 2008 jährlich mit zirka 3.000 € unterstützt.¹⁴⁹ In Berlin-Lichtenberg leben zirka 3,500 vietnamesischstämmige Bürger. Die Ausleihstatistik verrät, dass die erworbenen Medien genutzt werden – im Schnitt wird jede Medieneinheit 2,5 Mal entliehen.¹⁵⁰ Da zwischen den Bibliotheken aller Berliner Bezirke ein Bestellservice existiert, können die fremdsprachigen Medien auch in anderen Bezirksbibliotheken entliehen werden.

Indirekt hat der Bürgervorschlag dazu beigetragen, dass eine fremdsprachige Beratung in den Bibliotheksräumen angeboten werden kann. Förderern konnte sehr gut vermittelt werden, dass der Vorschlag qualitativ bedeutend besser mit der entsprechenden Sprachkompetenz umzusetzen ist. Neben dem Auskunftsdienst in Vietnamesisch wird auch die Beratung in Russisch angeboten. Mittels eines wöchentlichen Rotationsprinzips zwischen den Bibliotheken ist der Service zum festen Bestandteil des Dienstleistungsangebotes geworden. Besucher können die Bibliotheksmitarbeiter direkt am Bestand kontaktieren. Die Nachfrage ist vorhanden und die Hemmschwelle niedrig. Die Mitarbeiterverträge sind aus dem Maßnahmenpaket „Öffentlicher Beschäftigungssektor“ und zunächst auf drei Jahre befristet. Beschäftigungsträger ist der Freie Träger „Kulturring e. V.“. Neben der Beratung begleiten die Mitarbeiter Bibliotheksveranstaltungen und pflegen Kontakte zu lokalen Vereinen. Weiterhin unterstützen sie die Erwerbung und Einarbeitung der Medien (z. B. Transliteration).¹⁵¹

Müller betont, dass der Bürgerhaushalt das zielorientierte Management verbessert und sieht ihn als ein Instrument an, mit dem kundenorientiert gearbeitet werden kann. Neben den Diskussionen um das bestehende Angebot, kann auch die Nachfrage ermittelt werden.

147 Vgl.: Bezirk Lichtenberg von Berlin (Hg.): Bürgerhaushalt Lichtenberg 2012. – S. 55.

148 Anm.: Interview mit Evelin Müller am 15.04.2010.

149 Vgl.: Bezirk Lichtenberg von Berlin (Hg.): Bürgerhaushalt Lichtenberg 2012. – S. 63.

150 Vgl.: Bezirk Lichtenberg von Berlin (Hg.): Bürgerhaushalt Lichtenberg 2012. – S. 55.

Sowie: Interview mit Evelin Müller am 15.04.2010.

151 Anm.: Interview mit Evelin Müller am 15.04.2010.

Er hilft, Prioritäten der Bürger umzusetzen. Die genannten Ergebnisse sind zweifelsohne auf den Bürgerhaushalt zurückzuführen, so Müller. Als Finanzierungsquelle bezeichnet sie den Bürgerhaushalt nicht, da es ausschließlich um gezielte Mittelverteilung des zur Verfügung stehenden Etats geht.¹⁵²

Sigrid Bräuner, Mitarbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit der Lichtenberger Bibliothek, stellt in ihrem Aufsatz aktuelle Integrationsprojekte der Stadtbibliothek Berlin-Lichtenberg vor. Als Erfolg weist sie auf den Ausbau der russisch- und vietnamesischsprachigen Medien sowie auf den fremdsprachigen Beratungsdienst hin. Sie merkt an, dass die Nachfrage zur Nutzung der speziellen Medien über die Bezirksgrenze hinausgeht und zukünftig das Angebot der Bibliothek in Volkshochschulkursen „Deutsch als Fremd- bzw. Zweitsprache“ integriert werden soll. Die russisch- und vietnamesischsprachigen Bibliotheksmitarbeiter werden zukünftig mehr in die Bibliotheksarbeit integriert. Dass die erfolgreiche Integrationsarbeit ihre Wurzeln im Bürgerhaushalt hat, so wie Müller dies im Interview bestätigte, wird leider von der Autorin nicht erwähnt bzw. nicht gesehen.¹⁵³

Interessant sind die Stellungnahmen zu den Bürgerhaushaltsvorschlägen 10-99-07 und 10-55-172 aus dem Bürgerhaushalt 2010. In beiden wird der Medienbestand thematisiert und es heißt, dass die Vorschläge die Tatsache unterstreichen, dass die Einschränkungen des Medienetats nur vorübergehend akzeptiert werden können.

3.3 Beispiel: Christchurch (Neuseeland)

Es bietet sich an, die Öffentliche Bibliothek der Stadt Christchurch als internationales Beispiel zum Vergleich heranzuziehen. Zum einem orientiert sich das Bürgerhaushaltsverfahren in Deutschland an dem neuseeländischen Partizipationsverfahren und zum anderen zählen Öffentliche Bibliotheken in Neuseeland ebenfalls zu den freiwilligen Aufgaben der Kommune. Darüber hinaus gibt es kein Bibliotheksgesetz, auf welches sich die Informationseinrichtungen berufen können.¹⁵⁴

Für zirka 320.000 Einwohner stehen in Christchurch eine Zentralbibliothek und 13 Stadtteilbibliotheken mit einem breiten und aktuellen Dienstleistungsspektrum zur Verfügung. Dass bürgernahes Handeln

152 Anm.: Interview mit Evelin Müller am 15.04.2010.

153 Vgl.: Bräuner, Sigrid (2010): Bunte Mischung. – S. 456–457.

154 Vgl.: Delp, Susanne (2004): Erfolgreiches Personalmanagement in den Christchurch City Libraries. – S. 10.

für die Christchurch City Libraries oberste Priorität hat, ist an ihren strategischen Zielen ablesbar:

- „Making the most of your libraries as the heart of the community
- Working with you where you are to strengthen the communities
- Learning and Literacy to grow knowledge together
- Delivering more ways and places to put the world at your fingertips
- Celebrating our diversity and our right to know and participate”¹⁵⁵

Über eine Million Medien werden in den Christchurch City Libraries bereitgestellt. Pro Jahr gibt es zirka 5,5 Mio. Entleihungen, der Erwerbungssetat beträgt knapp 2 Mio. €. Die Zentralbibliothek bietet eine Nutzungsfläche von 6.000 m² an. An sieben Tagen in der Woche hat die Einrichtung 64 Stunden geöffnet und registriert jährlich zirka 940.000 Besuche. Die Zweigbibliotheken gewährleisten zwischen 40 bis 50 Wochenöffnungsstunden und zählen zusammen 1,9 Mio. Besuche. Insgesamt arbeiten 360 Mitarbeiter auf 250 Vollzeitstellen. Die Christchurch City Libraries genießen eine hohe Akzeptanz in der lokalen Bevölkerung. Etwa 80% der Bürger besitzen einen Bibliotheksausweis, 48% der Einwohner sind aktive Nutzer.¹⁵⁶ Zum Vergleich: In Berlin-Lichtenberg betrug der Anteil aktiver Nutzer 2005 13,8%, 2008 14,7%.

Dieser Prozentsatz war gleichzeitig Ziel des Rates in Christchurch, da der Bildung mehr Bedeutung im sozialen Bereich zugesprochen werden sollte. Primär sollte dies durch die Dienstleistungen der Öffentlichen Bibliothek erreicht werden. Dabei war es jedoch wichtig, dass nicht mehr als 30,50 Dollar pro Einwohner investiert werden.¹⁵⁷

Der Bürgerhaushalt als Partizipationsverfahren zur kommunalen Haushalts- und Finanzplanung ist in Christchurch ein wichtiges Steuerungsinstrument geworden. Seit 2002 regelt die neuseeländische Gemeindeordnung, dass im Dreijahresrhythmus unter der Einbeziehung der lokalen Bevölkerung ein Gemeinschaftsplan (Long-Term Council Community Plan/LTCCP) erarbeitet werden muss. Dieser umfasst einen Planungszeitraum von zehn Jahren. In Abständen wird ein Zwischenbericht erstellt, so dass die vereinbarten Ziele effektiv gesteuert

155 Vgl.: Delp, Susanne (2004): Erfolgreiches Personalmanagement in den Christchurch City Libraries. – S. 14.

156 Vgl.: Delp, Susanne (2004): Erfolgreiches Personalmanagement in den Christchurch City Libraries. – S. 14–15 u. 19.

157 Vgl.: Herzberg, Carsten (2010): Von der Bürger- zur Solidarkommune. – S. 106, Fußnote 22.

werden können.¹⁵⁸ Zudem wird jährlich auch auf der Basis von Bürger-vorschlägen in Christchurch ein Entwurf des kommunalen Haushaltes von der Verwaltung ausgearbeitet. In Ausschüssen wird dieser überar-beitet und anschließend der Bürgerschaft unterbreitet. Im Rahmen öf-fentlicher Konferenzen können weitere Vorschläge diskutiert werden. Zu diesem Zeitpunkt ist bereits bekannt, ob die finanziellen Ressourcen zur Umsetzung bereitstehen bzw. ob die Realisierung Aufgabe der Kommune ist.¹⁵⁹

Ziel der E-Mail-Anfrage an die Christchurch City Libraries war es, eine Antwort auf die Forschungsfrage *Wie kann sich der Bürgerhaushalt auf die Öffentliche Bibliothek auswirken?* zu erhalten. In Tabelle 8 werden sowohl die drei Fragestellungen als auch die entsprechenden Antworten in Englisch und Deutsch aufbereitet.¹⁶⁰

Zusammengefasst können folgende Erkenntnisse aus dem Bericht prä-sentiert werden:

- In Christchurch sind die Bürger die größten Fürsprecher von Bibliotheken. Ihnen ist die Bedeutung der Einrichtung für Alltag und Berufsleben bewusst.
- Mittels Umfragen, öffentlichen Foren und Treffen mit Gemeindevertretern wurde ermittelt, welche zukünftigen Maßnahmen bis 2025 für die Bibliothek eingeplant werden können (z. B. Bau eines neuen Bibliothekgebäudes in einem Vorort von Christchurch/Eröffnung Mitte 2011).
- Ann Ready ist der Meinung, dass die Partizipation der Bürger auf kommunaler Ebene Einfluss auf den Bibliotheksetat hat und glaubt, dass die frühe Einbeziehung der Bürger Erfolg für die Bibliothek erst möglich gemacht hat.

158 Vgl.: Günther, Albert (2007): Bürgerhaushalt. – S. 52–53.

159 Vgl.: Herzberg, Carsten (2010): Von der Bürger- zur Solidarkommune. – S. 106.

160 Anm.: Antwort von Ann Ready, Content Managerin der Christchurch City Libraries, via E-Mail erhalten 21.04.2010 [liegt der Autorin vor]. Antworten wurden von Martin A. Meyerhoff ins Deutsche übersetzt.

1) Has citizen participation on the city's budget affected your library? If so: How?
<p>We have a very high awareness within our community of the role of libraries and their importance to citizens daily and work lives. Our community are our greatest advocates – in terms of supporting the need for libraries to be adequately funded and also in supporting any new developments or areas of budget strain. I believe that building community awareness and involving them in the planning enables them to be informed advocates and therefore speak with authority in the public domain and influence the budget that is allocated to library expenditure.</p> <p>As an example, we had an extensive community consultation process around our Library facilities plan – 2025. This involved customer research, public forums, meeting with community representatives, etc. At the end of the process we had a clear mandate from the community of Christchurch about the type of library facilities they needed for the future and where/when those facilities were needed. The library then built this into our 2025 facilities plan and on this basis mapped out facility planning looking towards 2025. This was signed off by Council (elected representatives) and then the specific projects (e.g. a new library building for Aranui community to open in mid-2011) were costed and presented as part of the three year long term council community plan process (LTCCP) to seek funding. The LTCCP was put out for public consultation and then taken back to council for approval. We believe that the robustness of involving the community at the early planning stages and then putting the budget for achieving these developments back out to the community for subsequent consultation has enabled us to achieve funding for these significant projects.</p>
2) Would you rate those effects as positive or negative for your institution? Possible positive effects could be: additional funds for purchasing books, extension of opening hours or financing of projects.
<p>Positive in that projects that we need funded are receiving an adequate level of funding. We have been funded for new services, extended hours and new or improved facilities.</p> <p>There is always the potential for our budgets to be subject to criticism because they are in the public arena. As we are a large network with 19 libraries, our book budget can appear large. We receive occasional comments about the size of this budget and challenges to introduce user charges for borrowing books, but mainly people have accepted that the budget we receive is spent wisely and we deliver rich content to the public.</p>
3) If participatory budgeting has affected you institution negatively, I am interested in what caused those negative effects.
No, we are strong supporters of the participatory process.

1) Hat die Partizipation von Bürgern am städtischen Haushalt sich auf Ihre Bibliothek ausgewirkt? Falls ja: Wie?
<p>In unserer Gemeinde gibt es ein ausgeprägtes Bewusstsein für die Wichtigkeit von Bibliotheken für Alltag und Arbeitsleben der Bürger. Die Bürger unserer Gemeinde sind unsere größten Fürsprecher – bei der Sicherung adäquater Grundfinanzierung, bei der Unterstützung neuer Entwicklungen, aber auch, wenn bestimmte Bereiche finanziell unter Druck stehen. Ich glaube, dass die Bewusstseinsbildung auf Gemeindeebene und die Partizipation [der Bürger] in den Planungsprozess den Bürgern ermöglicht, gut informierte Fürsprecher zu sein und mit Autorität im öffentlichen Raum zu sprechen und Einfluss auf die Höhe des für die Bibliothek vorgesehenen Budgets zu nehmen.</p> <p>Zum Beispiel gab es einen umfassenden Prozess der öffentlichen Beratung über den Plan über Anlagen und Einrichtungen der Bibliothek bis 2025. Es gab Kundenbefragungen, öffentliche Foren, Treffen mit Gemeindevertretern etc. Am Ende des Prozesses hatten wir ein klares Mandat von der Gemeinde Christchurch darüber, welche Bibliothekseinrichtungen für die Zukunft gebraucht werden und wann und wo sie entstehen sollen. Die Bibliothek hat dieses dann in ihren Anlagenplan 2025 einbezogen und auf dieser Basis die Anlagenplanung bis 2025 entworfen. Diese wurde dann vom Rat (gewählte Vertreter) abgezeichnet. Dann wurden die Kosten für die spezifischen Projekte (etwa ein neues Bibliotheksgebäude für die Gemeinde Aranui¹⁶¹, das Mitte 2011 eröffnet wird) veranschlagt und im Rahmen des Drei-Jahres-Prozesses „Long Term Community Council Planning Process“¹⁶² (LTCCP) präsentiert, um die Finanzierung zu sichern. Der LTCCP wurde der Öffentlichkeit zur Beratung vorgelegt und dann wieder dem Rat zur Billigung vorgelegt. Wir glauben, dass die frühzeitige Einbeziehung der Bürger und die Veröffentlichung des Budgets für nachfolgende Beratungen uns ermöglicht hat, diese bedeutsamen Projekte zu finanzieren.</p>
2) Bewerten Sie diese Auswirkungen für Ihre Institution positiv oder negativ? Mögliche positive Effekte könnten sein: zusätzlicher Etat für Bestandserweiterung, Verlängerung der Öffnungszeiten Ihrer Bibliothek, Projektfinanzierung.
<p>Positiv, da die Projekte, die Finanzierung benötigen, diese Finanzierung auch bekommen. Uns sind neue Dienstleistungen, erweiterte Öffnungszeiten und neue oder verbesserte Anlagen finanziert worden.</p> <p>Es gibt immer die Möglichkeit, unser Budget zu kritisieren, weil es öffentlich ist. Da wir ein großes Netzwerk mit 19 Bibliotheken sind, kann unser Buchbudget hoch erscheinen. Gelegentlich bekommen wir Kommentare über die Höhe des Buchbudgets oder es wird die Forderung gestellt, Gebühren für das Ausleihen von Büchern zu erheben, aber im Großen und Ganzen haben die Leute akzeptiert, dass das Budget, das wir bekommen, sinnvoll verwendet wird und dass wir der Öffentlichkeit wertvolle Dienste bieten.</p>
3) Falls der Bürgerhaushalt negative Auswirkungen auf Ihre Institution gehabt hat, würde mich auch interessieren, was die Gründe dafür sind.
Nein, wir sind starke Befürworter des Bürgerhaushalts.

Tab. 8: Christchurch: Fragen und Antworten der E-Mail-Anfrage

161 Anm.: Vorort von Christchurch.

162 Anm.: „langfristiger Planungsprozess der Gemeinde und des Rats“, deutsche Übersetzung.

Während in Berlin über den Medienbestand diskutiert wird, wird in Christchurch ein neues Bibliotheksgebäude entstehen und werden Planungen bis 2025 gemeinsam mit der Bürgerschaft gestaltet. Der Vergleich stellt Berlin insgesamt in den Schatten, nicht nur was die Anzahl an Stadtteilbibliotheken und den Bibliotheksetat betrifft, auch die hohe Prozentzahl an aktiven Benutzern und der Stellenwert von Bibliotheken in der Bürgerschaft lassen Defizite erkennen.

Die Bibliotheksarbeit der Länder Großbritannien, Dänemark, USA, Singapur und Finnland sind im Bibliothekswesen sogenannte Best-Practice-Beispiele. Die Bibliotheksdichte, ausgenommen Singapur, ist wesentlich höher als in Deutschland. Auch die Bibliotheksnutzung (z. B. Entleihungen, Bibliotheksbesuche) ist in den genannten Ländern intensiver als hierzulande. Während in Deutschland 3,37 Entleihungen jährlich pro Einwohner statistisch belegt sind, weisen die USA 6,44, Großbritannien 6,70, Singapur 6,8 und Dänemark gar 13,35 Medientleihungen pro Einwohner nach. Nicht besser sieht die Finanzierung von Öffentlichen Bibliotheken im internationalen Vergleich aus (€ pro Einwohner/jährlich: Deutschland ca. 1 €, Großbritannien ca. 3 €, USA ca. 4 €, Singapur ca. 5 € und Dänemark ca. 9 €). Durch die Einbindung in Informationsstrategien und finanzielle Unterstützung ist der Stellenwert der Bibliothek für Staat und Gesellschaft in den genannten Ländern erkennbar.¹⁶³

163 Vgl.: Bertelsmann Stiftung (2005): Vorbildliche Bibliotheksarbeit in Europa, Singapur und den USA. – S. 7–9.

4 Telefonumfrage: Öffentliche Bibliotheken im Bürgerhaushalt

4.1 Zieldefinition | Methodik¹⁶⁴

4.1.1 *Zieldefinition*

Ziel ist es zu eruieren, ob der Bürgerhaushalt in Deutschland bis dato das Potential hatte, zur Modernisierung von Dienstleistungen an Öffentlichen Bibliotheken beizutragen. Mittels einer deutschlandweiten Telefonumfrage soll herausgefunden werden, inwiefern Bibliotheken in kommunaler Trägerschaft bereits Diskussions- bzw. Beteiligungsgegenstand im Partizipationsverfahren waren und welche Auswirkungen für die Informationseinrichtung insgesamt zu spüren gewesen sind. Mit Hilfe der Umfrage sollen die in der Einleitung (siehe Kapitel 1) genannten Forschungsfragen im Fazit (siehe Kapitel 5) abschließend beantwortet werden.

Die nicht repräsentative empirische Studie besitzt einen explorativen Charakter und erhebt statische Erkenntnisse. Die gesammelten Informationen werden ausgewertet (siehe Kapitel 4.2). Da Bürgerhaushaltsverfahren in deutschen Kommunen im Vergleich zueinander Unterschiede aufweisen können, stellt dieser Fakt eine Schwierigkeit sowohl für die Befragung als auch für die Auswertung und die abschließende Zusammenfassung dar.

Ziel der Umfrage ist es, eine Bestandsaufnahme des Istzustandes aus Sicht der Öffentlichen Bibliotheken zu präsentieren. Des Weiteren sollen die gewonnenen Erkenntnisse die Auseinandersetzung mit dem Bürgerhaushalt in der bibliothekarischen Fachwelt fördern.

¹⁶⁴ Anm.: Es wird sich an der empirischen Sozialforschung nach Helmut Kromrey orientiert (11. Auflage, 2006). – S. 71–80 u. 358–364.

4.1.2 Methodik

Telefonumfrage

Um Basisinformationen für das neue Forschungsgebiet zu erhalten, wurden für die Telefonumfrage offene Fragestellungen ausgearbeitet. Da der Istzustand aus Sicht der Öffentlichen Bibliotheken präsentiert werden soll, war die Zielgruppe der Befragung vorrangig das leitende Personal der Informationseinrichtung. Es erfolgte zunächst eine erste direkte telefonische Kontaktaufnahme mit der Bibliotheksleitung der Öffentlichen Bibliotheken jener kommunalen Städte, die laut Auswahlkriterien (siehe Kapitel 4.2.2) für eine Teilnahme in Frage kamen. Die Vorstellung des Forschungsgebietes sowie eine Terminabsprache für die telefonische Befragung waren Inhalt des ersten Gesprächs. Bei Bedarf wurde der Bibliotheksleitung ein Abstract via E-Mail zur Vorbereitung auf das Telefongespräch zur Verfügung gestellt. Das Angebot wurde in den meisten Fällen angenommen.

Das vorbereitete Interview (siehe Anhang) hatte einen Umfang von insgesamt zehn Fragestellungen. Mit den Fragen 1a und 1b wurden personenbezogene Daten erhoben. Durch die Fragen 2 und 3 sollte herausgefunden werden, auf welchem Weg die Bibliothek über die Einführung des Bürgerhaushaltes erfahren hat und ob ihnen die Durchführung des Verfahrens bekannt ist. Mit der vierten Frage sollte gezielt ergründet werden, ob die Bibliothek im Bürgerhaushalt bereits Diskussionsgegenstand gewesen ist, und wie es zu dieser Thematisierung gekommen bzw. nicht gekommen ist. Durch Frage 5 wurde eruiert, ob es konkrete Auswirkungen auf den Medienbestand, Projekte bzw. Dienstleistungen gab. Mit der offenen Frage 5e wurde den Befragten Platz für Anmerkungen eingeräumt, Auswirkungen in anderen Bereichen zu erwähnen. Ob die genannten Auswirkungen auch ohne den Bürgerhaushalt spürbar gewesen wären, sollte durch Frage 7 beantwortet werden. Vorab wurde gefragt, ob durch den Bürgerhaushalt der Einrichtung Nachteile entstanden sind. Ob die Befragten den Bürgerhaushalt als eine alternative Finanzierungsquelle ansehen, sollte mit Frage 8 herausgefunden werden. Frage 9 nimmt Bezug auf die Akteure (Verwaltung, Bürgerschaft) des Bürgerhaushaltes. Inwiefern dieser die Kommunikation aus Sicht der Bibliothek mit ihnen verändert hat, sollte hinterfragt werden. Durch Frage 10 konnten Ergänzungen vom Interviewpartner mitgeteilt werden.

Die Antworten der Befragten wurden während der telefonischen Befragung protokolliert. Alle Teilnehmer waren im Vorfeld damit

einverstanden, dass sie namentlich erwähnt werden. In Potsdam, Berlin-Lichtenberg und Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg wurden die Befragungen vor Ort in der Bibliothek durchgeführt.

Auswahlkriterien

Insgesamt drei Auswahlkriterien (K₁, K₂, K₃) wurden für die Telefonumfrage definiert. Auf der Internetplattform buergerhaushalt.org (siehe Kapitel 3.1.3) wird Interessierten ein Statusbericht über Kommunen in Deutschland geboten, in denen über die Einführung des Bürgerhaushaltes diskutiert oder jener praktiziert wird bzw. das Verfahren bereits wieder eingestellt worden ist.¹⁶⁵ Für die Umfrage kamen sowohl Bibliotheken jener Kommunen, in denen der Bürgerhaushalt eingeführt (Status E), fortgeführt (Status F) oder abgeschafft wurde (Status A) in Frage (K₁), da nur direkt vor Ort beurteilt werden kann, ob der Bürgerhaushalt die Dienstleistungen tangierte.

Des Weiteren wurde die Einwohnerzahl der Kommune als zweites Auswahlkriterium (K₂) herangezogen. Die Daten wurden der DBS für das Jahr 2008 entnommen und nach Groß- und Kleinstädten sortiert. Da relevante DBS-Daten für die einzelnen Städte präsentiert werden sollen (siehe Kapitel 4.2), war es wichtig zu ermitteln, welche Öffentlichen Bibliotheken keine Statistik der DBS zur Verfügung stellten.

Um auch eine geographische Ausgewogenheit zu gewährleisten, wurde als drittes Kriterium (K₃) der Kommune das Bundesland zugeordnet. Tabelle 9 gibt eine Gesamtübersicht über alle drei Auswahlkriterien.¹⁶⁶ Für die Telefonumfrage wurden bevorzugt Bibliotheken jener Kommunen angesprochen, die dem Status F und E zugeordnet wurden. Wer einer Teilnahme an der Befragung zugesagt bzw. abgelehnt hat, wird in Tabelle 10 nachgehalten.

165 Vgl.: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) (2010): Bürgerhaushalte in Deutschland Statusbericht. – S. 1–3.

166 Anm.: In Tabelle 9 sind Daten des Statusberichtes (Status: A, E, F) und DBS-Daten zusammengeführt worden.

	K1	K2	K3
Stadt	Status	Einwohnerzahl des Bibliotheksortes	Bundesland
Hamburg*	E	1.754.182	Hamburg
Köln	E	995.397	Nordrhein-Westfalen
Essen	E	577.290	Nordrhein-Westfalen
Leipzig	E	510.512	Sachsen
Berlin-Tempelhof/Schöneberg	E	332.032	Berlin
Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf	E	317.204	Berlin
Bonn	F	316.416	Nordrhein-Westfalen
Berlin-Neukölln	E	307.965	Berlin
Wiesbaden	E	275.422	Hessen
Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg	E	269.386	Berlin
Berlin-Lichtenberg	F	251.054	Berlin
Berlin-Marzahn/Hellersdorf	F	248.846	Berlin
Berlin-Spandau	E	223.569	Berlin
Freiburg	E	219.345	Baden-Württemberg
Erfurt	E	199.416	Thüringen
Hamm	A	179.293	Nordrhein-Westfalen
Oldenburg	E	159.899	Niedersachsen
Solingen	E	160.623	Nordrhein-Westfalen
Potsdam	F	150.833	Brandenburg
Bergisch-Gladbach	E	105.840	Nordrhein-Westfalen
Trier	E	104.079	Rheinland-Pfalz
Jena	E	102.356	Thüringen
Cottbus	A	100.068	Brandenburg
Esslingen	A	91.545	Baden-Württemberg
Castrop-Rauxel	A	77.260	Nordrhein-Westfalen
Bergheim	E	62.722	Nordrhein-Westfalen
Hilden	F	56.651	Nordrhein-Westfalen
Hürth	E	56.379	Nordrhein-Westfalen
Bornheim	E	48.470	Nordrhein-Westfalen
Monheim*	A	42.594	Nordrhein-Westfalen

Suhl	E	39.206	Thüringen
Emsdetten	F	36.024	Nordrhein-Westfalen
Steinfurt	E	34.502	Nordrhein-Westfalen
Bad Hersfeld	E	30.411	Hessen
Plettenberg	E	28.079	Nordrhein-Westfalen
Bad Honnef	E	24.965	Nordrhein-Westfalen
Groß-Umstadt	F	22.166	Hessen
Rheinstetten	F	20.524	Baden-Württemberg
Bad Wildungen	F	19.437	Hessen
Heilbad Heiligenstadt	E	16.708	Thüringen
Diepholz	E	16.578	Niedersachsen
Jüterbog	E	12.688	Brandenburg
Wolgast	E	12.178	Mecklenburg-Vorpommern
Bannewitz	E	10.589	Sachsen
Much	E	keine DBS-Angaben	Nordrhein-Westfalen
Vlotho	A	keine DBS-Angaben	Nordrhein-Westfalen
Berlin-Teptow/Köpenick	E	keine DBS-Angaben	Berlin
Großbreitenbach	E	keine DBS-Angaben	Thüringen
Golm (Ortsteil Potsdam)	E	keine DBS-Angaben	Brandenburg

Tab. 9: Auswahlkriterien für die Telefonumfrage

Legende	
Abstellgleis	A
Einführung	E
Fortführung	F
Bibliothek: Kommune ist nicht Träger	*
Anfrage (Umfrageteilnehmer)	

Stadt	Absage/Teilnahme
Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg	Zusage
Berlin-Lichtenberg	Zusage
Bonn	Absage
Diepholz	Absage
Emsdetten	Zusage
Freiburg	Zusage
Groß-Umstadt	Zusage
Heilbad Heiligenstadt	Zusage
Hilden	Zusage
Jena	Zusage
Köln	Absage
Oldenburg	Absage
Potsdam	Zusage
Rheinstetten	Absage

Tab. 10: Übersicht der Interviewpartner

4.2 Umfrageergebnisse

Bevor die Umfrageergebnisse mit zusätzlichen Rechercheergebnissen präsentiert werden, sollen Kerndaten aus der DBS für die Jahre 2008/2009 Basisinformationen zur kommunalen Öffentlichen Bibliothek liefern. In der Übersicht (siehe Tabelle 11) werden alle potentiellen Interviewpartner aus Tabelle 9 gelistet.

Es kann festgestellt werden, dass nur in acht der insgesamt 14 Städte die Prozentzahl der aktiven Benutzer, gemessen an der Einwohnerzahl, über 10% liegt. Jena ist mit 23,79% (2009) auf erster Position, gefolgt von Emsdetten mit 16,01% (2009). Schlusslichter sind Groß-Umstadt mit 6,45% (2009) und Rheinstetten mit 5,26% (2009). Schaut man sich die Anzahl an Bibliotheksbesuchen und Medienentleihungen an, sind diese nicht in allen Kommunen angestiegen. In Potsdam sinken im Jahresvergleich 2008/2009 gar beide Werte trotz gestiegener Einwohnerzahl. In den meisten Städten sind 2009 die Finanzmittel des Trägers im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen. Die Spanne der Gesamtausgaben pro Einwohner reicht von 3,77 Euro (Groß-Umstadt) bis 19,70 Euro (Potsdam). Der Medienbestand der Öffentlichen Bibliotheken der ausgewählten Kommunen ist kaum erweitert worden, in acht Informationseinrichtungen ist er gar geschrumpft.

Stadt	DBS-ID	1	2	9	12	13	14	54	55	63	917
Berlin-Friedrichshain/ Kreuzberg (2008)	MB038	269.386	6	29.513	523.032	262.112	1.391.446	3.011.991	3.019.400	229.234	11,18
Berlin-Friedrichshain/ Kreuzberg (2009)	MB038	261.272	6	30.310	538.153	259.681	1.418.705	2.943.028	3.019.400	247.256	11,26
Berlin-Lichtenberg ⁶⁷ (2008)	WB861	251.054	4	36.807	627.052	333.271	1.772.265	3.768.566	3.764.914	277.692	15,01
Bonn (2008)	AD369	316.416	10	31.083	714.410	319.932	1.688.095	3.458.398	3.458.398	417.396	10,93
Bonn (2009)	AD369	317.949	10	30.799	763.147	320.251	1.694.214	3.907.333	3.907.333	391.581	12,29
Diepholz (2008)	JF209	16.578	1	1.560	N	19.917	61.017	156.421	156.421	12.870	9,44
Diepholz (2009)	JF209	16.535	1	1.447	N	19.795	59.598	152.508	152.508	12.550	9,22
Emsdetten (2008)	GJ583	36.024	1	5.650	97.735	46.067	290.587	509.955	509.955	73.202	14,16
Emsdetten (2009)	GJ583	35.852	1	5.741	106.015	48.477	304.604	452.680	452.680	69.876	12,63
Freiburg (2008)	KS124	219.345	5	28.456	754.199	255.815	1.457.225	3.466.372	3.123.354	319.762	15,80
Freiburg (2009)	KS124	219.892	5	27.603	737.183	262.787	1.521.538	3.354.225	3.208.400	347.488	15,25
Groß-Umstadt (2008)	GK484	22.166	1	1.372	N	21.102	50.653	98.115	84.115	2.779	4,43
Groß-Umstadt (2009)	GK484	22.137	1	1.428	N	20.684	51.867	83.537	83.537	2.537	3,77
Heilbad Heiligenstadt (2008)	WB022	16.708	1	1.872	24.239	34.216	78.873	141.906	136.906	3.426	8,49
Heilbad Heiligenstadt (2009)	WB022	16.626	1	1.777	25.469	35.468	79.666	153.897	148.897	3.553	9,26
Hilden (2008)	AB233	56.651	1	5.979	157.058	89.769	346.772	613.995	613.995	89.079	10,84
Hilden (2009)	AB233	55.666	1	5.873	156.420	77.490	355.341	657.733	657.733	88.569	11,82
Jena (2008)	GC556	102.356	2	15.222	265.091	135.596	880.226	1.490.192	1.457.642	144.081	14,56
Jena (2009)	GC556	103.392	2	24.602	282.331	143.370	937.974	1.585.046	1.556.181	160.567	15,33
Köln (2008)	AJ380	995.397	13	83.892	1.796.433	919.941	N	11.945.978	10.072.014	1.854.165	12,00
Köln (2009)	AJ380	995.420	13	84.983	1.776.172	889.508	N	12.007.843	10.123.355	1.858.729	12,06

Stadt	DBS-ID	1	2	9	12	13	14	54	55	63	917
Oldenburg (2008)	GD822	159.899	6	19.933	367.513	210.249	1.060.120	1.918.045	1.915.045	204.898	12.00
Oldenburg (2009)	GD822	161.433	6	19.822	387.760	210.002	1.062.006	2.038.580	2.035.580	213.638	12,63
Potsdam (2008)	AA186	150.833	4	14.171	296.413	584.291	923.224	2.956.525	2.204.900	250.200	19,60
Potsdam (2009)	AA186	153.117	4	14.159	289.427	581.105	921.745	3.015.912	2.252.147	248.100	19,70
Rheinsetten (2008)	JM285	20.524	1	1.124	N	18.107	45.060	78.856	78.856	8.430	3,84
Rheinsetten (2009)	JM285	20.615	1	1.085	N	16.748	42.675	88.721	88.721	7.457	4,30

Tab. 1: Variable DBS-Abfrage der ausgewählten Interviewpartner (Zeitraum: 2008/2009)¹⁶⁸

Legende	
1	Einwohnerzahl des Bibliotheksortes
2	Zahl der Bibliotheken (Gesamtzahl aller Einrichtungen)
9	Entleiher (aktive Benutzer)
12	Besuche
13	Medien insgesamt – Bestand
14	Medien insgesamt – Entleihungen
54	Gesamtausgaben in €
55	Finanzmittel des Trägers in €
63	Eigene Einnahmen in €
917	Gesamtausgaben pro Einwohner in €

¹⁶⁷ Anm.: Für Berlin-Lichtenberg liegen derzeit keine DBS-Daten für das Jahr 2009 vor [26.06.2010].

¹⁶⁸ Anm.: Variable DBS-Abfrage vom 26.06.2010, für die jeweiligen Öffentlichen Bibliotheken aus Tabelle 10.

4.2.1 Emsdetten

Die Stadt Emsdetten führte im Rahmen des dreijährigen Modellprojektes „Kommunaler Bürgerhaushalt“, welches 2000 vom Land Nordrhein-Westfalen und der Bertelsmann-Stiftung ins Leben gerufen wurde, ihren ersten Bürgerhaushalt durch. Mittels Haushaltsbroschüre und einem Bürgerforum wurde der städtische Haushalt seither jährlich interessierten Bürgern näher gebracht. Im Zentrum des Beteiligungsverfahrens stand stets eine zentrale Veranstaltung (Emsdetten-Konferenz), in der die Bürgerschaft von der Verwaltung informiert wurde und gemeinsam mit ihr diskutieren konnte. Bürgervorschläge und Meinungen wurden vor Ort notiert, konnten aber auch online eingereicht werden.¹⁶⁹

Unter dem Stichpunkt „Ehrenamtliches Engagement für Kinder und Jugendliche – Verbesserung der Bildungschancen für Kinder, insbesondere aus Migrationsfamilien“ konnte im Beteiligungsverfahren 2004 über das Potential von Vorlesepatenschaften diskutiert werden. Aus der Bürgerschaft kamen die Vorschläge, das Ehrenamt dafür verstärkt zu nutzen und die Stadtbibliothek als Ort für die Umsetzung zu wählen.¹⁷⁰ 2007 wurde die Bibliothek erneut Diskussionsgegenstand. So konnten die Bürger sich zu dem geplanten Vorhaben der Stadtbibliothek positionieren, wonach ab 2008 der Bibliotheksausweis für Kleinkinder sowie für Schüler ab 18 Jahren kostenfrei angeboten werden sollte. Auch das geplante Projekt „Emsdettener Bücherbabys“ stand damals zur Diskussion.¹⁷¹

Auswertung des Telefoninterviews¹⁷²

Bibliotheksleiter Stephan Schwerin kann keine Veränderungen, die auf den Bürgerhaushalt zurückzuführen sind, für seine Einrichtung erkennen. Er betont, dass die jährlichen Leistungs- und Zielvereinbarungen, die seit 2000 mit der Verwaltung getroffen werden, sich positiv auf das Vertrauensverhältnis zwischen Bibliothek und Verwaltung ausgewirkt haben. Die Stadtbibliothek kann ein Bibliothekskonzept vorweisen, wel-

169 Vgl.: Stadt Emsdetten (Hg.) (2005): Bürgerhaushalt 2005. – S. 3. Sowie: Stadt Emsdetten (Hg.): Emsdetten-Konferenz.

170 Vgl.: Stadt Emsdetten (Hg.) (2005): Bürgerhaushalt 2005. – S. 7.

171 Vgl.: Stadt Emsdetten (Hg.): Emsdetten-Konferenz 2007: Schwerpunkt: Familie, Erziehung und Bildung. – S. 5.

172 Vgl.: Interview mit Stephan Schwerin am 25.03.2010.

ches stets modifiziert und der kommunalen Haushaltslage angepasst wird. Schwerin weist darauf hin, dass in Broschüren zum Bürgerhaushalt die Kosten, die der Stadt für die Bibliothek entstehen, transparent für die Bürgerschaft aufgelistet werden.¹⁷³ Die Durchführung des Bürgerhaushaltes in Emsdetten ist der Bibliothek nicht bekannt. Sie denkt über die Gründung eines Fördervereines oder Freundeskreises nach, da zu spüren ist, dass Bürger sich für die Informationseinrichtung engagieren möchten. Schwerin gibt zu verstehen, dass bürgerschaftliches Engagement wichtig ist, jedoch Sparmaßnahmen nicht die Folge sein dürfen.

4.2.2 *Potsdam*

In der brandenburgischen Landeshauptstadt hat sich der Bürgerhaushalt fest etabliert. Seit dem Bürgerhaushalt 2006 wird das Beteiligungsverfahren jährlich praktiziert. Auf Stadtteilkonferenzen sowie auf der Internetplattform zum Verfahren können Bürger Vorschläge einreichen und für diese votieren. Ein Onlinearchiv macht es möglich, die vergangenen Verfahren nachzuvollziehen. Von den Organisatoren des Bürgerhaushaltes werden jährlich Beteiligungsgegenstände vorgeschlagen, denen die Bürger ihre Vorschläge zuordnen können. Mittels einer Votierungsphase werden Prioritäten ermittelt. Die Stadt- und Landesbibliothek Potsdam war einmalig 2008 ein eigenständiger Beteiligungsgegenstand.¹⁷⁴ Dennoch wurden in jedem Bürgerhaushalt Vorschläge eingereicht, die die Bibliothek tangieren (siehe Tabelle 12).

173 Vgl.: Stadt Emsdetten (Hg.) (2005): Bürgerhaushalt 2005. – S. 15. Siehe auch: Stadt Emsdetten (Hg.) (2008): Bürgerhaushalt 2008. – S. 17.

174 Vgl.: Landeshauptstadt Potsdam (Hg.): Bürgerhaushalt.

Bürgerhaushalt 2011
Nr. P-148: Öffnungszeit Stadtteilbibliothek Babelsberg verlängern Nr. I-42: Fusion der Stadt- und Landesbibliothek mit den Universitätsbibliotheken Nr. Pi-11: Kinderbibliothek für Potsdam-West <i>Keiner der Vorschläge wurde in die Votierungsphase übernommen, da die Bibliothek kein Beteiligungsgegenstand des Verfahrens war.</i>
Bürgerhaushalt 2010
Nr. I-29: Deutliche Steigerung der finanziellen Mittel der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam Nr. BV-21: Öffentlich-rechtliche Stiftung für Bibliothek Nr. P-33: Schulbibliothekspauschale für Schulen (und Jugendeinrichtungen) <i>Keiner der Vorschläge wurde in die Votierungsphase übernommen. Der Vorschlag Nr. I-29 wurde allgemein dem Beteiligungsgegenstand Kulturförderung zugesprochen, Nr. P-33 dem Beteiligungsgegenstand Jugendarbeit.</i>
Bürgerhaushalt 2009
Ausbau von Kultur und Medienarbeit für Jugendliche <i>Der Vorschlag ging in die Votierungsphase und landete mit 185 Votierungspunkten auf Platz 17. Er wurde von Stadtverordnetenversammlung angenommen.¹⁷⁵</i>
Bürgerhaushalt 2008
Nr. 71: Bereitstellung ausreichender Mittel zum Ankauf neuer Medien speziell: Kinderbibliothek, Wissensvermittlung für Schulkinder; Brandenburgica mit wissenschaftlichem Anspruch. Vorbereitende Arbeit für die Sanierung des Hauses am jetzigen Standort Nr. 86: Potsdam knackt PISA, Förderung von Schulbibliotheken und Ausbau der Zusammenarbeit von Schulen mit der Stadt- und Landesbibliothek Nr. 139: [Bibliothek] Neue Bestuhlung Nr. 198: Fassadensanierung der Stadt- und Landesbibliothek <i>Unter dem Stichwort „Sanierung der Stadt- und Landesbibliothek und Verbesserung der Ausstattung“ wurden mehrere Vorschläge zusammengefasst und zur Votierung frei gegeben. Der Vorschlag landete mit 122 Votierungspunkten auf Platz 13 von 20.¹⁷⁶</i>
Bürgerhaushalt 2007
Keine direkte Bürgerbeteiligung, jedoch wurden die Bürger über den kommunalen Haushalt informiert.
Bürgerhaushalt 2006
Nr. 2.1.2.1: Kein weiterer Personalabbau Nr. 2.1.2.2: Sicherung der Investitionen Nr. 2.1.2.3: Mehr Attraktivität (Mobiliar etc.) Nr. 2.1.2.4: Keine Bibliotheksschließung <i>Die Vorschläge Nr. 2.1.2.1 und Nr. 2.1.2.4 wurden von der Verwaltung abgelehnt, Nr. 2.1.2.2 sowie Nr. 2.1.2.3 wurden zur Umsetzung freigegeben.</i>

Tab. 12: Bürgerhaushalt Potsdam (Bürgervorschläge)¹⁷⁷

175 Anm.: siehe Rechenschaftsbericht zum Vorschlag: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10045566/803196/> [12.07.2010].

176 Anm.: siehe Rechenschaftsbericht zum Vorschlag: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10067008/693317/> [12.07.2010].

177 Anm.: Bürgervorschläge wurden aus dem Internetarchiv zum Bürgerhaushalt in Potsdam entnommen und tabellarisch zusammengetragen. Siehe: Landeshauptstadt Potsdam (Hg.): Bürgerhaushalt [Archiv].

In einem Interview mit Bürgermeister Jann Jacobs (SPD) zum Bürgerhaushalt 2011, erinnerte dieser sich, dass z.B. die Stadt- und Landesbibliothek häufig ein Thema war. Auch wenn Vorschläge „nicht unmittelbar Eingang in den Haushalt gefunden haben, hat man dann zumindest dem eine Priorität beigemessen, die dann am Ende dazu geführt hat, dass das dann doch irgendwann in dem Haushalt mit aufgenommen worden ist. Wir sanieren jetzt beispielsweise ja die Stadt- und Landesbibliothek.“¹⁷⁸

Auswertung des Telefoninterviews¹⁷⁹

Marion Mattekatz ist seit 2001 Bibliotheksleiterin der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam. Über den Bürgerhaushalt wurde sie in den Fachbereichsleitersitzungen informiert. Ihr ist die Vorgehensweise des Potsdamer Bürgerhaushaltes bekannt. 2008 war die Bibliothek Beteiligungsgegenstand des Verfahrens, dafür wurden zahlreiche Bürgerinformationen von der Informationseinrichtung ausgearbeitet, u. a. eine Produktbeschreibung. Dass die Bibliothek ein Themenschwerpunkt im Bürgerhaushalt 2008 gewesen ist, wurde von der Verwaltung und der Stadt- und Landesbibliothek gemeinsam beschlossen. Nach dem Verfahren war die Öffentliche Bibliothek laut Mattekatz auf eigenen Wunsch hin nicht mehr Beteiligungsgegenstand.

In Potsdam hatte der Bürgerhaushalt weder Auswirkungen auf den Medienerwerb noch auf Projekte oder Dienstleistungen. Mattekatz betont, dass die Bibliothek zwar auch in jenen Jahren Inhalt von mehreren Bürgervorschlägen gewesen sei, in denen sie nicht in den Fokus des Verfahrens gestellt wurde, jedoch hatte diese Tatsache weder Auswirkungen auf den Bibliotheksetat oder andere Faktoren. Als alternative Finanzierungsquelle würde die Befragte den Bürgerhaushalt nicht bezeichnen, da es nicht um die Verteilung zusätzlicher finanzieller Mittel geht. Jeder Bürger, der einen Vorschlag eingereicht hat, welcher die Bibliothek tangierte, erhielt eine persönliche Antwort von der Stadt- und Landesbibliothek.

Eine Verbesserung der Kommunikation zwischen den Akteuren Bürgerschaft und Bibliothek sowie Verwaltung und Bibliothek kann die Bibliotheksleiterin nicht erkennen.

178 Vgl.: „Potsdam fragt nach“ (Mai 2010). – 1,32 min.

179 Vgl.: Interview mit Marion Mattekatz am 26.03.2010.

4.2.3 Hilden

Auch Hilden nahm am Modelprojekt „Kommunaler Bürgerhaushalt“ in Nordrhein-Westfalen teil. Das Partizipationsverfahren ist seitdem fest etabliert und basiert auf der Vermittlung von Haushaltsinformationen durch Broschüren und jährliche Bürgerveranstaltung (z. B. Hildopoly, Haushaltstour). Themenschwerpunkte werden zu Diskussionsgegenständen, so stand u. a. die Stadtbibliothek, gemeinsam mit der Musikschule, 2004 im Mittelpunkt.¹⁸⁰

Auswertung des Telefoninterviews¹⁸¹

Bibliotheksleiterin Claudia Lemke, seit 2009 im Amt, ist die Durchführung des Bürgerhaushaltes geläufig und stellt in ihren Ausführungen die diesjährige Hildopoly-Veranstaltung ins Zentrum, auf der sich Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Öffentlichkeit präsentieren konnten. Die Bibliotheksmitarbeiter nutzten die Möglichkeit, mit einem Informationsstand vor Ort zu sein. Eine grafische Übersicht zum Bibliotheksetat, eine Power-Point-Präsentation zur Stadtbibliothek (virtueller Rundgang, Etat, Aufgaben) sowie Plakate, Handzettel und Broschüren konnten von interessierten Bürgern zur Kenntnis genommen werden. Mittels Attrappen wurde für die Onleihe Werbung gemacht und die Mitarbeiter standen für weiterführende Auskünfte zur Verfügung (siehe Abbildung 5).



Abb. 5:
Informationsstand der Stadtbücherei Hilden
(Foto: Stadtbücherei Hilden, Januar 2010,
Hildopoly)

Lemke sind keine konkreten Auswirkungen auf Dienstleistungen der Bibliothek durch den Bürgerhaushalt bekannt. Somit kann die Aussage¹⁸², wonach der Bürgerhaushalt in Hilden Einfluss auf die Öffnungszeiten der Informationseinrichtung genommen haben soll, durch

180 Vgl.: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) (2007): Hildener Bürgerhaushalt: 2002–2007.

181 Vgl.: Interview mit Claudia Lemke am 30.03.2010.

182 Vgl.: Sintomer, Yves (Hg.); Herzberg Carsten (Hg.) et. al. (2010): Der Bürgerhaushalt in Europa. – S. 91.

das Interview nicht bestätigt werden. Lemke sieht durch den Bürgerhaushalt und primär durch die Veranstaltung eine Verbesserung der Kommunikation mit der Bürgerschaft, da am Aktionstag über den Etat informiert wurde und die Möglichkeit geschaffen wurde, die Finanzierung der Einrichtung transparent zu vermitteln. Sowohl Bibliotheksbenutzer als auch Nichtbenutzer nahmen die Gelegenheit für Diskussionen wahr.

4.2.4 *Heilbad Heiligenstadt*

Laut Tabelle 9 hat die Stadt Heilbad Heiligenstadt im Bericht den Status E erhalten, d.h., dass der Bürgerhaushalt bereits eingeführt worden ist. Recherchen ergaben jedoch, dass neben der bereits existierenden Informationsphase seit 2008, die Konsultations- und Rechenschaftsphase erst schrittweise bis 2011 eingeführt werden soll. 2009 begann im Rahmen des ersten Aktionstages „Tag des Bürgers“ die Phase der Konsultation.¹⁸³

Auswertung des Telefoninterviews¹⁸⁴

Bibliotheksleiterin Monika Schweißhelm sieht durch den „Tag des Bürgers“ eine Verbesserung der Kommunikation zwischen Bürgerschaft und Bibliothek, da auch Nichtbenutzer sich für die Einrichtung interessierten und mit Mitarbeitern ins Gespräch kamen. Mit einem Informationsstand war die Bibliothek präsent und gab Auskünfte über ihre Dienstleistungen. Über den Bibliotheksetat und die Finanzierung anderer städtischen Einrichtungen konnten sich Bürger allgemein auf dem Aktionstag informieren. Da die Öffentliche Bibliothek in Heilbad Heiligenstadt vom Veranstaltungsort des Bürgerinformationstages nicht weit entfernt lag, öffnete man ausnahmsweise an jenem Samstag die Bibliothek. Konkrete Auswirkungen auf die Dienstleistungen der Bibliothek waren laut Schweißhelm durch den Bürgerhaushalt bisher noch nicht zu spüren.

4.2.5 *Berlin-Lichtenberg*

Siehe Kapitel 3.2.

183 Vgl.: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) (2008): Heilbad Heiligenstadt: Bürgerhaushalt und NKF werden schrittweise eingeführt.

184 Vgl.: Interview mit Monika Schweißhelm am 09.04.2010.

4.2.6 Jena

In Jena wird die Bürgerschaft am kommunalen Haushalt seit 2007 beteiligt. Sowohl die Informations-, Konsultations- und Rechenschaftsphase wird dabei im Bürgerhaushalt berücksichtigt.¹⁸⁵

Zur Verwendung der Mehreinnahmen durch Gewerbesteuer wurde im Sommer 2008 ein eigenständiges Beteiligungsverfahren durchgeführt, in dem erstmals die Stadtbibliothek Bestandteil eines Vorschlages war, welcher von den Organisatoren vorgegeben wurde. So lautete der Vorschlag 13, der mit einer Investition von 0,1 Millionen Euro eingereicht wurde: „Nach ständiger Kürzung der Zuschüsse für Kulturvereine in den letzten Jahren stehen viele Träger nunmehr am Rande der Arbeitsfähigkeit. Dieses Jahr ist der Fond schon ausgeschöpft, weitere Projekte können nicht mehr unterstützt werden. Hier soll eine Aufstockung Abhilfe schaffen. Darüber hinaus sollen über diese Mittel die Bestände der Ernst-Abbe-Bücherei erneuert und vergrößert werden.“¹⁸⁶

Auswertung des Telefoninterviews¹⁸⁷

Bibliotheksleiterin Annette Kasper, seit 1985 im Amt, sieht keine Thematisierung ihrer Bibliothek im Rahmen des Bürgerhaushaltes. Als Ursache dafür nennt sie, dass die Einrichtung seit 2005 als Teil eines Eigenbetriebes des Kulturbereiches angesehen wird. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass seit 2008 ein Kulturkonzept für die Stadt erarbeitet wird, welches auf der Grundlage von Umfrageergebnissen basiert. So wurde laut Kasper eine Macherbefragung und einer Bürgerbefragung durchgeführt, die Rücklaufquote war hoch. Das Konzept liegt der Öffentlichkeit noch nicht vor.

Nach Rückfrage, ob die Bibliothek Mittel aus den Mehreinnahmen durch Gewerbesteuer erhalten habe, teilte Kasper mit, dass der Bibliothek 35.000 Euro zugewiesen wurden. Die zusätzlichen finanziellen Mittel wurden für die Bestandsentwicklung verwendet und kamen dem Projekt SchuBiNet zugute.

185 Vgl.: Stadt Jena: Bürgerhaushalt in Jena.

186 Vgl.: Stadt Jena: Bürgerhaushalt 2008. – S. 5.

187 Vgl.: Interview mit Annette Kasper am 20.04.2010.

4.2.7 *Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg*

Im Bezirk Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg leitete der Bürgerhaushalt 2008 die Partizipation der Bürger am Haushalt ein.¹⁸⁸ Seitdem wird das Beteiligungsverfahren jährlich durchgeführt. Der Bezirk ist in acht Bezirksregionen gegliedert, in denen im Rahmen des Bürgerhaushaltes Versammlungen organisiert werden. Vor Ort wird die interessierte Bürgerschaft über den Haushalt des Bezirkes von der Verwaltung informiert. Diskussionen entstehen und Vorschläge, die von der Bezirksverordnetenversammlung berücksichtigt werden sollen, können eingereicht werden. Nicht realisierte Vorschläge werden von der Bezirksverordnetenversammlung begründet.¹⁸⁹

Auswertung des Telefoninterviews¹⁹⁰

Die sechs Bezirksbibliotheken wurden als ein Angebotsfeld im Bürgerhaushalt zusammengefasst, für das Bürgervorschläge eingereicht werden konnten. Auch die Bibliothek wurde aktiv und nutzte die Möglichkeit im Internet und via Handzettel, die in den Informationseinrichtungen ausgelegt wurden, die Bürger des Bezirkes auf das Beteiligungsverfahren aufmerksam zu machen und sich für ihre Bibliothek einzusetzen (siehe Abbildung 6).

Die Bibliotheksmitarbeiter waren selbst über das Feedback in Form von zahlreichen Bürgervorschlägen überrascht. Susanne Metz betonte, dass in Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg die Hauptforderung bis dato stets die Erhöhung des Medieneinsatzes war. Der Forderung, dass für den Bestandsaufbau 1 € pro Einwohner mehr investiert werden sollte, konnte im Haushalt 2009 nachgegeben werden. Auch für den Erhalt der Hausaufgabenhilfe setzten sich die Bürger im Beteiligungsverfahren ein. Für dieses Projekt konnte letztendlich ein Sponsor gefunden werden. Bei der Suche berief man sich auf den Bedarf, der durch den Bürgerhaushalt ermittelt werden konnte. Des Weiteren äußerten sich die Bürger in ihren Vorschlägen zu geplanten Schließungen von Bibliotheksstandorten, sie plädierten für den Erhalt.

188 Vgl.: Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg: Bezirkshaushalt Friedrichshain-Kreuzberg. – S. 1.

189 Vgl.: Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg: Bezirkshaushalt Friedrichshain-Kreuzberg. – S. 11–12.

190 Vgl.: Interview mit Susanne Metz am 23.04.2010.

Wie Sie sich direkt für die Bibliotheken in Friedrichshain-Kreuzberg einsetzen können?

Der Bürgerhaushalt bietet jeder Bürgerin und jedem Bürger jetzt die Möglichkeit, sich persönlich für den Erhalt und Ausbau des für jedermann zugänglichen Angebotes der Stadtbibliotheken in Friedrichshain und Kreuzberg auszusprechen.

Der Verein der Freunde und Förderer der Stadtbibliotheken in Friedrichshain und Kreuzberg fordert alle Vereinsmitglieder und Bürgerinnen und Bürger des Bezirkes auf, sich im Rahmen der Regionalkonferenzen aktiv für die Bibliotheken im Bezirk einzusetzen.

So können Sie sich, so der Förderverein, zum Beispiel direkt für folgende Ziele einsetzen:

- Abwendung der wegen Geldknappheit drohenden Schließung der Stadtteilbibliotheken in der Duden- und Oranienstraße:

Mit dem Wegfall dieser Einrichtungen müssten neben der Versorgung der EinwohnerInnen der jeweiligen Einzugsgebiete mit Literatur und anderen Medien auch die zahlreichen dort durchgeführten Veranstaltungen zur Sprach- und Leseförderung von Kita- und Schulkindern ersatzlos entfallen.

- Aufstockung oder zumindest Erhalt des Budgets für den Ankauf von Medien:

um auch zukünftig die Verfügbarkeit eines aktuellen Angebotes für Aus- und Weiterbildungszwecke sowie von allgemeinbildenden und unterhaltenden Bibliotheksbeständen zu gewährleisten, die schon jetzt zum Teil aus Spendenmitteln beschafft werden.

Diese oder Ihre eigenen Idee zur Nutzung der vorhandenen Finanzen im Bezirkshaushalt können und sollten Sie in den 8 Regionalkonferenzen im direkten Dialog unterbreiten – oder nutzen Sie die Möglichkeit, Ihre Vorschläge und Anregungen schriftlich an das Bezirksamt zu richten.

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg
Geschäftsstelle Bürgerhaushalt
10247 Berlin

E-MAIL: buengerhaushalt@ba-fk.verwalt-berlin.de

Abb. 6: Screenshot city bibliothek berlin, Friedrichshain/Kreuzberg
 (Quelle: http://www.berlin.de/citybibliothek/wir_ueber_uns/friedrichshainkreuzberg/buengerhaushalt.html [13.07.2010])

Als alternative Finanzierungsquelle würde Metz den Bürgerhaushalt nicht bezeichnen, da es primär um die Verteilung von zur Verfügung stehenden Mitteln gehen sollte. 2009 erhielt die Bibliothek 45.000 € durch den Bürgerhaushalt. Zuvor wurden jedoch generell Einsparungen vorgenommen, um mit jenen Mitteln Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt zu realisieren. Das Geld wurde in die Erwerbung von Medien investiert, was Metz als nachhaltig ansieht.

Auf den Veranstaltungen in den Bezirksregionen bietet sich die Kontaktaufnahme zu Nichtbenutzern an, auch zukünftige Kooperationsmöglichkeiten mit anderen lokalen Einrichtungen können sich ergeben. Laut Metz stärkt der Bürgerhaushalt die Wahrnehmung der Bibliothek bei den Akteuren Verwaltung und Bürgerschaft. In allen bereits durchgeführten Bürgerhaushalten nahm die Informationseinrichtung einen Stellenwert im Verfahren ein, da stets mehrere Vorschläge mit dem Schwerpunkt Bibliothek eingereicht wurden.

4.2.8 Freiburg

2008 wurde in Freiburg mit der Bürgerschaft über den kommunalen Haushalt 2009/2010 diskutiert. Der erste Beteiligungshaushalt¹⁹¹ ging dabei gleich über allgemeine Haushaltsfragen hinaus, indem er auch geschlechterspezifischen Fragestellungen nachging.¹⁹² So wies man z. B. in der Broschüre zum Verfahren darauf hin, dass die Angebote der Stadtbibliothek 2006 von 29.598 Bürgern genutzt wurde, von denen 63% weiblich waren.¹⁹³

Die Bibliothek wurde zum Diskussionsgegenstand im Beteiligungsverfahren, indem sie zusammen mit der Volkshochschule und anderen kulturpädagogischen Einrichtungen der Stadt als ein Ressort im Haushaltsrechner angegeben wurde. Die Freiburger Bürger bekamen im Rahmen des Partizipationsverfahrens online die Gelegenheit, mittels des Rechners Prioritäten zu setzen, ohne das gesamte zur Verfügung stehende Haushaltsbudget zu überschreiten. Weitere Ressorts waren u. a. Museen und Archive, Sport und Bäder, Wirtschaft und Tourismus sowie Theater, Musik und Kulturpflege.¹⁹⁴

Insgesamt 1.291 Bürger haben einen individuellen Haushalt via Rechner aufgestellt (ca. 36,2% weiblich, ca. 63,8% männlich). Als Ergebnis kann präsentiert werden, dass dem Ressort Volkshochschule, Bibliothek, kulturpädagogische Einrichtungen im Durchschnitt ein Finanzierungsplus gegenüber dem realen Budget von 7,4% zugesprochen wurde. Frauen sprachen dem Ressort eine Etaterhöhung von +11,2%, Männer hingegen von nur +4,5% zu.¹⁹⁵ Da die Auswertung nicht nur nach dem Geschlecht, sondern auch nach dem Bildungsabschluss vorgenommen wurde, konnte herausgefunden werden, dass Bürger mit einem Hauptschulabschluss beim genannten Ressort Kürzungen von -14,3% vornehmen würden.¹⁹⁶

191 Anm.: Auf der Internetplattform wird der Begriff Beteiligungshaushalt statt Bürgerhaushalt verwendet.

192 Vgl.: Freiburger Beteiligungshaushalt 2009/2010 [Haushaltsbroschüre]. – S. 4.

193 Vgl.: Freiburger Beteiligungshaushalt 2009/2010 [Haushaltsbroschüre]. – S. 10.

194 Vgl.: Freiburger Beteiligungshaushalt 2009/2010 [Ergebnisbericht]. – S. 15.

195 Vgl.: Freiburger Beteiligungshaushalt 2009/2010 [Ergebnisbericht]. – S. 17 u. 21.

196 Vgl.: Freiburger Beteiligungshaushalt 2009/2010 [Ergebnisbericht]. – S. 39.

Auswertung des Telefoninterviews¹⁹⁷

Die stellvertretende Bibliotheksleiterin Ulrike Kraß berichtete, dass die Stadtbibliothek zeitnah vor der Durchführung des ersten Bürgerhaushaltes in Freiburg in Kenntnis gesetzt wurde, auch die Durchführung des Verfahrens ist der Bibliothek bekannt. Neben der Zuarbeit von Informationen für den Internetauftritt zum Bürgerhaushalt war die Bibliotheksleiterin auf der zweitägigen Stadtteilkonferenz präsent, zu der sich interessierte Bürger anmelden konnten. Kraß teilte mit, dass im Rahmen dieses Beteiligungsweges der Vorschlag geäußert wurde, dass die Bibliothek intensiver Sponsoring betreiben solle.

Konkrete Auswirkungen durch den Bürgerhaushalt sind in Freiburg derzeit noch nicht zu spüren. Das Ergebnis des Haushaltsrechners wurde zur Kenntnis genommen. Die Erhöhung des Etats um +7,4% wurde in der Bürgerschaft insgesamt nicht so kontrovers diskutiert, wie das Ergebnis für das Ressort Theater (-11,3%). Ob das Resultat des Haushaltsrechners direkten Einfluss auf den Bibliotheksetat genommen hat oder nehmen wird, ist Kraß nicht bekannt.¹⁹⁸

Weiterhin stellte Kraß fest, dass der Bürgerhaushalt dazu beigetragen hat, dass sich die Freiburger Bürger Gedanken über den Stellenwert ihrer Öffentlichen Bibliothek machen und dies mittels Haushaltsrechner zum Ausdruck bringen konnten.

4.2.9 *Groß-Umstadt*

Laut Günther nimmt der Bürgerhaushalt der hessischen Kommune eine Vorreiterrolle in Deutschland ein.¹⁹⁹ 2010 wurde bereits zum 11. Mal der Haushalt interessierten Bürgern näher gebracht. Ebenso wie in Emsdetten und Hilden findet auch in Groß-Umstadt eine Bürgerveranstaltung im Rahmen des Bürgerhaushaltes statt, auf der sich Bürger informieren und diskutieren können, aber auch Vorschläge für den zukünftigen Haushaltsplan einbringen können.²⁰⁰

197 Vgl.: Interview mit Ulrike Kraß am 07.05.2010.

198 Anm.: Laut DBS-Statistik (siehe Tabelle 11) stieg der Etat im Jahr 2009 gegenüber 2008 um zirka 2,7% an.

199 Vgl.: Günther, Albert (2007): Der Bürgerhaushalt. – S. 57.

200 Vgl.: Stadt Groß-Umstadt: Bürgerbeteiligung.

Auswertung des Telefoninterviews²⁰¹

Gertrud Röttger, seit 2002 Bibliotheksleiterin der Stadtbibliothek in Groß-Umstadt, sieht im Bürgerhaushalt eine Verbesserung der Kommunikation zwischen der Bürgerschaft und ihrer Einrichtung. Die Möglichkeit, im Rahmen des Verfahrens in einen Dialog zu treten, bot sich in diesem Jahr am „Tag des Bürgers“. Laut Röttger werden für dieses jährlich wiederkehrende Ereignis gewisse Schwerpunkte gesetzt, über die interessierte Bürger informiert werden. In diesem Jahr wurde der Fokus u. a. auf die Öffentliche Bibliothek gelenkt. An einem Informationsstand konnte sich über den Bibliotheksetat und Dienstleistungen informiert und mit Mitarbeitern diskutiert werden. Die zentrale Veranstaltung trug zu einer positiven Wahrnehmung der Stadtbibliothek bei.

4.2.10 Fazit

Generell ist zu sagen, dass sich durch die Umfrage das Kriterium des Idealtyps 3 „Konsultation öffentlicher Finanzen“ bestätigt, und das Potential zur Modernisierung eher schwach ist bzw. dieses für Öffentliche Bibliotheken zurzeit so gut wie gar nicht vorhanden ist. Aus Sicht der Bibliotheken wird die Einrichtung in jeder Stadt im Rahmen des Bürgerhaushaltes zwar auf unterschiedliche Art und Weise thematisiert, konkrete Auswirkungen auf Dienstleistungen sind dennoch nicht zu spüren.

Als Ausnahme gelten die Berliner Bezirke Berlin-Lichtenberg und Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg. Die Bürger forderten in ihren Vorschlägen primär die Erhöhung des Bibliotheksetats, mehr finanzielle Mittel für den Medienwerb, gaben gar konkrete Schwerpunkte für die Bestandserweiterung an oder setzten sich für die Weiterführung von Projekten ein. In Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg nutzten die Bürger den Bürgerhaushalt, um Schließungen von Bibliotheksstandorten zu verhindern. In beiden Bezirken ist die Bibliothek im Bürgerhaushalt angekommen. Das Instrument wird von der Bürgerschaft genutzt, um deutlich zu machen, dass sie die schlechte finanzielle Situation ihrer Öffentlichen Bibliothek wahrnehmen. Einige Bürgervorschläge tangierten in Potsdam die Stadt- und Landesbibliothek. Trotz Bürgervotierung und der Vorschlagsannahme durch die Stadtverordnetenversammlung, sind für Bibliotheksleiterin Marion Mattek keine nennenswerten Auswirkungen für die Einrichtung sichtbar geworden. Bewusst hat sich die Informationseinrichtung davon distanziert, Beteiligungsgegenstand im Bürgerhaushalt zu sein.

201 Vgl.: Interview mit Gertrud Röttger am 19.07.2010.

Der Haushaltrechner von Freiburg ist ein interessantes Instrument im Bürgerhaushalt. Da die Ergebnisse nach unterschiedlichen Gesichtspunkten ausgewertet werden, könnte zielgruppenorientiertes Handeln eine Folge sein. So muss man sich in Freiburg die Frage stellen, warum Bürger mit einem Hauptschulabschluss beim Ressort Volkshochschule, Bibliothek, kulturpädagogische Einrichtungen Kürzungen von -14,3% vornehmen möchten, während der allgemeine Trend zu einer Etaterhöhung neigt.

In den Kleinstädten wie Groß-Umstadt, Hilden und Heilbad Heiligenstadt sehen die Befragten in den zentralen Bürgerveranstaltungen eine Gelegenheit, ihre Einrichtung im Rahmen des Beteiligungsverfahrens der Bürgerschaft vorzustellen. Dass der Fokus auf den Bibliotheksetat gerichtet wird, fanden die Umfrageteilnehmer positiv, da sich die Möglichkeit im Alltag sonst nicht bietet. Durch den Bürgerhaushalt wird auch der Dialog mit Nichtbenutzern und potentiellen Kooperationspartnern gefördert. Der Ort Bibliothek wird stärker als kommunale Einrichtung von den Bürgern wahrgenommen.

Fast alle Umfrageteilnehmer waren bei der Interviewanfrage zur Thematik über den Zusammenhang Bürgerhaushalt und Öffentliche Bibliothek überrascht. Als Ausnahme sind Berlin-Lichtenberg, Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg und Potsdam zu nennen. Es lässt sich schlussfolgern, dass die Art und Weise der Durchführung des Bürgerhaushaltes maßgebend für seine Sichtbarkeit und Zielführung ist. Unterschiedliche Beteiligungswege und Dialogformen sollten im Bürgerhaushalt angeboten werden. Auf eine Internetplattform, die das Verfahren transparent macht und mediale Kommunikationsformen verknüpft, sollte nicht verzichtet werden. Bibliotheken könnten sich als Teil der Verwaltung auch organisatorisch am Prozess beteiligen.

Tabelle 13 listet Berührungspunkte und Auswirkungen, die Öffentliche Bibliotheken mit und durch den Bürgerhaushalt haben können, auf.

Phase	Berührungspunkte	Auswirkungen
Informationsphase	Informationen über die Bibliothek werden z.B. auf der Internetplattform und/oder in der Haushaltsbroschüre zum Bürgerhaushalt veröffentlicht	Bibliothek liefert gewünschte Informationen/Materialien zur Aufbereitung zu
Konsultationsphase	Bürgervorschlag tangiert Dienstleistungen der Bibliothek bzw. die Einrichtung selbst	Bibliothek kann auf den Vorschlag reagieren und die Diskussion fördern
	Diskussionsbeiträge zu Vorschlägen tangieren Dienstleistungen der Bibliothek	Bibliothek kann sich an der Diskussion beteiligen und sie fördern
	Veranstaltungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes	Bibliotheksmitarbeiter können vor Ort präsent sein und ggf. Auskünfte zu Sachverhalten geben
		Veranstaltungen können direkt in Bibliotheksräumen stattfinden
		Kontakt zu Benutzern, Nichtbenutzern und Kooperationspartnern wird gefördert
Rechenschaftsphase	Vorschlag wird zur Umsetzung von der Verwaltung angenommen	ggf. Umsetzungsbericht erforderlich
	Bürgervorschlag wird nicht realisiert	ggf. persönliche Antwort der Bibliothek an den Verfasser des Bürgervorschlages
Sonstiges		Bürgervorschlag kann dazu beitragen, potentielle Sponsoren zu finden

Tab. 13: Übersicht: Berührungspunkte und Auswirkungen für Öffentliche Bibliotheken im Bürgerhaushalt

5 Schlussfolgerungen

Es liegt kein nationales Bibliotheksgesetz in Deutschland vor, auf welches sich Öffentliche Bibliotheken berufen können. Laut Pecher werden im Rahmen des Neuen Steuerungsmodelles kaum Kontrakte zwischen Verwaltung und Bibliothek vereinbart. Sofern es Leistungs- und Zielvereinbarungen gibt, drohen diese aufgrund von Budgetkürzungen gegenstandslos zu werden. Durch die Gründung eines Fördervereines für eine Öffentliche Bibliothek wird die Möglichkeit genutzt, kommunal eine Lobby zu schaffen – Fürsprecher für schlechte Zeiten zu akquirieren. Nach Umlauf findet man eher selten das Modell, welches zum Ziel hat, Freiwilligen- und Lobbyarbeit miteinander zu verknüpfen. Vermutlich kann man diesen Fakt mit der emotional geführten Debatte um die Freiwilligenarbeit begründen. Dienstleistungen für den Bürger: Ja! – Partizipation der Bürger bei konzeptionellen Fragen: Nein?

Zukünftig sollte man die Frage beantworten, ob bürgernahes Handeln sich nicht auch in der Prozentzahl der aktiven Benutzer, gemessen an der Einwohnerzahl, ausdrückt? Provokativ sei gefragt: Können kommunale Bibliotheken wirklich wissen, was die Bürger von ihr als Einrichtung lokal vor Ort erwarten, wenn nur ein geringer Prozentsatz der Bürgerschaft die angebotenen Dienstleistungen regelmäßig in Anspruch nimmt?

Die sieben Themengebiete Finanzierung von Öffentlichen Bibliotheken, Nutzen und Wert, Freiwilligenarbeit, Fördervereine, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, Bibliotheksgesetz und Neues Steuerungsmodell sind nach Meinung der Autorin relevant, um das Thema Bürgerhaushalt in einen bibliothekarischen Kontext einzubetten, da sich Berührungspunkte zwischen den Akteuren Öffentliche Bibliothek, Bürgerschaft sowie Politik und Verwaltung erkennen lassen.

Was hat der Bürgerhaushalt in Deutschland den Öffentlichen Bibliotheken bis dato gebracht? Von einem Instrument, welches neben der transparenten Darstellung des kommunalen Haushaltes auch Modernisierungseffekte durch die Partizipation der Bürger hervorrufen kann und sollte, können viele Erwartungen ausgehen, vor allem dann, wenn aus der Perspektive kommunaler Dienstleistungseinrichtungen Angebote aus finanziellen Gründen nicht in gewünschtem Maße für die Bürgerschaft zur Verfügung gestellt werden können.

In Städten, in denen der Bürgerhaushalt in Deutschland quasi geboren wurde, wie z. B. in Emsdetten, Groß-Umstadt und Hilden, hat der Bürgerhaushalt noch keine Auswirkungen auf die Dienstleistungen der

Bibliothek gehabt. Insgesamt wird es jedoch als positiv gewertet, dass im Rahmen des Verfahrens die finanzielle Situation der Bibliothek thematisiert wird. Aus bibliothekswissenschaftlicher Sicht sind ausschließlich die Informationseinrichtungen in Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg und Berlin-Lichtenberg im Bürgerhaushalt angekommen. Dank des Partizipationsverfahrens konnten Bürger Prioritäten für den Medienerwerb setzen, sich gegen die Schließung von Bibliotheksstandorten positionieren und sich für eine bessere finanzielle Ausstattung ihrer Bibliothek einsetzen. Die Wahrnehmung des Ortes Bibliothek ist durch das Partizipationsverfahren in beiden Berliner Bezirken positiv gestiegen. Anhand des Beispiels aus Freiburg kann man sehen, dass statistische Auswertungen, die der Evaluierung des Bürgerhaushaltes dienen, auch neue Informationen für die Bibliothek hervorbringen können. Wenn eine Zielgruppe, für die Öffentliche Bibliotheken vorrangig präsent sein möchte, den Etat um fast 15% reduzieren möchte, muss nach den Ursachen suchen.

In Christchurch, jene neuseeländische Stadt, die der Bürgerhaushalt in Deutschland als Vorbild hat, diskutierten Verwaltung, Bibliothek und Bürgerschaft gemeinsam im Rahmen des Bürgerhaushaltes, welche Maßnahmen bis 2025 für die Bibliothek geplant werden können. Auch durch den Rückhalt von zirka 48% aktiven Benutzern entsteht vor Ort ein neues Bibliotheksgebäude. Ein Beispiel, welches hierzulande nicht ansatzweise zu finden ist. Das Potential über strategische Ziele auch in Deutschland mit der Bürgerschaft zu diskutieren, bietet sich im Bürgerhaushalt an. Ob Öffentliche Bibliotheken sich auf konstruktive Debatten mit dem Bürger in Deutschland einlassen sollten, sollte nicht nur von der Informationseinrichtung entschieden werden.

Die Auseinandersetzung mit dem Bürgerhaushalt sollte für Öffentliche Bibliotheken zukünftig relevant sein, da Bibliotheken Teil der Verwaltung sind und sich per se mit kommunalen Steuerungsinstrumenten befassen müssten. Des Weiteren können Bibliotheken ein Beteiligungs- bzw. Diskussionsgegenstand im Bürgerhaushalt sein. Ohne das Zutun der Einrichtung kann sie in der Bevölkerung thematisiert werden. Wie die Beispiele aus Berlin zeigen, können durch den Bürgerhaushalt auch positive Entwicklungen unabhängig vom Verfahren entstehen, z. B. kann die Suche nach Sponsoren erleichtert werden, wenn Bürgervorschläge mehrheitlich von der lokalen Bevölkerung unterstützt werden. Durch den Bürgerhaushalt wird den Bibliotheken die Gelegenheit geboten, auf ihre finanzielle Situation aufmerksam zu machen. Interessierte Bürger haben so die Möglichkeit, sich selbst einen Gesamteindruck über die Qualität des Angebotes in Zusammenhang mit dessen Finanzierung zu

verschaffen. Daher sollten Bibliotheken im selben Atemzug stets vermitteln, welchen Nutzen und Wert sie für die Gesellschaft haben.

Neben den Auswirkungen auf Dienstleistungen können sich Bibliotheksmitarbeiter auch aktiv am Bürgerhaushalt beteiligen. In erster Linie sollte die Gelegenheit genutzt werden, auf Veranstaltungen, die im Rahmen des Verfahrens stattfinden, präsent zu sein. Bei Bedarf kann sich an Diskussionen beteiligt oder auf die Situation der kommunalen Bibliothek eingegangen werden. Durch Gespräche mit Teilnehmern können sich Kooperationsmöglichkeiten ergeben. Des Weiteren kann die Bibliothek den Wunsch gegenüber der Verwaltung äußern, sich selbst als Beteiligungsgegenstand aufstellen zu lassen, um Feedback sowohl von Benutzern als auch von Nichtbenutzern zu erhalten, um zielorientierter mit vorhandenen Ressourcen zu agieren.

Ob es ein Bürgerhaushaltsverfahren gibt, welches die Bibliothek begünstigt, konnte nicht eruiert werden, da sich die praktizierten Bürgerhaushalte in deutschen Kommunen in der Durchführung ähneln (Informations-, Konsultations- und Rechenschaftsphase). Durch die Telefonumfrage konnte jedoch herausgefunden werden, dass die Art und Weise der Durchführung vermutlich von Bedeutung ist. So stützt sich z. B. der Bürgerhaushalt in Potsdam und Berlin-Lichtenberg auf zwei Dialogformen (Stadtteil-Dialog und Online-Dialog). Auf beiden Beteiligungswegen wurde die Öffentliche Bibliothek bis dato mehrmals thematisiert. Man kann daher davon ausgehen, dass je mehr Beteiligungswege den Bürgern ermöglicht werden, desto größer die Wahrscheinlichkeit ist, dass die Bibliothek Bestandteil von Bürgervorschlägen und Diskussionen wird. In Hilden und Emsdetten konzentriert sich der Bürgerhaushalt primär auf eine zentrale Veranstaltung (z. B. Hildopoly, Emsdetten-Konferenz). Negative Erfahrungen wurden von Bibliotheken mit dem Beteiligungsverfahren nicht gemacht.

Der Bürgerhaushalt in Deutschland lehnt sich an den Idealtyp 3 „Konsultation öffentlicher Finanzen“ an. Das schwache Modernisierungspotential, welches jenem Idealtyp als Merkmal zugesprochen wird, hat sich mit der vorliegenden Arbeit für das Öffentliche Bibliothekswesen bestätigt. Da die Mehrheit der Umfrageteilnehmer keine Auswirkungen auf Dienstleistungen spüren, wird vermutet, dass die Bibliotheken eine Auseinandersetzung mit dem Thema Bürgerhaushalt zukünftig nicht als notwendig ansehen könnten.

An dieser Stelle sei gesagt, dass erkannt werden muss, dass durch die priorisierte Verteilung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel durch den Bürger nicht nur bürgernah, sondern auch resourcenoptimiert gehandelt werden kann. Vor dem Hintergrund finanzieller Möglichkeiten in Zeiten knapper Kassen sollten Dienstleistungen nicht

nur ausschließlich für, sondern auch mit dem Bürger entwickelt werden. Zielgruppen sollten nicht als Benutzergruppen, sondern als Mitwirkende betrachtet werden – schließlich ist diese Einstellung auch bei der Entwicklung des Kataloges 2.0 von Bibliotheken gewünscht. Vermutlich ist die Hemmschwelle, die Partizipation der Bürger bei konzeptionellen und finanziellen Angelegenheiten zuzulassen, größer.

Umlauf stellte die These auf, dass ein hoher Legitimationsdruck des Ortes Bibliothek gegenüber der Bürgerschaft im Bürgerhaushalt provoziert wird, da Bürger mittels des Partizipationsverfahrens nach außen hin kommunizieren können, auf welche öffentliche Dienstleistungen sie verzichten bzw. nicht verzichten würden. Prioritäten des Bürgers in seinem lokalen Umfeld werden folglich ermittelt. Der zu erwartende Legitimationsdruck kann durch die vorliegende Arbeit zurzeit nicht bestätigt werden. Im Gegenteil, Bibliotheken könnten sich durchaus auch dafür rechtfertigen müssen, wenn sie sich nicht am Partizipationsverfahren oder an Diskussionen beteiligen.²⁰²

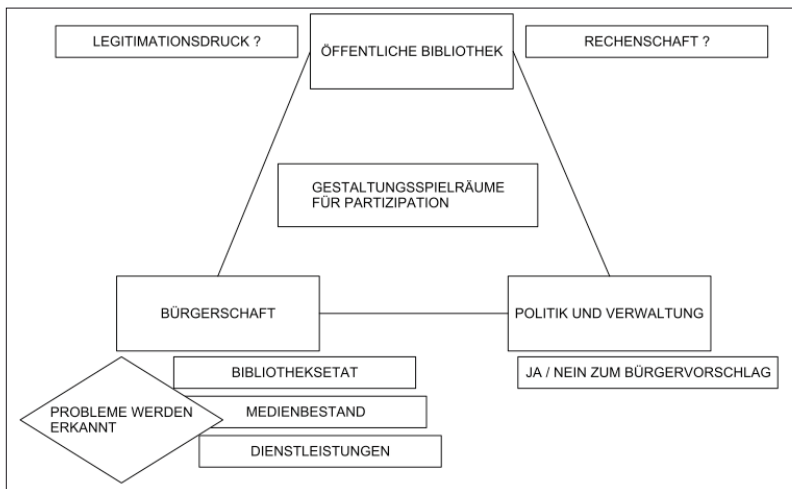


Abb. 7: Öffentliche Bibliotheken im Bürgerhaushalt

Das Schaubild (siehe Abbildung 7) dient als Diskussionsgrundlage für weitere Auseinandersetzung in der bibliothekarischen Fachwelt.

202 Anm. der Autorin: An dieser Stelle sei auf zwei Aufsätze hingewiesen: Stadler, Heike: Mehr Chancen als Risiken : Öffentliche Bibliotheken im Bürgerhaushalt. In: BuB 2011, Heft 03, S. 196–199. Stadler, Heike: Der Bürger entscheidet mit : die Bibliothek als Diskussionsgegenstand zwischen Politik, Kommunalverwaltung und Bürgerschaft. In: BuB 2011, Heft 06, S. 450–453.

Literaturverzeichnis

- Bertelsmann Stiftung: Vorbildliche Bibliotheksarbeit in Europa, Singapur und den USA : internationale Best-Practice-Recherche (2005). Gütersloh : Bertelsmann Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung; Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände: Bibliothek 2007 : Strategiekonzept. 3. Aufl. (2004). Gütersloh : Bertelsmann Stiftung.
- Bertelsmann-Stiftung: Bibliotheksfilialen im Blick : ein Leitfaden für Angebot und Organisation (2004). Gütersloh : Bertelsmann Stiftung.
- Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg: Bürgerbeteiligung Friedrichshain-Kreuzberg. Online verfügbar unter: <http://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/buergerbeteiligung/>. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg: Bezirkshaushalt Friedrichshain-Kreuzberg : auf dem Weg zum BürgerInnenhaushalt. [Broschüre zum Bürgerhaushalt 2008]. Online verfügbar unter: http://www.berlin.de/imperia/md/content/bafriedrichshain-kreuzberg/abtstadtpg/buergerhaushalt/bhh_bafk_broschuere.pdf?start&ts=1255684713&file=bhh_bafk_broschuere.pdf. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Bezirksamt Lichtenberg von Berlin (Hg.): Bürgerhaushalt Lichtenberg. Online verfügbar unter: <http://www.buergerhaushalt-lichtenberg.de/>. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Bezirksamt Lichtenberg von Berlin (Hg.) ([2010]): Bürgerhaushalt Lichtenberg 2012 : Wir rechnen mit Ihnen! Online verfügbar unter: http://www.buergerhaushalt-lichtenberg.de/site/pictures/broschuere_bueha2012_de_29.03.10_internet_kleiner.pdf. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- BITKOM (Hg.) (2008): Web 2.0 für die öffentliche Verwaltung : Grundzüge, Chancen, Beispiele und Handlungsvorschläge. Online verfügbar unter: http://www.bitkom.org/files/documents/Web_2.0_fuer_die_oeffentliche_verwaltung.pdf. – [zuletzt geprüft am 16.05.2010].
- BOND GmbH und Co. KG: Bibliothek/Mediathek in Böhl-Iggelheim. Online verfügbar unter: <http://www.bibliothek-der-zukunft.de>. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Bräuner, Sigrid (2010): Bunte Mischung : Stadtbibliothek Berlin-Lichtenberg startet mit Fördergeldern erfolgreiche Integrationsarbeit. In: Buch und Bibliothek : BuB, Jg. 62, H. 6, S. 456–457.
- Buchan, Katharina (2009): Öffentliche Bibliotheken in Deutschland : Ergebnisse einer empirischen Studie (Folie 16): <http://www.marketingtauchnitz.de/de/forschung/oeffentliche-bibliotheken.html> [14.12.2010].

- Bundeszentrale für politische Bildung: Bürgerhaushalte in Deutschland: Statusbericht – Stand 01.03.2010 (2010). Unter Mitarbeit von Sophia Rieck. Online verfügbar unter: http://www.buergerhaushalt.org/wp-content/uploads/2010/03/Statusbericht-M%C3%A4rz-2010_0311.pdf. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Bundeszentrale für politische Bildung, Servicestelle Kommunen einen Welt in der (Hg.) (2007): Hildener Bürgerhaushalt: 2002–2007. Online verfügbar unter: <http://www.buergerhaushalt.org/beispiele/buergerhaushalt-in-hilden-2002-2007/>. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Bundeszentrale für politische Bildung, Servicestelle Kommunen einen Welt in der (Hg.) (2008): Heilbad Heiligenstadt: Bürgerhaushalt und NKF werden schrittweise eingeführt. Online verfügbar unter: <http://www.buergerhaushalt.org/kommunen/heilbad-heiligenstadt-buergerhaushalt-und-nkf-werden-schrittweise-eingefuehrt/>. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Bürgerbegehren „Neue Stadtbücherei“: Offensive für eine neue Stadtbücherei in Augsburg. Online verfügbar unter: <http://www.neuestadt-buecherei.de/index.html>. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Bürgerbegehren MK: Rettungsversuche für Bücherbus gescheitert. Online verfügbar unter: <http://www.buergerbegehren-mk.de/index.php?p=articles&area=1>. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Christensen, Anne (2009): Partizipative Entwicklung von Diensten in der Bibliothek 2.0. Methoden und Ergebnisse aus Katalog-2.0-Projekten. In: Bibliotheksdienst : Organ der Bibliothek & Information Deutschland (BID), Jg. 43, H. 5, S. 527–537. Online verfügbar unter: http://www.zlb.de/aktivitaeten/bd_neu/heftinhalte2009/Erschliessung010509BD.pdf. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Delp, Susanne (2004): Erfolgreiches Personalmanagement in den Christchurch City Libraries/Neuseeland. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. Online verfügbar unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/en/media/Abschlussbericht_Delp.pdf. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Deutscher Bibliotheksverband e.V.: Bibliotheksgesetze. Online verfügbar unter: <http://www.bibliothekverband.de/dbv/themen/bibliotheksgesetze.html>. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Deutscher Bibliotheksverband e.V. (Hg.) (1999): Freiwillige – (k)eine Chance für Bibliotheken? Ein Positionspapier des Deutschen Bibliotheksverbandes. Online verfügbar unter: http://www.bibliothekverband.de/fileadmin/user_upload/DBV/publikationen/Freiwillige_Chance_fuer_Bibliotheken.pdf. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].

- Deutscher Bundestag: Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ (2007). Online verfügbar unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/070/1607000.pdf>. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Eilers-König, Nina (2009): Wir wollen nicht der Spielball bibliothekspolitischer Auseinandersetzungen sein. Verein Pro Kiez Bötzwiertel wünscht sich respektvollen Umgang zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen. In: Buch und Bibliothek : BuB, Jg. 61, H. 5, S. 316.
- Facebook: Bürgerhaushalt in Potsdam. Online verfügbar unter: <http://www.facebook.com/pages/Burgerhaushalt-in-Potsdam/110882312283251?ref=ts#!/pages/Burgerhaushalt-in-Potsdam/110882312283251?v=wall&ref=ts>. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Flemming, Arend (2005): Im Slalom um die Haushaltslöcher. Zukunftsorientierte Finanzierung Öffentlicher Bibliotheken. In: Buch und Bibliothek : BuB, Jg. 57, H. 9, S. 628–635.
- Freiwilligenarbeit in Bibliotheken (2007). Online verfügbar unter: http://www.vbnw.de/fileadmin/ONLINEHANDBUCH/download/freiwilligenarbeit_in_bibliotheken.pdf. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Günther, Albert (2007): Der Bürgerhaushalt : Bestandsaufnahme, Erkenntnisse, Bewertung. Stuttgart : Boorberg.
- Günther, Albert; Beckmann, Edmund (2008): Kommunal-Lexikon : Basiswissen Kommunalrecht und Kommunalpolitik. Stuttgart : Boorberg.
- Haubner, Oliver (2001): Mehr Akzeptanz durch Information und Transparenz : der kommunale Bürgerhaushalt schafft mehr Bewusstsein. In: Verwaltung, Organisation, Personal : VOP, H. 1 [Sonderheft], S. 25–26.
- Hauke, Petra (2005): Mit „Bücherbegehren“ zum „Bürgerbegehren“. Bücher & mehr, der Förderverein für die Münchner Stadtbibliothek. In: Hauke, Petra (Hg.); Busch, Rolf (Hg.): „With a little help from my friends“. Freundeskreise und Fördervereine für Bibliotheken; ein Handbuch; [... um einige zusätzliche Beiträge erweiterte Dokumentation der Fachtagung „Bibliotheken Fördern – Freundeskreise und Fördervereine“, veranstaltet vom Weiterbildungszentrum der Freien Universität Berlin am 25. Mai 2005; ... zugleich Ergebnis einer Lehrveranstaltung des Instituts für Bibliothekswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin unter dem Titel „Von der Idee zum Buch – Durchführung eines Publikationsprojektes“ im Sommersemester 2005 ...]. Bad Honnef: Bock + Herchen (Bibliothek und Gesellschaft, 19), S. 133–138. Online verfügbar unter: http://www.bibliotheksverband.de/fileadmin/user_upload/Mitglieder/Handbuch_ParxisA_Hauke.pdf. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].

- Hellmich, Julia (2007): Totalschaden für die „Bibliothek der Zukunft“ : Bürgerentscheid verhindert Vorzeigeprojekt der Firma Bond. In: Buch und Bibliothek : BuB, Jg. 59, H. 4, S. 260.
- Herzberg, Carsten (2009): Von der Bürger- zur Solidarkommune : lokale Demokratie in Zeiten der Globalisierung. Hamburg : VSA.
- Herzberg, Carsten; Röcke, Anja; Sintomer, Yves (2006): Von Porto Alegre nach Europa. Möglichkeiten und Grenzen des Bürgerhaushaltes. In: Kommunalen Bürgerhaushalt in Theorie und Praxis am Beispiel Potsdams : theoretische Reflektionen, zusammenfassende Thesen und Dokumentation eines begleitenden Projektseminars / herausgegeben von Jochen Franzke und Heinz Kleger. Potsdam : Universitätsverlag Potsdam, S. 188–201. Online verfügbar unter: <http://nbn-resolving.de/urn=urn:nbn:de:kobv:517-opus-11848>. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Hobohm, Hans-Christoph (2002): Bibliothek. Mythos, Metapher, Maschine oder: Der Ort der Bibliothek in der Lebenswelt Stadt. Online verfügbar unter: <http://forge.fh-potsdam.de/~hobohm/bibliothek-mythos-metapher-maschine.pdf>. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Hobohm, Hans-Christoph (2007): Rechnen sich Bibliotheken? : Vom Nutzen und Wert ihrer Leistungen. Studien belegen Wirtschaftlichkeit, Neufindung nach der Gutenberg-Galaxis. In: Buch und Bibliothek : BuB, Jg. 59, H. 9, S. 633–639.
- Hobohm, Hans-Christoph; Umlauf, Konrad (2004): Erfolgreiches Management von Bibliotheken und Informationseinrichtungen. Fachratgeber für die Bibliotheksleitung und Bibliothekare. Stand: März 2009. Hamburg: Dashöfer.
- InWent (Hg.) (2008): 5. Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation. (Material / Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, 30). Online verfügbar unter: http://www.service-eine-welt.de/images/text_material-1044.img. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Jordan-Bonin, Eva von (2008): Ehrenamt – ja bitte! Schulbibliothekarische Arbeitsstelle der Stadtbücherei Frankfurt am Main als Best-Practice-Beispiel. In: Buch und Bibliothek : BuB, Jg. 60, H. 2, S. 138–139.
- Kommunalpolitischer Streit um den Umzug von Stadtbibliothek und –archiv (2010). Beteiligte: Terhechte, Jan-Gerd (Red.). Bielefeld. Online verfügbar unter: <http://video.kanal-21.de/mediadetails.php?key=eb5b507c17ce0ee22b8&title=Bielefeld+Sozial++Februar+2010>. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Kromrey, Helmut (2006): Empirische Sozialforschung. Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung. 11., überarb. Aufl. Stuttgart : Lucius & Lucius (UTB Soziologie).

- Landeshauptstadt Potsdam (Hg.): Bürgerhaushalt. Online verfügbar unter: <http://www.potsdam.de/cms/ziel/282616/DE/>. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Märker, Oliver: Der Kölner Bürgerhaushalt. Bürgerhaushalt: Internet & E-Voting. Online verfügbar unter: <http://www.politische-bildung.nrw.de/multimedia/podcasts/00119/00169/index.html>. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Mehr Demokratie e. V.: Bielefeld : Bürgerbegehren gegen Umzug der Stadtbibliothek. Online verfügbar unter: <http://nrw.mehr-demokratie.de/bielefeld.html>. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Meyer, Bernd (2004): Über den Nutzen der Bibliotheken für die Kommunen. In: Busch, Rolf: Wie viele Bibliotheken brauchen wir? [Ausgangspunkt dieses Buches ist eine Fachtagung des Weiterbildungszentrums der Freien Universität Berlin vom 18. Februar 2004 zum Thema „Wie viel(e) Bibliotheken brauchen wir – zu welchem Preis – in welcher Organisations- und Rechtsform?“]. Bad Honnef: Bock + Herchen (Bibliothek und Gesellschaft, 17), S. 69–81.
- Palm, Stefan (2009): „Fast zu schön, um wahr zu sein“ : Kölner BücherBüchchen zieht erste Bilanz. Herausgegeben von Stadt Köln. Online verfügbar unter: <http://www.stadt-koeln.de/1/presseservice/mitteilungen/2009/03751/>. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Pecher, Susanne (1997): Produktdefinitionen an Öffentlichen Bibliotheken. In: Bibliothek : Forschung und Praxis, Jg. 21, H. 1, S. 28–53. Online verfügbar unter: http://www.bibliothek-saur.de/1997_1/28-53.pdf. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Pflaum, Günter (2009): Öffentliche Bibliotheken in der Finanzkrise : Blitzumfrage zu den Auswirkungen in einzelnen Bundesländern und Regionen. In: Buch und Bibliothek : BuB, Jg. 61, H. 11/12, S. 800.
- Pilzer, Harald (2009): Schrumpfen und überleben? : Zur schwierigen Lage der Großstadtbibliotheken in Nordrhein-Westfalen. In: Buch und Bibliothek : BuB, Jg. 61, H. 11/12, S. 796–799.
- „Potsdam fragt nach“. Stadtoberhaupt Jann Jakobs im Talk mit Oliver Geldener (2010). Online verfügbar unter: <http://www.potsdam.de/cms/beitrag/10064424/1032372/?popup=>. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Reding, Jean-Marie (2010): „Haben Sie mal ´nen Euro für Bibliotheken?“ : Bürgerstiftungen als langfristiges Mittel gegen Krise. Das Beispiel Luxemburg. In: Buch und Bibliothek : BuB, Jg. 62, H. 4, S. 278–279.
- Reese-Schäfer, Walter (2001): Kommunitarismus. 3., vollst. überarb. Aufl. Frankfurt/Main : Campus.

- Reisser, Michael (2008): „Bibliothek 2007“ und die Folgen : Überlegungen zu einer bibliothekspolitischen Neupositionierung in der Ehrenamtsdiskussion. In: Buch und Bibliothek : BuB, Jg. 60, H. 2, S. 126–130.
- Rogge, Stefan (2009): „Nicht zum Preis des bibliothekarischen Suizids“ : das Thema „Ehrenamt“ schlägt weiter hohe Wellen in Berlin; eine kritische Stellungnahme aus Berlin. In: Buch und Bibliothek: BuB, Jg. 61, H. 1, S. 54–57.
- Ruppert, Georg (2005): Helfen (nicht nur) mit Rat und Tat... Wozu Freundeskreise für Bibliotheken? In: Hauke, Petra (Hg.); Busch, Rolf (Hg.): „With a little help from my friends“. Freundeskreise und Fördervereine für Bibliotheken; ein Handbuch; [... um einige zusätzliche Beiträge erweiterte Dokumentation der Fachtagung „Bibliotheken Fördern – Freundeskreise und Fördervereine“, veranstaltet vom Weiterbildungszentrum der Freien Universität Berlin am 25. Mai 2005; ... zugleich Ergebnis einer Lehrveranstaltung des Instituts für Bibliothekswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin unter dem Titel „Von der Idee zum Buch – Durchführung eines Publikationsprojektes“ im Sommersemester 2005...]. Bad Honnef: Bock + Herchen (Bibliothek und Gesellschaft, 19), S. 39–46. Online verfügbar unter: http://www.bibliothekerverband.de/fileadmin/user_upload/Mitglieder/Handbuch_Grundlagen_Ruppelt.pdf. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Satzung des Förderkreises der Lichtenberger Bibliotheken e. V. Online verfügbar unter: <http://www.berlin.de/imperia/md/content/balichtenberghohenschoenhausen/bibliotheken/satzung.pdf?start&ts=1277454842&file=satzung.pdf>. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Schleihagen, Barbara (2008): Bibliotheksgesetze in Europa : Mittel politischer Steuerung und Gestaltung. In: Bibliothek : Forschung und Praxis, H. 1. Online verfügbar unter: http://www.bibliotheksportal.de/fileadmin/obibliotheken/Bibliotheken_International/dokumente/Bibliotheksgesetze_in_Europa.pdf. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Seefeldt, Jürgen (2005): Zukunftsvisionen : die Bibliothek von morgen. Online verfügbar unter: <http://www.b-i-t-online.de/archiv/2005-01/fach1.htm>. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Sintomer, Yves; Herzberg, Carsten; Röcke, Anja (2010): Der Bürgerhaushalt in Europa – eine realistische Utopie? : zwischen partizipativer Demokratie, Verwaltungsmodernisierung und sozialer Gerechtigkeit. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Sonn, Hans-Martin (1996): Bibliothek zwischen Medienvielfalt und Finanzkrise? : Aufgaben und Ziele der Bibliothek von morgen. In: Mittler, Elmar; Windau, Bettina: Die Krise zum Umdenken nutzen

- Zukunftsperspektiven öffentlicher Bibliotheken. Ein Symposium der Bertelsmann-Stiftung, 18.–19. Mai 1994. 2. Aufl. Gütersloh : Bertelsmann Stiftung, S. 55–61.
- Sprengel, Rainer (2005): Rückzug des Staates, Rückkehr der Bürger?: Zur Einordnung privater Bibliotheksförderung in die Diskussion um bürgerschaftliches Engagement. In: Hauke, Petra (Hg.); Busch, Rolf (Hg.): „With a little help from my friends“. Freundeskreise und Fördervereine für Bibliotheken; ein Handbuch; [... um einige zusätzliche Beiträge erweiterte Dokumentation der Fachtagung „Bibliotheken Fördern – Freundeskreise und Fördervereine“, veranstaltet vom Weiterbildungszentrum der Freien Universität Berlin am 25. Mai 2005; ... zugleich Ergebnis einer Lehrveranstaltung des Instituts für Bibliothekswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin unter dem Titel „Von der Idee zum Buch – Durchführung eines Publikationsprojektes“ im Sommersemester 2005 ...]. Bad Honnef: Bock + Herchen (Bibliothek und Gesellschaft, 19), S. 47–60.
- Stadt Emsdetten (Hg.): Emsdetten-Konferenz. Online verfügbar unter: <http://www.emsdetten.de/staticsite/staticsite.php?menuid=159&topmenu=148>. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Stadt Emsdetten (Hg.): Emsdetten-Konferenz 2007. Familie, Erziehung und Bildung. Online verfügbar unter: http://www.emsdetten.de/pics/medien/I_1194937594/Familie_Erziehung_Bildung.pdf. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Stadt Emsdetten (Hg.) (2005): Bürgerhaushalt 2005. Online verfügbar unter: http://www.emsdetten.de/pics/medien/I_1118839686/HaushaltsBroschuere05.pdf. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Stadt Emsdetten (Hg.) (2008): Bürgerhaushalt 2008. Online verfügbar unter: http://www.emsdetten.de/pics/medien/I_1208507658/Buergerhaushalt08.pdf. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Stadt Freiburg im Breisgau : Freiburger Beteiligungshaushalt 2009/2010. Ergebnisbericht zur Online-Diskussion „Geschlechtersensibler Beteiligungshaushalt Freiburg 2009/2010“. Online verfügbar unter: http://www.beteiligungshaushalt.freiburg.de/site/pictures/cre_o8o818_Ergebnisbericht_web.pdf [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Stadt Freiburg im Breisgau: Freiburger Beteiligungshaushalt 2009/2010. mitreden, mitdenken, mirrechnen,... mitmachen! [Haushaltsbroschüre]. Online verfügbar unter: <http://www.beteiligungshaushalt.freiburg.de/site/downloads/Beteiligungshaushalt.pdf>. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].

- Stadt Groß-Umstadt: Bürgerbeteiligung, Bürgerhaushalt. Online verfügbar unter: <http://www.gross-umstadt.de/buergerbeteiligung/bhh.htm>. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Stadt Jena: Bürgerhaushalt 2008 : entscheiden sie mit über die Verwendung der Mehreinnahmen des Vorjahres. Online verfügbar unter: http://www.buergerhaushalt.org/wp-content/uploads/2008/06/buergerhaushalt2008_mittelverwendung_der_mehreinnahmen_2007.pdf. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Stadt Jena: Bürgerhaushalt in Jena : aktive Mitbestimmung durch die Bürger. Online verfügbar unter: http://www.jena.de/sixcms/detail.php?id=99615&_nav_id1=11217&_nav_id2=11327&_nav_id3=11172&_lang=de. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Stadtbibliothek Berlin-Lichtenberg. Online verfügbar unter: <http://www.berlin.de/ba-lichtenberg/buergerservice/bildung/bibliothek001.html>. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Sundermann, Detlef (2010): Bücherei-Brücke über die Nidda. In: Frankfurter Rundschau : FR-online.de, 11.05.2010. Online verfügbar unter: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/2632396_Bad-Vilbel-Buecherei-Bruecke-ueber-die-Nidda.html. – [zuletzt geprüft am 26.07.2010].
- Umlauf, Konrad (2003): Bibliotheken, Freiwillige und die Erneuerung der Zivilgesellschaft. In: Hauke, Petra (Hg.); Busch, Rolf (Hg.): Ehrensache?! Zivilgesellschaftliches Engagement in öffentlichen Bibliotheken; Positionen, Modelle, Grundlagen; [Dokumentation der Fachtagung „Nach PISA – Möglichkeiten Ehrenamtlicher Pädagogischer Arbeit in Bibliotheken – Erfahrungen, Konzepte, Modelle“, veranstaltet vom Referat für Weiterbildung der Freien Universität Berlin am 15./16. Mai 2003]. Bad Honnef: Bock + Herchen (Beiträge zur bibliothekarischen Weiterbildung, Bd. 16), S. 37–48.
- Umlauf, Konrad (2009): Zentrale Anlaufstelle der Bürger- und Informationsgesellschaft. Die Öffentliche Bibliothek als Informationsvermittlerin. In: Buch und Bibliothek : BuB, Jg. 61, H. 6, S. 441–446.
- Weise, Sebastian (2007): Bürgerhaushalt in Berlin. Das Bürgerhaushaltsprojekt des Bezirkes Lichtenberg. Berlin: LIT (Region – Nation – Europa, 47).
- Zimmermann, Olaf (2009): Der Spar-Tsunami rollt – auch auf die Bibliotheken zu. Plädoyer für einen Nothilfefonds zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur. In: Buch und Bibliothek : BuB, Jg. 61, H. 11/12, S. 801–804.

Intention der Arbeit war es, die bibliothekarische Fachwelt zunächst auf den Begriff und die Bedeutung des Bürgerhaushaltes aufmerksam zu machen und eine Auseinandersetzung mit der Thematik zu fördern. Die Öffentliche Bibliothek kann ein Diskussions- bzw. Beteiligungsgegenstand zwischen Bürgerschaft und Politik sowie Verwaltung sein, wenn es im partizipatorischen Verfahren des Bürgerhaushaltes darum geht, Modernisierungsergebnisse in einer Stadt durch gezielte Finanzierung zu erlangen. Eruiert wurde, ob der Bürgerhaushalt das Potential hat, zur Modernisierung von Dienstleistungen Öffentlicher Bibliotheken beizutragen. Mittels Interviews wurden Informationen gesammelt, aufbereitet und ausgewertet.

KWI

Kommunalwissenschaftliches Institut

ISSN 1616-8127
ISBN 978-3-86956-111-0



9 783869 156110